blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Ute Gerhardt, Andrea Hassur, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Daniela Zimmermann.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz und Druck:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 43,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien : 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

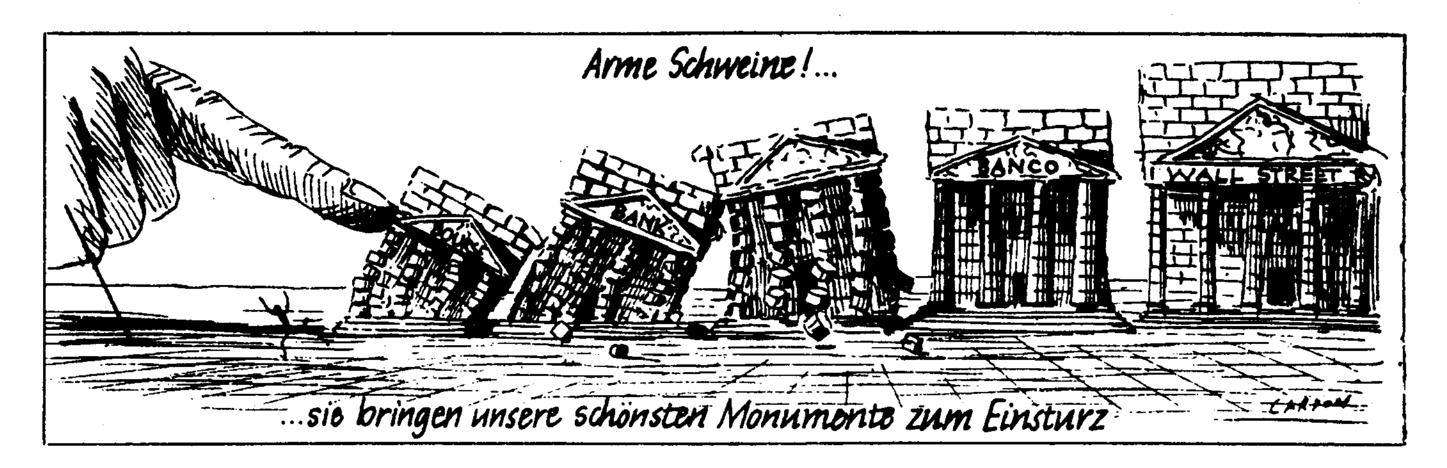
Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.)
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 122:
20. November 1984

Anzeigenschluß für Nr. 122:
27. November 1984

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ost sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



zum damaligen Zeitpunkt eine Kette von Bankzusammenbrüche nach sich ziehen müssen. Denn in der Annahme, daß Staaten nicht wie Unternehmen pleite machen könnten und im Zweifelsfall — wie tatsächlich geschehen — politische Unterstützung finden würden, hatten viele private Banken Kredite ohne Rücksicht auf altbewährte Erfahrungsregeln bankmännischer Vorsicht ausgeteilt. Manufactures Hanover etwa, die fünftgrößte US-Bank, hatte an fünf Staaten Lateinamerikas mehr als das zweieinhalbfache ihres Eigenkapitals ausgeliehen, allein an Brasilien rund 2 Mrd. $. Hätten sich diese Länder zahlungsunfähig erklärt, wäre es dieser und anderen Gläubiger-Banken kaum gelungen, durch Wertberichtigungen und Auflösung „stiller Reserven" den eigenen Bankrott zu vermeiden. Aufgrund der starken Interbanken-Verschuldung wäre es dann aber zu einer weltweiten Kettenreaktion mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Menschheit gekommen. Denn der Zusammenbruch des Finanzsystems hätte vermutlich — ähnlich wie in der Weltwirtschaftskrise 1929 — schwerste Störungen auch im Produktionsbereich nach sich gezogen: u. a. wäre zumindest zeitweise der internationale Handel und damit die Lieferung lebenswichtiger Güter zum Erliegen gekommen. Seinerzeit führten Massenarbeitslosigkeit und Verarmung weiter Bevölkerungskreise zu politischer Radikalisierung und schließlich zum Faschismus...[20]

Insgesamt hatten 1982 die privaten Kreditgeber rund 60 % ihrer Ausleihungen, gar 94 % ihrer Nettoausleihungen ohne Regierungsgarantien, auf die „großen Vier" Argentinien, Brasilien, Mexiko und Südkorea konzentriert;[21] dabei hatten etwa die Hälfte der gegenüber privaten Banken aufgelaufenen Dritte-Welt-Schulden in Höhe von 250-350 Mrd. $ eine Restlaufzeit von nur einem Jahr und kürzer — eine hochbrisante Situation.[22]

Problematische Umschulungen: Tilgungskrise aufgeschoben, aber nicht aufgehoben

„Gemeistert" wurde die Krise in Mexiko wie in den folgenden etwa 40 Fällen mit Hilfe des Instruments der Umschuldung, organisiert im Zusammenspiel von privaten Banken, staatlichen Notenbanken und supranationalen Institutionen wie dem IWF und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).[23] Im Prinzip laufen die Umschuldungen meist darauf hinaus, daß das betreffende Land um einen Kredit beim IWF nachsucht, den es nur erhält, wenn es dessen „Sanierungsprogramm" erfüllt — Maßnahmen, die die Zahlungsbilanz des Landes aufbessern sollen. Auf der Grundlage eines solchen mit dem IWF vereinbarten Programms erklären sich die privaten Gläubiger dann bereit, die fälligen Tilgungszahlungen hinauszuschieben — nicht aber die Zinszahlungen. Die fälligen Zinsen werden vielmehr in der Regel über neue Kredite finanziert. Deren Zinsen aber liegen regelmäßig deutlich höher: südamerikanische Schuldner müssen für derartiges „fresh money" inzwischen 20-30 Prozent Jahreszinsen aufbringen,[24] auch 40 Prozent sollen schon verlangt und bezahlt worden sein.

Trotz dieser hohen „Risikoprämien" haben die privaten Banken inzwischen kalte Füße bekommen. Sie reduzierten ihre Kreditvergabe an NOPEC-Staaten von rund 70 Mrd. $ 1981 auf gerade noch 20 Mrd. $ im vergangenen Jahr.[25] Mit welcher Vorsicht die Banken derzeit Kredite vergeben, zeigt sich daran, daß in die letztjährige „Umschuldungsaktion Brasilien" nicht weniger als 850 Geschäftsbanken eingespannt werden mußten, um die benötigten 6,5 Mrd. $ „einsammeln" zu können. Durch die Zurückhaltung der privaten Banken aber wird die Lage für die Schuldner nur noch schlimmer, denn aufgrund des knappen Angebots an Krediten steigen in der Tendenz die Zinsen ...

Ist die derzeitige Knausrigkeit der privaten Banken also ein Faktor, der die Krise eher noch anheizt, so ist sie aus der Sicht des jeweiligen Banken-Managements doch durchaus geboten, soll Schaden vom eigenen Unternehmen abgelenkt werden: Denn da durch die Umschuldungen die Fälligkeit der Altschulden nur um sechs bis acht Jahren hinausgeschoben wird, ist für die zweite Hälfte der 80er Jahre eine weiter Tilgungskrise bereits vorprogrammiert.[26]

Nach der „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs" nun die „Sozialisierung des Ausfallrisikos"

Für diesen Zeitpunkt sorgen die Banken inzwischen schon kräftig vor: In der Bundesrepublik zumindest gingen sie still und einvernehmlich dazu über, zwar nur niedrige Sparzinsen zu vergüten, dennoch aber hohe Zinsen auf vergebene Kredite zu berechnen. Die auf diese Art zusammengescheffelten Rekordgewinne benutzen sie, um auf ihre Auslandsforderungen „Wertberichtigungen" vorzunehmen — allein die deutschen drei Großbanken und ihre „Töchter" legten auf diese Weise in den vergangenen Jahren vorsorglich ca. 9 Mrd. DM auf die hohe Kante;[27] wobei der besondere Clou dieser Abschreibungen darin liegt, daß sie den zu versteuernden Gewinn schmälern. Steuerersparnis: 56 Prozent. Der effektive Verlust reduziert sich so auf 44 Prozent.

So folgt auf die „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs" nun die „Sozialisierung des Ausfallrisikos": Bankkunden und Fiskus werden an den Kosten unseriöser Kreditvergaben — auch die BIZ

Kredite amerikanischer Großbanken an lateinamerikanische Länder

	Bilanz-summe	Kredite	Internation. Kredite	Eigen-kapital	Kredite an Argentinien	Brasilien	Mexiko	Venezuela	4 Länder zusamm.
	Milliarden Dollar				in Prozent des Eigenkapitals				
Citicorp	134,7	89,2	46,3	5,77	18,9	81,4	50,3	26,0	176,6
Bank of America	121,2	82,4	27,7	5,14	7,8	48,4	53,3	31,4	140,9
Chase Manhattan	81,9	55,9	34,9	3,05	25,4	83,9	50,9	40,2	200,4
Manufacturers Hanover	64,3	45,5	21,1	2,67	49,5	79,7	71,7	40,6	241,5
Morgan Guaranty	58,0	33,1	20,8	3,32	22,3	53,8	35,4	14,0	125,5
Chemical Bank	51,2	33,7	13,2	2,31	16,0	55,4	61,3	33,7	166,4
Continental Ill.	42,1	30,4	10,2	1,73	23,2	27,5	40,4	25,1	116,2
Bankers Trust	40,0	23,7	10,4	1,79	12,8	41,6	71,8	24,4	150,6
First Chicago	36,3	22,3	7,9	1,74	14,4	39,5	50,0	17,2	121,1

FÖRDERKREIS FÜR DIE blätter des iz3w

Viele kleine Spenden sichern unser Überleben

Die »blätter des iz3w« erscheinen mittlerweile seit 12 Jahren. Für eine in starkem Maße von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene Aktionsgruppe die ohne potente Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Zu unserem bisherigen Überleben haben viele Leser der »blätter des iz3w« beigetragen. Zahlreiche Leser haben uns bei Bezahlung der Abonnementrechnung gleichzeitig eine Spende überwiesen. Von großer Bedeutung für uns sind auch die regelmäßigen Spenden, die wir im Rahmen des »Förderkreises« erhalten, da wir mit diesen Einnahmen kalkulieren können.

Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu finanziell in der Lage sind, uns im Rahmen des »Förderkreises« durch einen Dauerauftrag zu unterstützen (ab monatlich DM 5,- bzw. vierteljährlich DM 15,-).
Mit dem Beitrag zum Förderkreis ist das Abonnement bezahlt. Ein Formular zur Einrichtung eines Dauerauftrages, das Sie Ihrer Bank schicken können, haben wir nebenstehend abgedruckt. Inhaber von Postscheckkonten erteilen einen Dauerauftrag auf dem Hauptteil des Überweisungsvordruckes. Bitte informieren Sie auch das iz3w.
Wir danken allen, die durch eine Spende unsere Arbeit finanziell absichern.

An die Aktion Dritte Welt e.V.
Postfach 5328
7800 Freiburg

Ich bin dem Förderkreis des iz3w beigetreten und überweise am .... jeden Monats / am .... jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM .... an die Aktion Dritte Welt e.V.

Ich bin bereits Abonnent: ja — nein

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

An

. . . .
(Bank)
Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. am . . . . . . jeden Monats / am . . . . jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM . . . .

an Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg

Postscheckamt Karlsruhe Nr. 148239 - 755 (Bankleitzahl 660 100 75)*

Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf.

. . . .
(Ort und Datum) (Unterschrift)

* Für Abonnenten in der Schweiz: Postscheckamt Basel, Nr. 40 - 35899,
Für Abonnenten in Österreich : Österreichische Postsparkasse, Nr. 2377.047

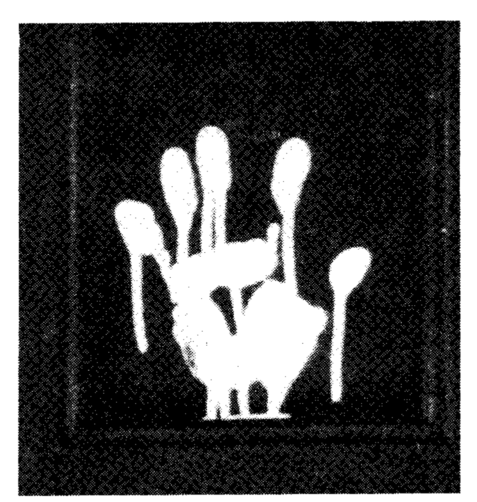
Flächenbombardements in El Salvador

Nordamerikanische Söldner bei den Contras in Nicaragua

Die Absicht der nordamerikanischen Regierung, den Konflikt in Zentralamerika militärisch zu lösen, wird immer offensichtlicher. Bisher kaum bekannt ist, daß seit Anfang 1983 zunehmend Bombeneinsätze gegen die Zivilbevölkerung in El Salvador geflogen werden.

Bei der Bombardierung der Stadt Berlin am 10. Februar 1983 wurden 120 Menschen getötet und 1/5 der Häuser zerstört. Damit begann eine neue Stufe des Antiquerillakampfes. Heute gehört der systematische Einsatz der Luftwaffe gegen die Bevölkerung in den Gebieten, in denen die Guerilla ständig oder vorübergehend operiert, zum Alltag. Von Januar bis Mai d. Jahres gab es 137 Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung mit 1235 Toten. Im März 1984, während der Vorbereitungen zum ersten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen, erreichten die Bombardierungen mit 43 Einsätzen einen Höhepunkt.

Nach Angaben von Tutela Legal, der Rechtshilfe des Erzbistums von San Salvador, starben allein zwischen dem 16. und 29. März dieses Jahres, also unmittelbar vor und nach den Wahlen, 235 Personen, im wesentlichen Frauen und Kinder, durch Bombardierungen in der Umgebung des Guazapa-Vulkans in den Kantonen La Pava, Mirandilla und El Zapote. Der Chef der US-Militärberater, Oberst Stringham, gab Mitte April auf einer Pressekonferenz in San Salvador zu, daß sich die Bombardierungen gegenüber dem Vorjahr praktisch verdreifacht hätten. Auf dieser Pressekonferenz rechtfertigte Stringham auch indirekt die Bombardierung der Zivilbevölkerung, indem er ausführte, daß man die Zivilbevölkerung, die der Guerrilla u. a. Verpflegung zukommen lasse, nicht als unschuldig bezeichnen könne. Inzwischen hat der US-Botschafter in El Salvador Pickering in einem Interview den Einsatz von Napalm seitens der salvadorianischen Armee bestätigt (TAZ, 1. 10. 84). In einem Bericht der beiden nordamerikanischen Menschenrechtsorganisationen Americas Watch und dem Lawyers committee for international human rights wird ausgeführt, daß die Truppen der salvadoreanischen Armee im Rahmen ihrer Antiguerillaoperationen wahllos Angriffe gegen die Zivilbevölkerung fliegen. In dem Bericht heißt es wörtlich: „Diese Bombenangriffe sind für die vielen Todesopfer unter der Zivilbevölkerung verantwortlich. Zusätzlich vertreiben sie Tausende von Salvadoreanern aus ihren Häusern und vergrößern somit die Zahl der ohnehin unglaublich vielen Flüchtlinge und Vertriebenen im eigenen Land, die unter erbärmlichen Bedingungen leben". Im gleichen Bericht ist zu lesen, daß die Zahl der Flüchtlinge im Land



Zeichen der Todesschwadrone

mittlerweile auf mindestens 500.000 gestiegen ist, dies bedeutet 10 % der Gesamtbevölkerung.

Die Bombenflüge werden vorbereitet durch Aufklärungsflugzeuge. US-Piloten fliegen AC 130 Maschinen, die mit Infrarotkameras ausgerüstet und auf dem Stützpunkt Palmeroal in Honduras stationiert sind. Diese Kameras registrieren Bewegungen von Personengruppen und können spezielle Metalle, wie Munition ausmachen. 600 US-Streitkräfteangehörige sind insgesamt mit der Durchführung und Übermittlung der Daten an das Süd Kommanda beschäftigt. Von dort aus werden die Daten an das nordamerikanische Verteidigungsministerium geschickt, per Computer ausgewertet und dem Hauptquartier der salvadoreanischen Luftwaffe zugeleitet, das dann den Einsatz der Flüge einleitet. Die Salvadoreanische Luftwaffe benutzt Jagdbomber vom Typ Dragon Fly und A 37. Paul Gormann, Befehlshaber des US-Kommandos Süd bestätigte, daß Nordamerikaner selbst an den Bombardierungen teilnehmen.

Die Situation nach dem Amtsantritt Duartes

Seit dem Amtsantritt Napoleon Duartes hat sich die Situation weiter zugespitzt. Die Wahl fand unter zweifelhaften Bedingungen statt. Die nordamerikanische Regierung unterstützte den Wahlkampf des christdemokratischen Kandidaten Duarte. Die Möglichkeit, ihn nach außen als demokratischen Alternative zwischen „rechts" und links" zu präsentieren, ist ein wichtiger Punkt im nordamerikanischen Konzept der militärischen Lösung. Duarte präsentierte sich im Wahlkampf als derjenige, der energisch gegen die Verletzungen der Menschenrechte eintreten und den Dialog mit der Befreiungsbewegung FMLN/FDR aufnehmen werde. Noch vor seinem Amtsantritt am 1. Juni wurde ihm vom nordamerikanischen Kongreß eine zusätzliche Militärhilfe von 62 Mio. Dollar bewilligt. Seit seinem Amtsantritt ist deutlich geworden, daß keines seiner Versprechen gehalten wird. Entgegen seiner geäußerten Dialogbereitschaft erklärte er nun wiederholt, er werde erst dann mit der Opposition verhandeln, wenn sie ihre Waffen niederlegen werde, was für die FMLN/FDR unannehmbar ist. Ebenso hat sich nichts an der Menschenrechtslage geändert. Im Gegenteil: Die Bombardements und Übergriffe von Seiten der Bodentruppen mehren sich. Im Juni und Juli wurden insgesamt 74 Einsätze geflogen, bei denen pro Einsatz mehr als acht 250-500 kg Bomben abgeworfen wurden. Ebenfalls werden von der salvadoreanischen Luftwaffe Splitter- und Brandbomben eingesetzt. Splitterbomben explodieren bereits bevor sie Kontakt mit einem Objekt haben mit einem Streuradius von 150 m. Bei stärkeren Menschenkonzentrationen haben sie schlimmste Verletzungen und qualvolles Sterben zur Folge. Die Brandbomben werden abgeworfen, um die Bevölkerung zu lokalisieren, die sich vor den Angriffen versteckt, bei diesen Bomben jedoch ihre Unterschlupfe verläßt, um nicht im Feuer umzukommen. Die Bomben werden so abgeworfen, daß ein Feuerkreis um ein Gebiet gelegt und nur ein Ausgang frei-

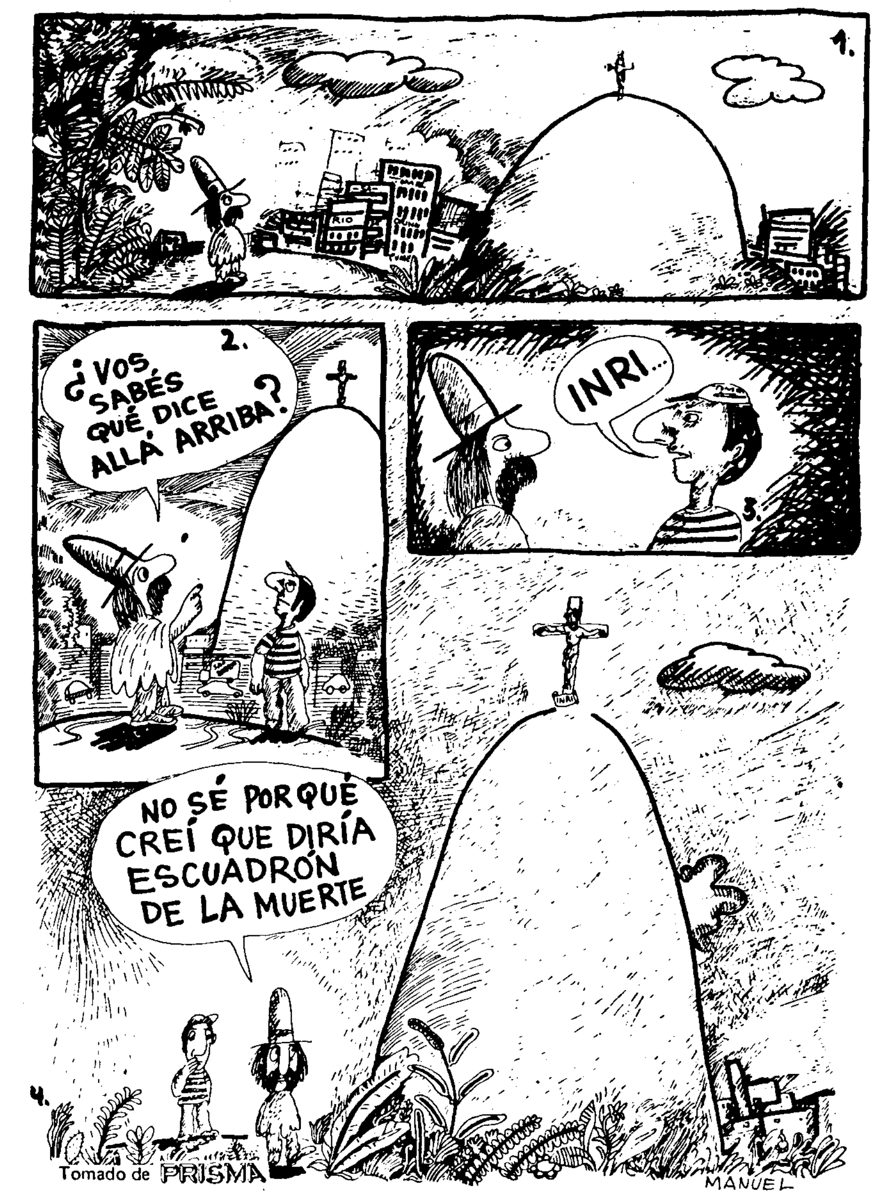
gelassen wird, an dem dann Bodentruppen postiert sind.

Während der Amtszeit Duartes sind zwei große Massaker von salvadoreanischen Menschenrechtsorganisationen und der katholischen Kirche bekannt gemacht worden:

— zwischen dem 18.-22. Juli verübte das Elitebataillon Atlacatl ein Massaker in verschiedenen Dörfern im Departement Cabañas, bei dem mind. 62 Menschen getötet wurden
— Priester Ricardo Urioste berichtete Mitte August in einer Sonntagspredigt in der Kathedrale von San Salvador von diesem Massaker. Desweiteren forderte er eine eingehende Untersuchung dieses Massakers. Er beschuldigte die Regierung, mit Bombenangriffen gegen die Bevölkerung vorzugehen
— Mongr. Rivera y Damas denunzierte ein Massaker in der Provinz Chalatenango, bei dem am 30. August 1984 mindestens 50 Menschen ermordet worden sind.

El Salvador wird weiter militärisch aufgerüstet. Im August 1984 sind weitere 70 Mio. Dollar „dringlicher" Militärhilfe an El Salvador vom nordamerikanischen Kongreß bewilligt worden. Damit wurde im Haushaltsjahr 1. 10. 83 bis 30. 9. 84 196 Mio. Dollar Militärhilfe für El Salvador bereitgestellt. Im Haushaltsjahr 1985 sind 121,7 Mio. Dollar Militärhilfe für El Salvador bisher vorgesehen. Ebenfalls bekannt wurde Anfang September, daß die nordamerikanische Regierung die Lieferung von Spezialflugzeugen an die salvadoreanische Luftwaffe beschlossen habe. Es werden mindestens zwei Flugzeuge zur Effektivierung der Aufstandsbekämpfung geliefert, die mit je drei Schnellfeuerkanonen ausgerüstet sind und sich gemäß nordamerikanischer Darstellung in Vietnam bewährt haben.





1.) ...
2.) Du, weißt du was da oben steht ?
3.) INRI
4.) Ich weiß nicht warum ich dachte daß es Todesschwadron heißt.

Nicaragua: Nordamerikanische Söldner bei den Contras

Ebenso wie in El Salvador ist gegenüber Nicaragua eine zunehmende militärische Aggression zu verzeichnen. Die seit 1982 systematisch aufgebauten Contragruppen in Honduras (FDN), finanziert und trainiert vom CIA, haben ihre Aktivitäten zur Destabilisierung der nicaraguanischen Revolution ins nicaraguanische Landesinnere ausgeweitet. Zunächst konzentrierten sie ihre Aktivitäten auf das unmittelbare Grenzland, inzwischen aber operieren die Contras in Verbänden zu mehreren Tausend im Norden der Provinzen Matagalpa und Jinotega. Ihre Zahl wird auf 12.000 beziffert. So wurde z. B. die Kaffeefinca Oro Verde, ca. 20 km nördlich von Esteli und 50 km von der honduranischen Grenze entfernt von 600 Contras überfallen und zerstört. Auf dieser Plantage arbeiteten zwischen Dezember 1983 und Februar 1984 niederländische und deutsche Brigadisten bei der Kaffeernte.

Mit dem Abschuß eines Hubschraubers am 1. September über nicaraguanischen Gebiet im Rahmen von Kämpfen zwischen Contras, nicaraguanischer Armee und Milizen starben zwei nordamerikanische Söldner, die in diesem Hubschrauber saßen. Sie gehörten der Organisation „Zivile Militärhilfe (CMA)", einem Verband von Kriegsveteranen an. Die CMA unterstützt die Contra, ebenso wie das salvadoreanische Militär mit Waffen, anderen Militärgütern und Ausbildern. J. Hughes, Sprecher des nordamerikanischen Außenministeriums bestätigte die Aussagen des CMA-Chefs Thomas Posey, daß die gegen Nicaragua kämpfenden nordamerikanischen Söldner über Kontakte zu offiziellen nordamerikanischen Stellen verfügen. Die CMA habe in direkter Verbindung mit Botschaftsangehörigen in Honduras und El Salvador gestanden. Die „New York

Times" berichtete, die Contras hätten 10 Mio. Dollar von nordamerikanischen Organisationen, von Israel, Argentinien, Venezuela, Guatemala und Taiwan erhalten. J. Hughes erwiderte daraufhin, daß die nordamerikanische Regierung nichts dagegen hätte, wenn private Organisationen die Contra finanziell und mit Waffen unterstützen. Weiterhin sagte er, nachdem der Kongreß eine zusätzliche „verdeckte" Hilfe für die Contra i. H. von 21 Mio. Dollar untersagt hatte, daß die private Unterstützung eine von mehreren diskutierten Optionen der US-Regierung sei. (vgl. dazu ausführliche Berichte von Martin Kilian und Werner Hoertner in der Tageszeitung vom 19. 9. 84)

Trotz dieser Situation in Zentralamerika gibt es in der Bundesrepublik kaum Äußerungen, die sich gegen diese Kriegspolitik wenden. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihr Schweigen zu den Bombardements in El Salvador bisher nicht gebrochen und fordert auch nicht nachdrücklich zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen zwischen salvadoreanischer Regierung und der FMLN/FDR auf, auf die sie seinerzeit im Falle eines Wahlsiegs Duartes noch setzte.

Die Bundesregierung unterstützt den nordamerikanischen Kurs offen und ist damit mitverantwortlich für den Tod vieler Menschen. Die bundesrepublikanische Entwicklungspolitik ist dabei nicht nur auf die Stützung US-amerikanischer Interessen abgestellt, sondern auch ein ausführendes Organ der bundesdeutschen Außenpolitik. Im folgenden, abschließenden Teil wird noch einmal die Chronologie der Ereignisse bzgl. der „Wende" in der Entwicklungshilfepolitik aufgezeigt.

Bundesdeutsche Entwicklungshilfe gegenüber Nicaragua und El Salvador

Die Anfang der 80iger Jahre unter der sozialliberalen Koalition eingeschlagene Wende in der Entwicklungshilfepolitik gegenüber Zentralamerika wird von der CSU-geleiteten Verwaltung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) konsequent fortgeführt. Die Wende gegenüber Nicaragua wird damit begründet, daß die nicaraguanische Regierung für den Konflikt in der Region verantwortlich sei. Nicaragua liefere Waffen an die FMLN, es werde ein diktatorisches marxistisch-leninistisches Regime aufgebaut und zu guter letzt, berücksichtige die Regierung in Projektpolitik die Interessen der Privatwirtschaft zu wenig. 1985 wird Nicaragua von der BRD keine Entwicklungshilfe mehr erhalten.

Demgegenüber hat sich nach der Wende die BRD Haltung zu El Salvador geändert. 1983 wurde die Entsendung eines deutschen Botschafters nach El Salvador und die Wiederaufnahme der 1981 eingefrorenen Entwicklungshilfe in Aussicht gestellt. Im folgenden einige Beispiele, die diese Entwicklung verdeutlichen:

- die Bundesregierung kritisierte weder die US-Invasion in Grenada 1983 in scharfer Form, noch die Verminung nicaraguanischer Häfen durch den CIA
- im Januar 1984 wurde ein deutscher Botschafter nach El Salvador entsadt, ebenso bundesdeutsche Entwicklungshilfeexperten zur Projektsondierung
- seit Januar 84 verlautet aus dem BMZ, daß es keine neuen Projekte für Nicaragua geben werde und die laufenden kritisch überprüft werden, um einen Mißbrauch zu vermeiden

Zynischerweise nahm das BMZ die Ermordung des deutschen Entwicklungshelfers Tonio Pflaum am 30. 4. 83 in Nicaragua zum Anlaß, das Engagement westdeutscher Entwicklungshelfer in Nicaragua stark einzuengen, um „ihre Sicherheit zu gewährleisten". Es gab kein Wort gegen die Mörder, die von der Bundesregierung politisch unterstützt werden: die von Honduras aus operierende FDN.

Heute werden die entwicklungspolitischen Argumentationen gegenüber neuen Projekten in Nicaragua ganz fallengelassen. Ganz offen stellt das BMZ seine politischen Bedingungen: politischer Pluralismus, Aufgabe der Destabilisierungsfunktion, die Wahlen werden



Marianella García Villas, Vorsitzende der salvadorianischen Menschenrechtskommission, von Regierungstruppen ermordet.

- dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) wurde am 30. Januar d. J. mitgeteilt, daß gemäß dem Wunsch des BMZ das Engagement in Nicaragua auf 20 Personen begrenzt werden soll. Nach verschiedenen Sitzungen des Verwaltungsrates des DED fand man für '84 der Kompromiß, die ursprünglich vorgesehenen 44 Stellen für Nicaragua bis auf wenige Ausnahmen zu genehmigen, für '85 jedoch die Richtzahl 20 festzuschreiben.
- am 26. Januar d. J. bekam ebenfalls der DED die Weisung vom BMZ, in der Öffentlichkeit keine Entwicklungshelfer mehr für Nicaragua zu werben.

schon im Vorfeld als undemokratisch bezeichnet. So sind selbst Projekte für die Privatwirtschaft, vorgelegt vom „Internationalen Fond für den Wiederaufbau (FIR)" nicht zur Kenntnis genommen worden.

Entwicklungshilfe an El Salvador

Bei Präsident Duartes Besuch in der BRD im Juli '84 wurde ihm insgesamt 50,6 Mio. DM für dieses Jahr zugesagt. Davon sind 23 Mio DM Neuzusagen, der Rest Altzusagen, die aufgrund der Situation in El Salvador seit 1981 nicht mehr ausgezahlt worden waren. Für 1985 soll das Land vom BMZ ca. 25 Mio erhalten.

Nach Absprachen zwischen einer deutschen Expertenkommission und der salvadoreanischen Regierung sollen diese Gelder in folgenden Bereichen eingesetzt werden:

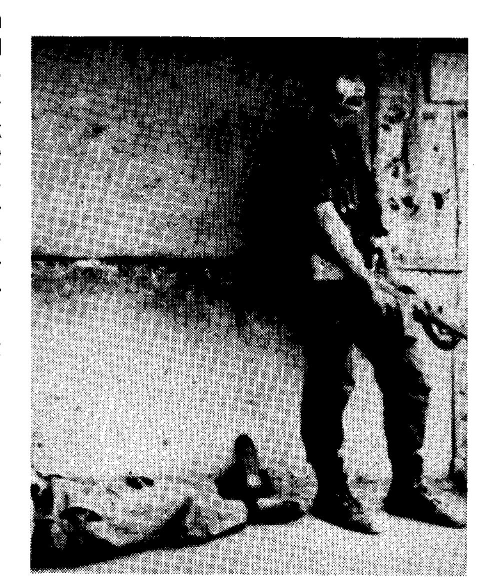
30. Mio. für die Beschaffung von dringend benötigten Investitionsgütern, Rohstoffen, Ersatzteilen und anderen Produktionsmitteln zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und anderer Sektoren
8-9 Mio. DM für die Durchführung eines Kreditprogramms zur Förderung von Kleinstunternehmern auf dem Lande.
8-9 Mio. DM für den sozialen Wohnungsbau und
3 Mio. DM für Stadtentwicklung/Slumsanierung, Pflanzenschutz, Genossenschaftswesen, Agrarreform und Wirtschaftsberatung.

Das Regierungsabkommen über die Förderung konkreter Projekte wurde von Minister Warnke bei seinem Besuch in El Salvador, Ende September unterzeichnet. Hieran wird deutlich, daß die bundesdeutsche Entwicklungshilfepolitik nichts mehr mit der vom Bundestag 1982 einstimmig verabschiedeten Beschlußvorlage bzgl. entwicklungspolitischer Grundsätze zu tun hat, soll doch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Verwirklichung der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der Förderung demokratischer Strukturen dienen! Mit ihrer Politik tritt die Bundesregierung offen für die Zerstörung des gesellschaftlichen Prozesses in Nicaragua ein und tut ihren Teil dazu, daß es in El Salvador nicht zu einer wirklichen gerechten Lösung kommt.

Das Informationsbüro Nicaragua e. V. und die Informationsstelle El Salvador e. V. wenden sich an die Öffentlichkeit, gegen eine solche Politik einzutreten und das Schweigen gegenüber den Bombardements, der zunehmenden Militarisierung und drohenden direkten Intervention in Mittelamerika zubrechen.

Informationsbüro Nicaragua e. V.
Katernbergerschulweg 123
5600 Wuppertal 1
Tel.: (0202) 760527
Informationsstelle El Salvador e. V.
Sterntorbrücke 13
5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 692030

Spendenkonto bei der Stadtsparkasse Wuppertal, Informationsbüro Nicaragua Kontonummer 963611, BLZ 33050000
die auf diesem Konto eingehenden Spenden gehen je zur Hälfte an die FMLN/FDR in El Salvador und in den Aufbau zerstörter Projekte in Nicaragua



Roque Dalton
Die letzte Ruhe des Soldaten

Die Toten werden mit jedem Tag unbelehrbarer.

Früher tat man sich leicht mit ihnen:
wir gaben ihnen einen steifen Kragen einen Kranz
wir lobten ihre Namen in einer langen Liste:
von wegen Platz des Vaterlandes
von wegen bemerkenswert Schatten
von wegen monströser Marmor.

Der Leichnam unterzeichnete hinter der Erinnerung
reihte sich wieder ein
und marschierte im Takt unserer alten Musik.

Aber damit ist's aus
die Toten
sind seither anders.

Heute werden sie schnell ironisch
stellen Fragen.

Mir scheint sie merken
daß sie schon längst die Mehrheit stellen!

Spendenaufruf

Für Medizinische Soforthilfe an die Opfer der Bombenangriffe in El Salvador!

Seit Anfang des Jahres 1983 sind in El Salvador zunehmende Bombeneinsätze seitens der Armee zu verzeichnen, Angriffe, sie sich rücksichtslos auch gegen die Zivilbevölkerung richten.

Getroffen wird besonders die Bevölkerung an der Peripherie und im Innern der durch die Guerilla kontrollierten Gebiete. So wurden die Menschen in der Umgebung des umkämpften Guazapa-Vulkans und der Provinzen Cabañas, San Miguel, Morazán, San Vicente, Usulután und Chalatenango innerhalb von 2 Monaten 74 Mal bombardiert. Die betroffene Bevölkerung bezeichnet die Luftangriffe daher inzwischen als „geflügelte Todesschwadrone", die Menschen tötet und die Spezialeinheiten der Armee bei der Zerstörung von Wohnungen und Ernten unterstützt.

Aus Berichten geht hervor, daß neben Brand- und Splitterbomben eingesetzt werden, die kurz vor dem Auftreffen zerbersten und scharfe Plastiksplitter zerstreuen, die in einem Umkries von 150 m tiefe Wunden in die Körper der getroffenen Menschen reißt (Splitterbomben gelten als Bomben, die auf Tötung und Verletzung von Menschen zielen). Berichte über den Einsatz von Bomben, die chemische Kampfstoffe enthalten, gibt es auch seit langem. Marianella Garcia Villas, Vorsitzende der salvadorianischen Menschenrechtskommission wollte diesen Berichten nachgehen und Beweise vorlegen. Sie wurde im März 83 bei ihren Nachforschungen durch Schüsse der Armee ermordet.

Durch die Bombardierungen wächst die Zahl der Verletzten, Schwerverletzten, der Verstümmelten. Gleichzeitig ist die gesundheitliche Versorgung über bestehende Einrichtungen durch die Verschärfung des Krieges beeinträchtigt. Dies gilt sowohl für die von der FDR-FMLN kontrollierten Gebiete als auch für die noch umkämpften Regionen des Landes.

medico international stellt schon seit 1980 medizinische Notdepots — kleine mobile Polikliniken — bereit, mit denen die am häufigsten auftretenden Erkrankungen und Verletzungen versorgt werden können. Diese Notversorgung muß verstärkt und aufrechterhalten werden.

Spendenkonto medico international Nr.: 1800 Stadtsparkasse Frankfurt, Stichwort El Salvador

Peru auf dem Weg zur „Argentinisierung"

Massengräber noch unverwester Leichen in Ayacucho entdeckt — Lima unter Militärkontrolle

Alarmierende Meldungen über Ereignisse in Peru im August 1984 bedürfen einiger Hintergrundinformationen, um in ihren Zusammenhängen verständlich zu werden:

- **Massengräber noch unverwester Leichen (zwischen ihnen fand man eine Tageszeitung vom 18. 8. 1984) wurden 23 km von Huanta im Department Ayacucho entdeckt. In dieser Region operieren seit 18 Monaten Marineinfanterieeinheiten gegen die Guerrillaorganisation „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad).**
- **Zunahme der Meldungen von Verschwundenen. Darunter ein Journalist der Zeitung „La República" in Huanta, der zuletzt am 2. 8. 84 beim Betreten des Hauptquartiers der Marineinfanterie gesehen wurde. Die mit der Suche nach ihm beauftragte Kommission fand die Massengräber.**
- **Entführung des nationalen Sekretärs für Bauerngemeinden der Bauerngewerkschaft CNA, Jesus Oropeso, durch Polizeikräfte in Puquio. Er wurde zu Tode gefoltert wieder aufgefunden.**
- **Eine von der Vereinigten Linken und allen Menschenrechtsorganisationen für den 24. 8. 84 geplante Demonstration gegen die Praktiken der Sicherheitskräfte und für Menschenrechte in Peru.**
- **Lima unter Militärkontrolle. 4000 Soldaten werden zusätzlich nach Lima verlegt. Lima unter Kriegsrecht, um eine Menschenrechtsdemonstration zu verhindern!**
- **6000 indianische Bauern aus 44 Dorfgemeinschaften Ayacuchos sollen, laut offizieller Verlautbarung, „spontan" Mitte August bei einer Militärparade in Vinchos, 45 km von Ayacucho, aufmarschiert sein, um ihre Unterstützung gegen die Guerrilla dem anwesenden Oberkommandierenden, General Adrian Huaman Centeno, zu bekunden.**

Massengräber unverwester Leichen sprechen eine eindeutige Sprache und bestätigen, was viele in Peru bereits wußten, aber so schwer beweisen konnten. Amnesty international nannte es in seinem Protestschreiben vom August 1983 an die Regierung „extralegale Hinrichtungen" und „staatlich verübten Mord".

Seit Dezember 1982 taucht immer wieder das Wort von der Argentinisierung Perus auf, und die Zahl der Verschwundenen steigt. Auf 3000 wurde sie im Mai 1984 von Menschenrechtsorganisationen in Peru geschätzt. Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln, da die Angst vor Repressionen groß ist, und die Entfernungen im Land sind weit. Trotz des Klimas der Angst, das die ganze Region beherrscht, liegen über 500 Meldungen Angehöriger von Verschwundenen vor und 178 Fälle wurden vom „Komitee der Familienangehörigen von Verschwundenen in Ayacucho", das FEDEFAM (der lateinamerikanischen Organisation der Angehörigen von Verschwundenen) angeschlossen ist, exakt dokumentiert. Der Besuch des Friedensnobelpreisträgers Perez Esquivel gab dem Komitee internationalen Schutz für seine schwierige Arbeit. Ein Filmteam dokumentierte die Aussagen der Familienangehörigen vor dem Komitee. Diese Dokumentation widerlegt eindeutig die Behauptung der Regierung, es gäbe keine Verschwundenen, diese seien alle Terroristen bei „Sendero Luminoso", der andinen Guerilla Perus. Quechuafrauen dieses Komitees besuchten im Juni 1984 Lima und übergaben exakt ausgefüllte Fragebögen (über eben jene 178 Fälle) an nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen. Wer Gelegenheit hatte, dem erschreckenden Bericht dieser Frauen zuzuhören, erkannte schnell, daß nur Not und Verzweifelung sie antrieben, in die Hauptstadt zu reisen, um Zeugnis abzulegen von dem, was offiziell bestritten wird. Sie erzählten, wie ihre Männer verschwanden. Entweder wurden sie von Sicherheitskräften aus den Häusern geholt oder zuletzt von Zeugen in Sicherheitsgewahrsam gesehen. Sie erzählen von Leichen mit Foltermalen, die in und neben Bächen und Wegen auf dem Lande am frühen Morgen zu finden sind. Manch eine der Frauen hatte so ihren Mann oder Sohn identifizieren müssen. Die Frauen gaben sich keiner Hoffnung hin, daß ihre Angehörigen noch lebten.

Die Entdeckung von Massengräbern in Peru kommt für die Weltöffentlichkeit überraschend. Für den Beobachter der peruanischen Wirklichkeit von 1984 bestätigt sie nur, was Menschenrechtsorganisationen in Peru seit langem behaupten.

Zu fragen bleibt: warum blieben in Argentinien Massengräber so lange unentdeckt, in Peru dagegen fand man schnell Leichen und findet man jetzt nach kurzer Zeit die Massengräber? Das Andenhochland ist groß; Menschen wirklich verschwinden zu lassen, dürfte auch Peruanern keine Schwierigkeiten bereiten. Sollte es in Peru Kräfte geben, die ein Interesse daran haben, daß man die Leichen findet? Sollen sie der psychologischen Kriegsführung gegen die Guerrilla dienen? Der Regierung in Lima ein solches Interesse zu unterstellen, wäre sicherlich falsch. Sie betreibt Imagepflege an allen Fronten für den Internationalen Währungsfond und die internationalen Bankenkonsortien, die mit ständigen Umschuldungsverhandlungen beschäftigt sind.

Aber wie steht es mit den Militärs? Nutzen sie die auftauchenden Leichen als Abschreckung oder haben sie sogar ein Interesse, die Unfähigkeit der parlamentarischen Demokratie unter Beweis zu stellen?

Die Absicht der Militärs bleibt ungeklärt. Präsident Belaunde jedenfalls nimmt nur zögernd ihre Dienste in Anspruch: einmal weil er als Präsident von ihnen 1968 ins Exil gejagt worden ist; zum anderen, weil sich die Militärs diese Dienste (die Übernahme der Verantwortung und Kontrolle in den Hochlandprovinzen) mit neuen Konzessionen für Waffenkäufe bezahlen lassen. Die Regierung mußte Waffenkäufen zustimmen, die mit der Guerrillabekämpfung nichts zu tun haben, wie z. B. der Anschaffung von 26 Mirage-Kampfflugzeugen, Panzern und Kriegsschiffen. 1/3 der Regierungsausgaben werden für Kriegsmaterial getätigt.

Was bedeutet es angesichts dieser Zusammenhänge, daß Präsident Belaunde Lima unter Kriegsrecht stellte und 4000 Soldaten nach Lima verlegt wurden? Warum betreibt eine sich als demokratisch bezeichnende Regierung einen solchen Aufwand, um eine Menschenrechtsdemonstration zu verhindern? Wie

sind diese offensichtliche Angst und Hilflosigkeit der Regierung begründet? Ein Blick auf die Situation Perus kann hier einiges erhellen.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Belaunde, die nach den Auflagen des Internationalen Währungsfonds gestaltet wurde, hat breite Bevölkerungskreise in bisher selbst in Peru nicht gekannte Armut gestürzt. (siehe „blätter" Nr. 105, November 1982). Streiks und Demonstrationen, Antwort auf diese Politik, wurden unterdrückt. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung wurden zehntausende verhaftet, viele gefoltert (siehe „blätter" Nr. 115, Februar 1984). Diese Politik ist der Nährboden der Entstehung und Ausbreitung der Guerillabewegung „Sendero Luminoso" (zur Entstehung und den Zielen von „Sendero" siehe „blätter" Nr. 108, März 1983, Nr. 112 September 1983.) „Sendero" rekrutiert seine Mitglieder und Unterstützer sehr oft mit Gewalt und bringt deshalb viele Bauern gegen sich auf. Das Militär allerdings reagiert mit Gewalt und Vergeltung auf die „Unterstützung" von Dörfern für „Sendero".

Erfährt dann das Militär von der Aktion, kommt es in das Dorf und übt Vergeltung, weil das Dorf sich mit „Sendero" „eingelassen" hat. Häuser werden zerstört und niedergebrannt; schon oftmals kam es zu wahllosem Blutvergießen durch die Sicherheitskräfte, die willkürlich Vergeltung üben.

Zwischen diesen beiden Extremen leben die Menschen in den Dörfern nun schon viele Monate. In Lima erregte kürzlich eine Landbesetzung am Stadtrand Aufsehen, die von Emigranten aus Ayacucho durchgeführt wurde. Dies wirft ein Schlaglicht auf die am wenigsten beachtete Seite dieses schmutzigen Krieges: die Landflucht aus 13 Provinzen hat ganze Dörfer entvölkert. Die Menschen fliehen in die Städte an der Küste, suchen Unterschlupf bei Verwandten, und besonders Jugendliche werden von ihren Familien in die Städte geschickt, weil es nur eine Frage der Zeit ist, wann „Sendero" sie rekrutieren würde.

Reaktionen der Regierung auf „Sendero Luminoso"

Die Reaktionen der Regierung auf die Aktivitäten der Guerrilla sind ausschließlich militärischer Art. Im Dezember 1982 wurden dreizehn Provinzen von drei Departements im Andenhochland unter militärisches Oberkommando gestellt. Marineinfanterie, Antiguerilla-Spezialeinheiten und Polizei bilden die Sicherheitskräfte unter militärischem Oberkommando. Da die Sicherheitskräfte allein gegen die Guerrilla nicht erfolgreich sind, werden Counterinsurgency-Maßnahmen eingesetzt, um die Landbevölkerung für subversive Aktivitäten gegen die Guerrilla zu gewinnen. Da solche Maßnahmen gegen die peruanische Verfassung verstoßen, versuchen Regierung und Militärkommando in Ayacucho mit allen Mitteln, diese zu verschleiern. Darum sind sie so schwer nachzuweisen. Aber einige Vorkommnisse weisen eindeutig auf solche Maßnahmen hin.

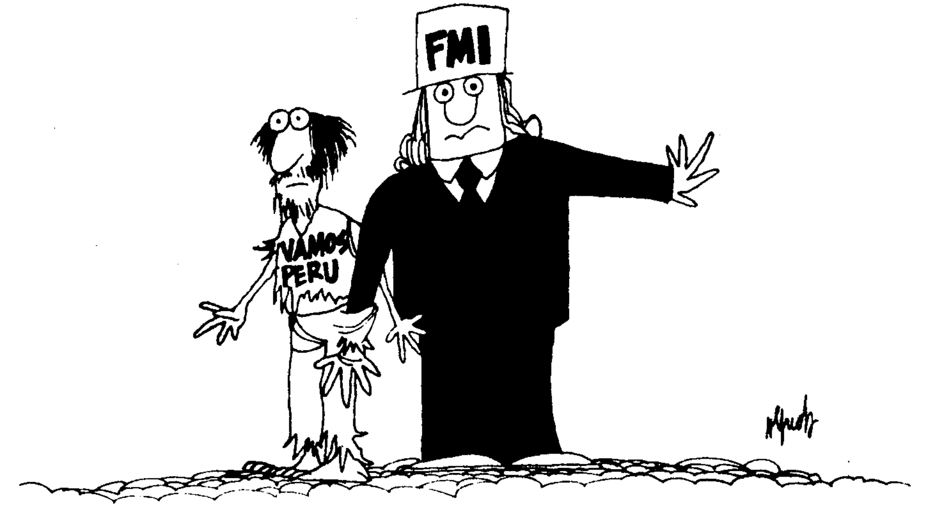
Eines dieser Ereignisse ist der Mord an acht Journalisten durch indianische Bauern, von dem auch die internationale Presse berichtete: Ende Januar 1983 drangen erste Meldungen nach Lima, denen zufolge indianische Bauern „Senderistas" getötet haben sollten. Die Opposition bezweifelte, daß die Bauern diese Tötungen „spontan" ausgeführt haben könnten. Um diesen Fall aufzuklären und um Einblick in die Counterinsurgency-praktiken der Militärs zu bekommen, reisten acht Journalisten bekannter Zeitungen in Lima ins Andenhochland. Sie kamen nur bis Uchurraccay, einem Nachbardorf ihres Reiseziels, wo sie von indianischen Bauern bestialisch erschlagen wurden.

Dieser Mord an den Journalisten wurde nie aufgeklärt, im Gegenteil: Aufklärungsversuche wurden offensichtlich von offiziellen Stellen verhindert und verzögert, bis alle Zeugen des Massakers verschwunden oder tot waren. Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission, der der bekannte Schriftsteller Vargas Llosa angehörte, spricht von „wilden Indios", die zu dumm seien, Guerrilleros mit Waffen von Journalisten mit Kameras zu unterscheiden. Sie traf nur einmal für zwei Stunden mit den indianischen Bauern der Dorfgemeinschaft zusammen und führte keine Einzelbefragungen durch.

Die Opposition dagegen bestritt diese Verwechslungsthese und unterstellte, daß das militärische Oberkommando die Bauern zum Mord angestiftet habe und nun eine Aufklärung seiner Counterinsurgency-Maßnahmen verhindern wolle. Es gebe Hinweise, daß die Bauern mit Lebensmitteln bezahlt worden seien. Auch später aufgetauchte Fotos eines der ermordeten Journalisten widerlegten die Regierungsthese. Man sieht dort Bauern und einige der Journalisten im Gespräch nebeneinander. Aber Uchurraccay bedeutet viel mehr als der Tod von acht bekannten Journalisten. Uchurraccay ist zum Sinnbild für eine Politik der Verschleierung von Recht und Unrecht geworden und zugleich zum Symbol für die tiefe Kluft zwischen Stadt und Land, für die Ignoranz der westlich orientierten Bewohner der Metropole bezüglich der einer völlig anderen Kultur entstanden Lebensweise der Andenbewohner. Diese Ignoranz ist einer der Gründe für den Rassismus und die rassische Diskriminierung gegenüber der indianischen Bevölkerung. Die Diskussion um Uchurraccay machte diesen Rassismus deutlicher sichtbar als irgendein anderes Ereignis der neueren peruanischen Geschichte. Die Bauern des Andenhochlandes werden einfach als „rückständige" und „wilde" Menschen bezeichnet, und für viele, unter ihnen auch Präsident Belaunde und seine Regierung, ist es eine Schande für Peru, daß es solche Menschen in ihrem Lande gibt.

Die Nichtaufklärung des Mordes an den Journalisten hat die Diskussion um diesen Fall in Lima bis heute nicht verstummen lassen, und alle weiteren Ereignisse in und um Ayacucho werden von beiden Seiten benutzt: Reaktionen von indianischen Bauern gegen „Sendero Luminoso" werden entweder als „spontan" (Offizielle Version) oder als von Sicherheitskräften im Zuge einer Unterwanderungspolitik „veranlaßt" hingestellt (Opposition). Zur Opposition gehören die linken Parteien im Parlament und alle Menschenrechtsorganisationen in Lima, aber auch manche Stimme aus dem rechten Regierungslager gesellte sich dazu (die dann jedoch schnell aus ihren Ämtern entfernt wurde, um ihren Aussagen das Gewicht zu nehmen).

Insgesamt ist in diesen Jahren nach dem Massaker viel Aufklärungsarbeit geleistet worden, besonders von den drei Zeitungen, die Journalisten durch den Mord verloren haben, aber auch von der Vereinigten Linken und von Menschenrechtsorganisationen in Lima. Die Regierung hat diese Aufklärung nicht unter-



stützt, ganz im Gegenteil: sie hat den Zugang zu den umkämpften Gebieten für Journalisten weitgehend gesperrt. Viele Meldungen gelangen nur über offizielle Verlautbarungen an die Öffentlichkeit, und aufmerksame Beobachter können feststellen, daß manche Tatsachen erst dann veröffentlicht werden, wenn sie bereits durch Zeugen, die vom Land in die Stadt Ayacucho geflohen sind, von der freien Presse publiziert worden waren. Journalistische Recherchen sind unmöglich.

Die heutige Situation

Wie stark „Sendero Luminoso" heute wirklich ist, weiß niemand. Im April dieses Jahres wurde die Organisation trotz vereinzelter Aktionen kaum noch beachtet. Sie gehörte zum peruanischen Alltag, und besonders Lima ist so unendlich weit weg von allem, was „auf dem Land" vor sich geht. Auch saßen einige führende „Senderistas" in Gefängnissen, und man glaubte allgemein, daß „Sendero" sehr geschwächt sei. Diese Einschätzung änderte sich schlagartig, als nach dem vierten Jahrestag des bewaffneten Kampfes, am 10. Mai 1984, „Sendero" mit einer Welle von neuen und brutalen Aktionen begann, vor allem auch in Lima selbst, wo seit Monaten mit Beginn der Dämmerung alle Autokolonnen um die Polizeistationen herum umgeleitet werden, damit keine Dynamitladungen aus fahrenden Autos in Polizeistationen geworfen werden können. Es gab eine Reihe von Anschlägen auf Polizeistationen, Banken, öffentliche Gebäude. Es gab Tote und Verletzte und eine große Hilflosigkeit. Das Stromnetz wurde so beschädigt, daß die Innenstadt oftmals tagelang ohne Strom war, und schon in den frühen Abendstunden einer Geisterstadt glich.

Auch auf dem Land haben sich die Aktionen in neue Gebiete verlagert. Selbst das Departement Lima ist nun betroffen. Im Gebiet von Jauja wurden nach bewährtem Muster die Autoritäten mittels Drohbriefen fortgeschickt und danach einige schwer zugängliche Andenorte von „Sendero Luminoso" kontrolliert. Im Tal des Huallaga-Flusses, dem Zentrum der Kokainmafia, gab es Aktionen, die zur Neuschöpfung des Wortes „Narcoterrorismo" (Drogenterrorismus) führten. Es ist anzunehmen, daß es Absprachen zwischen Kokainmafia, die im Huallagatal seit Jahren zu Hause ist, und „Sendero Luminoso" gibt, vielleicht eine Art Schutzabkommen oder Nichtangriffspakt. Genaues weiß man nicht. Jedenfalls kontrolliert „Sendero Luminoso" im Tal des Huallaga jetzt ganze Dörfer, was sich die Mafia sicher nicht ohne weiteres gefallen lassen würde.

Weitere Aktionen finden in verschiedenen Gebieten des Landes statt, und natürlich wurden die Kämpfe in den Hauptgebieten — den Departements Ayacucho, Huancavelica und Apurimac — trotz verstärkter Militarisierung nicht weniger. In der Stadt Ayacucho operierten „Sendero"-Gruppen am hellen Tage. Absicht dieser erneuten Offensive ist ganz offensichtlich die Störung der für März 1985 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.



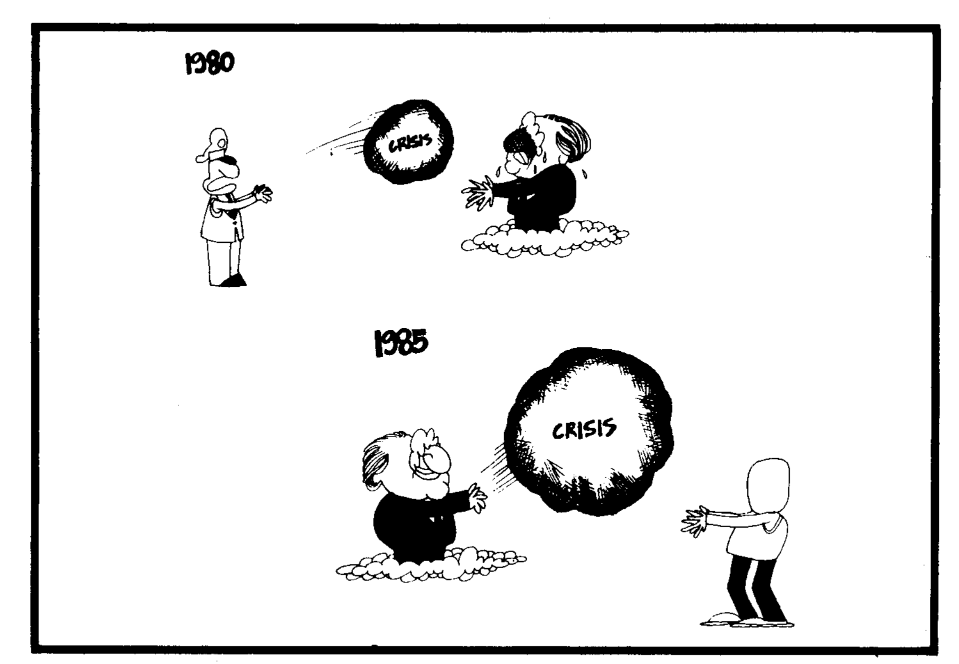
Während bis Ende Juni davon ausgegangen werden konnte, daß „Sendero" brutale „Vergeltung" an Einzelnen übte und dabei auch Linke, Gewerkschafts- und Bauernführer nicht ausnahm, drangen Ende Juni erste Informationen nach Lima, nach denen „Sendero" Massenexekutionen durchgeführt haben soll. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß sich jetzt ganze Bauerngemeinschaften gegen „Sendero" gewendet haben und „Sendero" die Unterstützung wichtiger Dörfer verliert und nun zur Abschreckung ganze Bauerngruppen umbringt wie vorher einzelne „Verräter".

Dies könnte auch bedeuten, daß die Unterwanderungsmaßnahmen der Militärs nach 18 Monaten erste Erfolge zeitigen. Diese Annahme wird gestützt durch die Meldung, nach der an einer Militärparade in Vinchos, 45 km von der Stadt Ayacucho entfernt, bei der der kommandierende General Huaman anwesend war, 6000 indianische Bauern (nach Aussagen der Militärs) „spontan" teilgenommen haben sollen. Nach allem, was über Vergeltungspraktiken von „Sendero Luminoso" bekannt ist, erscheint solche Spontaneität jedoch unwahrscheinlich; wahrscheinlicher ist, daß es sich hier um paramilitärische Bauernmilizen gehandelt hat, die als „Montoneros" bezeichnet werden und systematisch vom Militär aufgebaut worden sind, weil der Kampf gegen die Guerrilla von den Sicherheitskräften allein nicht geführt werden kann.

General Huaman leugnet bis heute die Existenz solcher Bauernmilizen, aber er bestätigte später, daß Lebensmittel und Saatgut an solche Bauern verteilt worden sind, die sich bereit erklärt haben, in die „zivile Verteidigungsfront" einzutreten, deren Aufbau vom peruanischen Geheimdienst betrieben und gefördert wurde. Die als „Montoneros" bezeichneten paramilitärischen Bauernmilizen, die in Vinchos vor General Huaman vorüberzogen, saßen zum Teil zu Pferde, andere gingen zu Fuß. Sie trugen keine Waffen und wurden angeführt von Soldaten. Laut offizieller Veröffentlichung sollen sie aus 44 indianischen Dorfgemeinschaften kommen, auch aus solchen, die einmal zu von „Sendero Luminoso" befreiten Zonen gehörten. Es gibt 3000 indianische Dorfgemeinschaften in den peruanischen Anden und etwa 400 in der militarisierten Region.

Ein indianischer Bauer, Mitglied der „Montoneros" sagte vor dem Fernsehen aus, „daß alle Dorfgemeinschaften, die früher 'Sendero' unterstützt hätten, jetzt bereit seien, gegen alle zu kämpfen, die ausländische Ideen verbreiten." Und Korrespondentenberichten aus dem Gebiet ist zu entnehmen, daß die „Montoneros" getötet haben und Bauern anderer Dorfgemeinschaften als zur Guerrilla gehörig oder mit ihr sympathisierend an Sicherheitskräfte ausgeliefert haben. Es ist nicht auszuschließen, daß alte Fehden zwischen Dorfgemeinschaften bei diesem Krieg Bauern gegen Bauern erneut zum Tragen kommen.

„Sendero Luminoso" ist sicher die brutalste und rücksichtsloseste Guerrilla Lateinamerikas. Doch die Verteufelungskampagne, die über alle Medien Perus läuft, läßt die wahren Ursachen für das, was die Guerrilla und ihren bisherigen „Erfolg" überhaupt möglich machte, zu sehr im Hintergrund verschwinden. Weder diese Regierung noch eine der vorangegangenen hat sich jemals um die arme Landbevölkerung bemüht, geschweige denn wirtschaftlichen und soziale Programme auch nur in Erwägung gezogen. Auch die linken Parteien und Gewerkschaften sind in und um Ayacucho nicht tätig geworden. So begann „Sendero Luminoso" Anfang der 70er Jahre seine Indoktrination auf einem bisher unbeackerten und total vernachlässigten Feld. Die indianische Bevölkerung war dankbar für jede Beachtung, für jeden Hoffnungsschimmer. Hier liegen die Wurzeln der Verankerung von „Sendero" in den Dorfgemeinschaften und der Grund dafür, warum sich „Sendero" so lange hat halten können. Heute haben viele der Bauern erkannt, wieviel Not, Tod und Ver-



zweifelung „Sendero“ ihnen gebracht hat und so wird es verständlich, daß sie sich nach und nach auf die Seite der Militärs stellen und von ihnen Schutz erhoffen.

Sie deshalb zu verteufeln ist unsinnig. Viele von ihnen werden die Militärs im Laufe der Zeit kennenlernen und durchschauen, daß es ihnen nur um Ruhe im Land und nicht um Veränderung geht. Veränderung jedoch ist unerläßlich. Eine politische Lösung finden kann nur, wer strukturelle Veränderungen plant. Diese sind jedoch nicht in Sicht.

„Sendero“ bleibt immerhin der Verdienst, daß es Lima aus seinem zentristischen Schlaf gerüttelt hat und die Grenzen kapitalistischer Macht hat sichtbar werden lassen sowie die Folgen von Ausbeutung und neokolonialistischen Strukturen, in der die Zentren die Peripherien ausbeuten und sich dann wundern, wenn die Ausgebeuteten beginnen, sich zu wehren.

Das Schicksal der indianischen Dorfbewohner, die von „Sendero Luminoso“ und den militärischen Sicherheitskräften benutzt, manipuliert und buchstäblich aufgerieben werden, findet vor der Weltöffentlichkeit wenig Beachtung.

Was in jenen Gebieten wirklich vor sich geht, wird nicht bekannt. Es sind immer nur einzelne Meldungen, die herausdringen. So hat z. B. die Dorfgemeinschaft Lusita, Ayacucho, eine Liste mit 138 Namen von Waisenkindern im Alter von einem Monat bis zu 16 Jahren vorgelegt. In Lusita wohnten einmal 480 Familien, 1800 Einwohner. Oder ein einzelner Indianerjunge von 13 Jahren überlebte ein Massaker in seinem Dorf Puka Ccasa/Ayacucho, in dem seine Eltern und weitere 27 Menschen, darunter viele Frauen und kleine Kinder, umgekommen sind, weil er sich totstellte. Wieviele Massaker gibt es wirklich in den Anden, die von keinem Überlebenden bezeugt werden?

Catarina Brinkmann

Indianermassaker in Peru

(Lima, 3. 10. 1984) Im peruanischen Tiefland sind in der vergangenen Woche 40 Piro-Indianer von Waldarbeitern einer Holzfirma aus Pucallpa, 300 km nordöstlich von Lima, erschossen und in den Sepahuafluß Tieren zum Frass vorgeworfen worden.

Wie ein Mitarbeiter der Gesellschaft für bedrohte Völker in Lima erfahren hat, leben die Piro ohne Kontakt zur Außenwelt und haben sich entschlossen, eindringende Holzfällerkommandos zu bekämpfen. Diese reagieren mit Schußwaffen. Die Piro sind Jäger und Sammler, die mit Gitpfeilen vorgehen, um ihr Land zu retten.

Aus Flugzeugen wurde beobachtet, daß die Piro entschlossen sind, weiterzukämpfen und ihre Toten zur rächen. Dieser ungleiche Kampf wird von der peruanischen Regierung, die die Kolonisierung und Ausbeutung des Regenwaldes forciert und den Ureinwohnern keinerlei Schutz gewährt, mit verantwortet. Das nur zufällig bekanntgewordene Indianermassaker ist nur einer von vielen Zusammenstößen im Amazonastiefland. Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert die Regierung im Lima auf, die Morde an den Piro zu untersuchen und ihre Indianerpolitik zu überdenken.

Klaudine Ohland
Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.
Gronerstr. 40
3400 Göttingen

Pestizideinsatz in der Dominikanischen Republik

Bevor ich 1981 als Entwicklungshelfer und Landwirt in die Dominikanische Republik (mittelamerikanischer Inselstaat, 50.000 km², 6,3 Mill. Einwohner) ausreiste, war mir bereits bekannt, daß die Bundesrepublik größter Pestizidexporteur der Welt ist, jährlich 35.000 Tonnen Pestizide allein in die Dritte Welt liefert, diese Exporte keinerlei amtlicher Prüfung, Zulassung und Kennzeichnung bedürfen und z. B. DDT in der Dritten Welt immer noch angewendet wird, obwohl es bei uns schon seit Jahren verboten ist.

Was ich nun während meiner Tätigkeit erlebte, das stellte alle Vorstellungen weit in den Schatten.

Mein Arbeitgeber war das Landwirtschaftsamt in San Juan, eine Provinzhauptstadt im Südwesten des Landes, meine Arbeitskollegen die dominikanischen Agronomen. Sie alle hatten viel von mineralischem Dünger und von „Pestizidas" gehört, wenig von Mischkultur und überhaupt nichts von organischem Dünger, Fruchtfolge oder sonstigen pflanzenbaulichen Methoden zur Eindämmung von Schadorganismen. Nicht verwunderlich, denn dominikanischen Lehrpläne und Bücher sind von dem Gedankengut der „Grünen Revolution" stark beeinflußt.

Ein Erlebnis soll das veranschaulichen. Fortbildungskurse für Agronomen finden in San Juan alle 14 Tage statt. Diesmal kommt ein ganz besonders schicker Jeep vorgefahren. Ein Chauffeur trägt diverse Koffer, Dia- und Filmapparate, Hochglanzdrucke und schließlich Rumflaschen in den Konferenzsaal. Es sind die sehnlichst erwarteten Referenten der Firma Hoechst eingetroffen; sehnlichst erwartet, weil jeder weiß, daß diesmal etwas geboten wird — keine langweiligen Referate, keine Handzettel mit schlechten Graphiken oder Diaserien zum Einschlafen. Diesmal sind es zwei Dominikaner, perfekt geschult von der Firma Hoechst, mit allem ausgerüstet was dominikanische Agronomen beeindruckt.

Es geht los mit einem Film — Hunger, Elend, dürres Vieh, viel Unkraut und schließlich die Rettung: die Chemie — alles wird grün, die Stimme sanft und sympathisch. Weiter geht es mit Dias, Schlag auf Schlag. Zum Nachdenken bleibt keine Zeit. Zwischendurch wird Rum eingeschenkt, das dominikanische Nationalgetränk. Am Ende liegen schließlich Hochglanzdrucke im Überfluß bereit, gefüllt mit den schönsten Fotos — makellosen Feldern, glücklichen Bauern und zufriedenen Konsumenten. Dazu gibt es gratis einen Ringordner mit sieben dicken Buchstaben auf der Vorderseite.

Schwer beeindruckt verlassen meine dominikanischen Kollegen den Konferenzsaal, den Ringordner unterm Arm, die amerikanische Schiebermütze mit den gleichen sieben Buchstaben auf dem Kopf. Begeistert von dieser Vorstellung und als wandelnde Litfaßsäule schwärmen sie aus aufs Land zu den Landwirten.



Für dominikanische Kleinbauern ist der Gebrauch von Pestiziden nichts Neues. Wenn es in den meisten Dörfern auch keine Zeitung gibt, so fliegen doch überall diese schönen Hochglanzdrucke herum, kleben bunte Plakate an den Wänden, oder stehen riesige Reklametafeln an den Straßenrändern: „Alle Jahre sind gut mit Shell" heißt es da, oder „Doppelter Schutz für ihre Ernte", „Kein Unkraut mehr in ihrem Reis mit ..." usw.

Der „Erfolg" ist durchschlagend. Das Zeug wird gekauft, obwohl die meisten Bauern kaum genug Geld haben, sich ein Paar Schuhe zu kaufen. Kein Wunder, wenn viele (33,4 %) bei der Arbeit mit der Rückenspritze barfuß durch das Feld gehen, niemand Gummistiefel, Schutzhandschuhe, Schutzbrille, Gummischürze oder gar eine Gasmaske trägt, wie es laut Sicherheitsvorschriften vorgesehen ist.

Die Spritzbrühe wird in alten Öltanks angesetzt, umgerührt wird mit einem Stock, oder einfach mit dem nackten Oberarm. Meist sind es Kinder (unter 15 Jahren), die bei dieser Arbeit helfen müssen. Der Vater läuft derweil mit der Spritze übers Feld. Ist der Tank leer, so wird bei aufgeschnallter Rückenspritze das hochgiftige Spritzmittel nachgefüllt. Für jeden leicht vorzustellen, daß von dieser Brühe auch mal etwas daneben schwappt. Hemd und Rücken werden bei dieser Aktion mehr oder weniger angefeuchtet. Wenn das Zeug nicht so giftig wäre, eigentlich eine bei diesen tropischen Temperaturen angenehme Erfrischung!?

Die meisten Kleinbauern sind Analpabeten, außerdem bekommen sie in den seltensten Fällen die Originalpackung in die Hände, weil sie weder über ausreichend Geld verfügen noch für ihre kleinen Parzellen diese fertig abgepackten Mengen benötigen. Der Händler erfand für diesen Fall längst eine einträgliche Lösung. Er verkauft das Pestizid in kleineren Mengen, fertig abgefüllt in meist notdürftig oder gar nicht etikettierten Rumflaschen. Gebrauchsanweisungen samt Sicherheitsvorschriften bleiben beim Verkäufer. Um welches Produkt es sich dann letztendlich handelt und ob vielleicht etwas mit Wasser verlängert wurde, das weiß nur der Händler selbst. Er ist es auch, der vielfach als „Pflanzen-

Tabelle 1:

Sicherheitsvorkehrungen, eingehalten von Landwirten bei der Ausbringung von Insektiziden bei Gemüse, Dominikanische Republik, September 1977 — Februar 1978.
(K. V. Freistadt, F. Agudelo-Silva, J. La Gra).

66,6 %	benutzten	Schuhe (33,4 % barbuß)
0 %	benutzten	Gummistiefel
0 %	benutzten	Schutzhandschuhe
0 %	benutzten	Schutzbrille
0 %	benutzten	Gasmaske
0 %	benutzten	Gummischürze
13,3 %	rauchten	Zigaretten während der Ausbringung

schutzberater" fungiert, bei dem die Landwirte Rat suchen, obwohl er in den allermeisten Fällen über keinerlei Fachkenntnisse verfügt. Dieser Händler ist freilich eher an dem großzügigen Einsatz von Agrochemikalien interessiert, als an ökologischen Anbaumethoden, an denen er nichts verdienen kann.

Das alles führt dazu, daß die Bauern oft das falsche Mittel zum falschen Zeitpunkt in falscher Konzentration spritzen, ohne Wartezeiten einzuhalten und schließlich noch zu einem utopischen Preis.



Und wo werden diese in Rumflaschen abgefüllten Pestizide aufbewahrt, wenn es normalerweise in der Hütte eines Kleinbauern keinen abschließbaren Ort gibt? Kann dieses Gift sicher vor Kindern geschützt werden, wenn man weiß, daß eine typische Bauernfamilie mit sechs bis acht Kindern in einer 30 m² großen Holzhütte untergebracht ist?

Daß es auf diese oder ähnliche Weise jährlich weltweit zu rund 500.000 Vergiftungs- und 5.000-10.000 Todesfällen kommt, wie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der UN-Umweltschutzorganisation (UNEP) berichtet, verwundert dann nicht mehr.

Mir selbst ist ein solcher Fall bekannt geworden. Weil die giftige Wirkung dieser chemischen Mittel unterschätzt wurde, versuchte ein Vater die Kopfläuse seiner Kinder mit einem konzentrierten Insektizid zu bekämpfen. Für die Kinder kam jede Hilfe zu spät.

Agrochemikalien werden nicht nur von Kleinbauern verwendet. Die Großgrundbesitzer, die ein Großteil der karibischen Insel für sich in Beschlag genommen haben, wirtschaften streng konventionell. Das modernste, nämlich aus dem Flugzeug heraus Insekten, Pilze oder Unkraut zu bekämpfen, gehört hier zu den gängigen Methoden des „Pflanzenschutzes". Es besteht kein Zweifel, daß sowohl Pilot als auch der Besitzer selbst die Vorschriften auf der Spritzmittelpackung lesen können. Trotzdem habe ich es mit eigenen Augen beobachten können wie ein Spritzflugzeug zwei Tagelöhner einnebelte, die gerade die Bewässerung dieses Feldes regelten.

Wieviele Gifte die Dominikaner täglich zu sich nehmen, wenn sie sich aus den Entwässerungsgräben der unmittelbar vorher gespritzten Reisfelder ihr Trinkwasser schöpfen, das vermag sich hier niemand vorstellen.

Die gemessenen Rückstände auf Gemüse, die in einer Untersuchung von K. V. Freistadt, F. Agudelo-Silva, J. La Gra gefunden wurden, sind erschreckend hoch.

Diese Tabelle offenbart astronomische Zahlen, die keiner weiteren Erklärung bedürfen. Eine Überschreitung der „tolerierbaren" Höchstmenge um bis das 2.110 fache beim Weißkohl macht mir heute noch Angst. Auch ich habe Tomaten und Weißkohl in der dominikanischen Republik gegessen.

über dem Einkaufspreis.

Nicht nur an diesem Beispiel im Kleinen wird deutlich, daß Gewinnabsichten gegen gesundheits- bzw. umweltgerechte Produktionsweise gerichtet sein können, wenn kurzfristig gedacht wird.

An einer Institution zur Überwachung des Pestizideinsatzes fehlt es deshalb nicht nur hier in der Dominikanischen Republik. Es fehlt bei den Regierenden der meisten Entwicklungsländer an dem Interesse zur Einführung einer gesundheits- und umweltgerechten Produktionsweise der Landwirtschaft. Nicht der Einfluß der Kleinbauern oder Konsumenten ist es, sondern der des „Händler", von dem die Politik vieler Entwicklungsländer dominiert wird.

Diese innenpolitischen Gegensätze werden, so wie ich es erlebt habe, skrupellos von den wirtschaftlichen Interessengruppen der Industrieländer genutzt, schließlich hängen von der Pestizidproduktion allein in der Bundesrepublik rund 10.000 Arbeitsplätze ab.

Rudolf Rantzau

Tabelle 2:

Vergleich zwischen „tolerisierbaren" Höchstmenge und nachgewiesenen Rückständen bei Tomate und Weißkohl, Dominikanische Republik, September 1977-Februar 1978, (K. V. Freistadt, F. Agudelo-Silva, J. La Gra).

Kulturpflanze	Insektizid	Schwankungsbereich gefundendener Rückstände (ppm)	durchschnittliche Rückstände (ppm)	tolerierbare Höchstmenge * (ppm)
Tomate	Lannate	49,30-175,30	109,55	1,00
Weißkohl	Lannate	0,00- 87,70	47,47	5,00
Weißkohl	Aldrin	130,30-211,00	186,05	0,10

* nach Code der US-Umweltschutzbehörde.

Bei den Erdnüssen entdeckte ich die Rückstände mit bloßem Auge. Ich wollte welche auf dem Markt von San Juan kaufen. Die Zeit der Erdnußernte lag schon etwas länger zurück, die Saatzeit stand kurz bevor, das treibt die Preise. An diesem Tag verging mir jedoch der Appetit. In einem großen Sack bieten die Marktfrauen ihre geschälten Erdnüsse an.

Jeder Interessent greift erst einmal tief in den Sack und vergleicht Preise und Qualität.

Zunächst merkte ich nichts. Dann entdeckte ich ein rötliches Puder. Die ganzen Erdnüsse waren leicht eingepudert. Wo denn diese Erdnüsse her seien? fragte ich. Schnell stellte sich heraus, daß es Saatgut war, und das rötliche Puder Quecksilberbeize. Ich befragte die Verkäuferinnen sogleich, versuchte sie aufzuklären. Die aber demonstrierten mir, wie unschädlich dieses Pulver sei, indem sie vor meinen Augen sich den Mund voll Erdnüsse stopften und genüßlich darauf herumkauten. „Sehen sie, mir fehlt nichts, mir tut auch nichts weh! Dieses Pulver ist gegen Ameisen und Ungeziefer, aber Menschen tut das gar nichts."

Die Marktfrauen waren nicht zu überzeugen. Schließlich lag der Verkaufspreis der quecksilbergebeizten Erdnüsse weit

Literatur:

1) K. V. Freistadt, F. Agudelo-Silva und J. La Gra: „Determinacion de Residuos de Insecticidas en Tomate, Cebolla y Repollo en la Republica Dominicana", Santo Domingo, 1979.

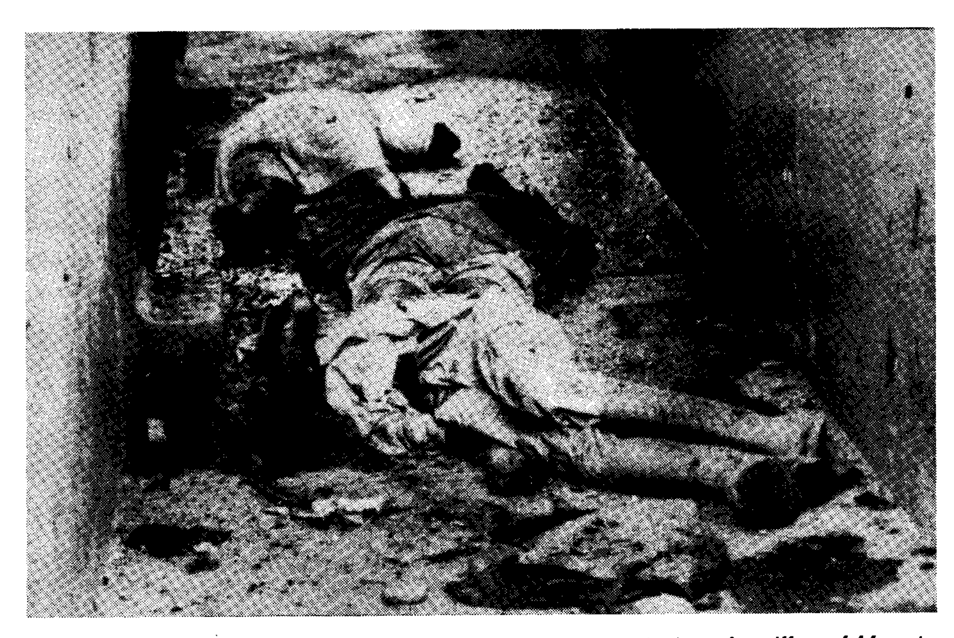
2) Ingolf Spickschen: „Pestizidexport in die Dritte Welt — chemische Keule und Bumerang zugleich" in Öko-Mitteilungen, Heft Nr. 5, 1983, S. 11-14.

vgl. auch den Pestizid-Artikel von Rainer Huhle in den Blättern Nr. 120/September 84

Mosambik

Der Nkomati-Vertrag — und nun?

Am 16. März dieses Jahres unterzeichneten der mosambikanische Präsident Samora Machel und der südafrikanische Premierminister P. W. Botha einen Vertrag über Sicherheit und Wirtschaftsbeziehungen. Sie verpflichteten sich, der in Südafrika aktiven schwarzen Widerstandsbewegung ANC (African National Congress) und der in Mosambik agierenden RNM (Resistência Nacional Mocambicana) die jeweilige Basis für Gewaltakte im Nachbarland zu entziehen. Außerdem wurde in dem Vertrag eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern verabredet. — Wie kam es zum — nach dem Ort der Unterzeichnung benannten — „Nkomati-Vertrag"? Was sind seine Hintergründe, in welchem politischen Zusammenhang steht er, was sind seine bisher absehbaren Folgen?



Arbeiter einer Marmeladenfabrik, Opfer eines südafrikanischen Angriffs auf Maputo, Mai 1983

Ausgangslage

Koloniale Strukturen und sowjetisches Vorbild

Die portugiesische Kolonialmacht hatte die Wirtschaft Mosambiks im Wesentlichen auf Dienstleistungen für Südafrika und die Produktion von wenigen landwirtschaftlichen Gütern ausgerichtet. Diese spezifische Struktur übernahm die neue Frelimo-Regierung mit in die Unabhängigkeit.

Seit 1910 waren regelmäßig über 100.00 mosambikanische Minenarbeiter in der Republik Südafrika (RSA) beschäftigt. Ihre Gehälter wurden zu 60 % in Form von Gold zu einem Vorzugskurs von 32 US-$ pro Unze an Portugal gezahlt (LMD, Juli 84. Abkürzungen siehe Quellenverzeichnis am Schluß des Artikels). Als Mosambik 1975 unabhängig wurde, beendete Südafrika diese Goldzahlungen. Zudem wurde die Zahl der Minenarbeiter von 120.000 (1975) auf 45.500 (1982) verringert. Die mosambikanische Regierung berechnet den Devisenverlust durch diese Maßnahmen auf 568 Mio. US-$ (MIO, 16. 2. 84).

Eine wichtige Dienstleistung, die Mosambik für Südafrika erbrachte, war der Transport und die Verladung von südafrikanischen Waren über mosambikanische Eisenbahnen und die Häfen von Maputo und Beira. Die RSA reduzierte diese Warenmenge von 6,8 Mio. t (1973) auf 1,1 Mio. t. (1983). Mosambik schätzt den dadurch entstandenen Devisenverlust auf 248 Mio. US-$ seit der Unabhängigkeit. (MIO, 16. 2. 84) Die RSA wickelte ihre Seetransporte seitdem zusehends über südafrikanische Häfen ab, die allerdings weiter vom Industriegebiet Transvaal entfernt liegen als die mosambikanische Häfen Maputo und Beira.

Die dritte Komponente dieser Wirtschaftsbeziehungen schließlich war der Verkauf von Strom aus dem Wasserkraftwerk des Cabora-Bassa-Staudammes.

Nach der Unabhängigkeit versuchte die Frelimo-Regierung, die von den Portugiesen übernommenen landwirtschaftlichen Großbetriebe als Staatsbetriebe nach sowjetischem Vorbild weiterzuführen. Die Kleinbauern unterhielten kaum Unterstützung, wodurch ihre Produktivität so weit zurückging, daß sie sich schließlich weitgehend auf die Selbstversorgung beschränkten. Da sie den Großteil der landwirtschaftlichen Produktion geliefert hatten, verschlimmerte dies die durch Dürre und Überschwemmungen bereits katastrophale Versorgungslage noch mehr.

Rechte Partisanen

Seit 1981 kämpfte in Mosambik die RNM gegen die Regierung, eine rechtsgerichtete Truppe, die zunächst von Rhodesien aufgestellt worden war, um die mosambikanische Unterstützung für die schwarze Befreiungsbewegung in Rhodesien zu erschweren und die später von Südafrika finanziert, ausgerüstet und oft auch direkt militärisch unterstützt wurde. Sie hat anscheinend keine zentrale Leitung und außer einem generellen Antikommunismus auch keine politische Idee (vgl. blätter des iz3w, Nr. 117, Mai 1984). Ende 1983 war diese Truppe von anfänglich 500 Mann auf über 10.000 angewachsen. Sie kämpfte in neun von zehn Provinzen. Ihr Ziel ist es vor allem, die Infrastruktur Mosambiks zu schädigen und damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung zu untergraben.

Die Regierung gab an, daß die Zerstörung von 900 Kaufläden auf dem Land, von 490 Primarschulen, von 85 Gesundheitsposten (1982/83) und 145 Gemeinschaftsdörfern (1982) auf die Rechnung der RNM gehe. Der entstandenen Schaden wird mit 333 Mio. US-$ beziffert (MIO, 16. 2. 84).

Von besonderer Bedeutung ist für die RNM die Störung der Transitwege der Binnenländer zu den Häfen. Diese Länder (Sambia, Botswana, Simbabwe, Malawi) versuchen, die Exportabhängigkeit von Südafrika zu verringern. Die RNM sorgte erfolgreich dafür, daß sie sich auf die mosambikanischen Transitwege nicht verlassen und daher die Transporte nach Südafrika nicht aufgeben können. Damit wurde bisher ein wichtiges Ziel der Frontstaaten[1] sabotiert. Sie hatten sich seit 1980 nach und nach zur SADCC (South African Development Coordination Conference) zusammengeschlossen, mit dem Ziel, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika zu reduzieren. Als wichtiges Transitland erhält Mosambik von dieser

Gruppe besondere Unterstützung (ABECOR).

Anfang 1984 soll die RNM bereits 50-60 % des Landes der sicheren Kontrolle der Regierung entzogen haben (L, 9. 2. 84). Ein spektakulärer Erfolg der RNM war die häufige Unterbrechung der Hochspannungsleitung vom Cabora-Bassa-Staudamm nach Südafrika, zuletzt seit Oktober 1983. Da Südafrika nur ca. 8-10 % seines Stromes über diese Leitung erhält, damals freilich zum niedrigsten Strompreis der Welt) und die Möglichkeit hat, auf eigene Wärmekraftwerke auszuweichen, blieb der Hauptschaden bei Mosambik, das allein 1980 ca. 110 Mio. DM Verluste wegen ausgefallener Stromlieferungen zu verzeichnen hatte (FAZ, 4. 1. 84). Die Sabotageakte gegen die südafrikanische Stromversorgung mögen aber auch das Ziel gehabt haben, die Unabhängigkeit der RNM von Südafrika zu demonstrieren.

Dürre und Überschwemmungen

Außer den wirtschaftlichen und politischen Problemen ist Mosambik seit 1977 mit einer Serie von Naturkatastrophen konfrontiert. 1977 traten der Incomati und der Limpopo über die Ufer und richteten einen Schaden von 34,1 Mio. US-$ an. Seit 1981 leidet das Land an einer ständigen Dürre, die besonders die Provinzen Gaza und Inhambane betraf. Man schätzte Anfang 1984 die Zahl der Hungernden auf vier Millionen, das sind ein Drittel der Bevölkerung (N, 6. 2. 84), die Zahl der Toten auf 100.000 (LM, 19. 1. 84). Vom 28. 1. bis 2. 2. 84 verwüstete der Zyklon „Domoina" die Küstenstriche im Süden. Die damit verbundenen Überschwemmungen machten 49.000 Menschen obdachlos (T, 12. 2. 84) und richteten einen Schaden von 75 Mio. US-$ an (FT, 9. 2. 84). Ein Großteil der Felder in diesem Gebieten wurde verwüstet, womit die Versorgungskrise zumindest bis zur Ernte 1985 eine noch schlimmere Form angenommen hat.

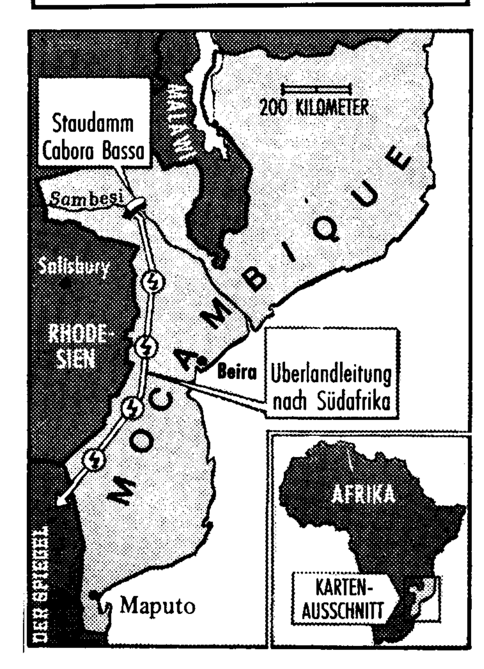
Wirtschaftskrise

Im Februar 1984 suchte Mosambik bei seinen westlichen Gläubigern um eine Umschuldung seiner Auslandsschulden von 1,4 Mia. US-$ nach. Zur Begründung stellte die Regierung eine Berechnung der außergewöhnlichen finanziellen Verluste an, die das Land in den letzten acht Jahren zu tragen hatte. Dabei wurden die Schäden durch militärische Aktionen der RNM, Südafrikas und Rhodesiens, durch die Sanktionen gegen Rhodesien, die Naturkatastrophen, die allgemeine Verschlechterung der Exportmöglichkeiten auf dem Weltmarkt und die wirtschaftlichen Maßnahmen Südafrikas zu der Summe von 3,8 Mia. US-$ addiert. (MIO, 16. 2. 84)

Die folgenden Zahlen mögen die dauernde Unausgeglichenheit der Handelsbilanz und den Rückgang der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen veranschaulichen:

	1980	1981	1982	1983
Exporte	138	223	199	110
Importe	649	689	645	488
Handelsbilanz	-411	-466	-446	-378

(Angaben in Mio. US-$, Quelle: ABECOR)



Zwischen 1977 und 1981 wuchs das Bruttosozialprodukt noch jährlich um 2,8 %, fiel aber 1981 um 7 % und ist seitdem noch weiter gefallen. Durch die Rückschläge der letzten Jahre wird die Industrieproduktion 1985 noch unter der von 1981 liegen (ABECOR).

Die von Südafrika geförderte politisch-militärische Oppositon zum einen, die südafrikanischen Wirtschaftsmaßnahmen, die eigenen Fehler in der Wirtschaftsplanung, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und schließlich die Naturkatastrophen zum anderen lähmten jede Entwicklung, warfen das Land in mancher Beziehung sogar noch zurück. Schließlich war nicht einmal mehr die Lebensmittelversorgung für die Bewohner der Hauptstadt Maputo gewährleistet (L, 3./4. 3. 84).

Veränderungen

Öffnung nach Westen

Die in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit verfolgte Politik war durch folgende Prinzipien gekennzeichnet:

- Innenwirtschaftliche Anlehnung an das sowjetische Modell
- Außenwirtschaftliche Anlehnungsversuche an die sozialistischen Länder (Gespräche über einen Beitritt zum „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" — RGW — hatten 1980 keinen Erfolg).
- Versuch, die Außenwirtschaft auf die Mitglieder des SADCC zu orientieren
- Bekämpfung des südafrikanischen Apartheidsstaates und seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft.

Diese Prinzipien erwiesen sich als untauglich zur Lösung der Dauerkrise, waren offensichtlich z. T. sogar deren Ursache. Aufgrund dieser Erkenntnis begann die mosambikanische Regierung, nach und nach einen Schwenk zu vollziehen, dessen markanter Punkt die Aufnahme intensiverer Beziehungen zu Portugal 1981 war. Bereits ein Jahr später wurde ein Militärabkommen zwischen Portugal und Mosambik abgeschlossen. Im Juni und Juli desselben Jahres unterzeichnete Mosambik zwei relativ unbedeutende Verträge über westdeutsche Hungerhilfe, in denen stillschweigend die Berlin-Klausel akzeptiert wurde, sodaß der Weg für weitere Abkommen mit der BRD frei war, vor allem auch die Möglichkeit, der Konvention von Lomé[2] beizutreten, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EG und den anderen Unterzeichner-Staaten erleichtert. Im Oktober 1982 gab man die Beitrittsabsichten offiziell bekannt. Bei der Europareise von Präsident Machel im Oktober 1983 wurde mit Großbritannien und Frankreich über militärische Ausbildung und Waffenlieferungen gesprochen (NMQ).

Diese Öffnung nach Westen ist aber nicht als ein Blockwechsel zu verstehen, sie ist vielmehr Teil der allgemeinen **Diversifizierung der Außenbeziehungen,** die der 4. Frelimo-Kongress im April 1983 offiziell beschlossen hat (LM, 27. 2. 83). So wurde z. B. am 29. 2. 84 der Abschlußbericht einer mosambikanisch-sambischen Kommission für Zusammenarbeit unterzeichnet (MDA, 2. 4. 84), am 25. 4. 84 ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Hilfe mit Kuba (FAZ, 26. 3. 84), am 31. 3. 84 eine direkte Flugverbindung Maputo-Tel Aviv eingerichtet (FAZ, 31. 3. 84), im Sommer ein Kooperationsvertrag mit China unterzeichnet (W, 7. 8. 84).

Auch in der Landwirtschaft wurde eine Neuorientierung vollzogen. Der 4. Parteikongreß beschloß die Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes vom staatlichen Großbetrieb auf den Familienbetrieb. Groß- und Mittelbetriebe sollten aufgeteilt werden. Symbolisch für die neue Politik war die Absetzung des als stalinistisch eingestuften Landwirtschaftsministers. (L, 3./4. 3. 84)

Im Rahmen dieser Veränderungen der mosambikanischen Politik sind auch die Beziehungen zu Südafrika zu sehen, die aufgrund der ererbten strukturellen Abhängigkeit nicht von einer Umorientierung auszuschließen waren, wollte man die Lösung der existentiellen Probleme des Landes angehen. Die offiziellen Verhandlungen mit Südafrika auf Ministerebene begannen im Dezember 1982 im Grenzort Komatipoort/Nkomati. Im Mai und Dezember 1983 folgten zwei weitere Treffen. Bei einem Besuch südafrikanischer Minister in Maputo im Dezember 1983 wurde die Einrichtung vier bilateraler Arbeitsgruppen beschlossen, die die Bedingung eines Vertrages über Sicherheit, Wirtschaftsbeziehungen und die



Nutzung des Cabora-Bassa-Staudammes aushandeln sollten (LM, 11. 1. 84). Am 16. 3. 1984 schließlich wurde der daraus resultierende „Nkomati-Pakt" unterzeichnet.

Südafrikanische Interessen

Auch wenn die mosambikanische Regierung den Vertrag als Teil seiner „sozialistischen Friedenspolitik" darstellt, bleibt doch offensichtlich, daß der Vertrag aufgrund der Notlage des Landes und aufgrund äußeren Druckes, von einer sehr schwachen Positon her ausgehandelt wurde. Die südafrikanischen Unterhändler konnten dagegen von ganz anderen Vorausetzungen ausgehen. Südafrikas Wirtschaft, von jeher der der Nachbarländer weit überlegen, ging es trotz einer Krise vergleichsweise gut. Auf dem Gebiet der Rüstung, der Energieproduktion und des Transportes waren Schritte zu größerer Autarkie getan worden, ein Boykott konnte Südafrika nicht mehr so treffen wie vor Jahren.

Dennoch bestanden genug Motive, Verhandlungen mit den Nachbarländern aufzunehmen. Der Krieg gegen die SWAPO und Angola, die Unterstützung der RNM in Mosambik kosteten Geld, die internationale Isolierung des Landes bestand weitgehend fort, die von Mosambik aus operierenden ANC-Guerilleros beunruhigten das Regime weiterhin durch Attentate, einer weiteren wirtschaftlichen Expansion im Süden des Kontinents standen die politischen und militärischen Spannungen im Wege. — Im Gegensatz zu Mosambik waren es aber keine existentiellen Gründe, die die Regierung der RSA den Entschluß zu Verhandlungen treffen ließen.

US-amerikanische Interessen

Ein anderer Grund für das Zustandekommen des Vertrages war der Einfluß der amerikanischen Afrika-Politik. Ihr Vordenker und Anwender ist der Diplomat Chester Crocker. Seine Strategie beruhte auf der Überzeugung, daß der Zusammenbruch des südafrikanischen Regimes eine Gefährdung des Seeweges um das Kap bedeuten würde und daß dem Vormarsch der mehr oder weniger sozialistisch inspirierten Befreiungsbewegungen in Afrika ein Ende gesetzt werden müsse. Die Grundzüge des Apartheid-Systems müßten daher erhalten bleiben, ohne Modifikationen könne es jedoch gegen die immer bewußter werdende schwarze Bevölkerungsmehrheit nicht bestehen. Offiziell war die amerikanische Politik lediglich „eine diplomatische Offensive im südlichen Afrika, um eine Lösung in Nambia zu beschleunigen, den Sabotage-Überfällen des ANC in Südafrika ein Ende zusetzen und ebenso den Aktionen, die das Ziel haben, von Südafrika aus die Nachbarstaaten zu schwächen, die den ANC unterstützen" (Sunday Times, London, Juli 1984). Tatsächlich beschränkten sich die USA nach außen hin auf diplomatische Aktivitäten, betrieben aber zugleich insgeheim eine systematische Destabilisierung der Frontstaaten mit allen denkbaren Mitteln: Gegen Angola wurde der offene Krieg eingesetzt, gegen Tansania ein Investitionsboykott, gegen Mosambik der Wirtschaftsboykott, gegen Simbabwe der Entzug der Wirtschaftshilfe, gegen Sambia ein (versuchter) Staatsstreich, gegen Mosambik und Angola auch die militärische Unterstützung von Regierungsgegnern. Diese Mittel der „Zwangsdiplomatie" sollten den Frontstaaten keinen Ausweg lassen. Die Maßnahmen wurde entweder direkt, über die CIA, oder von Südafrika durchgeführt. Gleichzeitig wurde mit den Gegnern verhandelt und ihnen Hilfe angeboten für den Fall, daß sie die in den Verhandlungen gestellten Bedingungen akzeptierten (alles nach: LMD, Juli 1984). Das Resultat dieser Politik hat sich u. a. im Vertrag von Nkomati niedergeschlagen.

Folgen

ANC

Der politisch heikelste Punkt des Vertrages sind die Abmachungen über die Sicherheit. Sie betreffen konkret die in Mosambik operierende RNM und den in Südafrika operierenden ANC. Schon vor Vertragsabschluß gab es eine Menge von Spekulationen über das zukünftige

Schicksal des ANC in Mosambik. Die Regierung hielt ihnen entgegen, sie werde lediglich den Wortlaut des Vertrages erfüllen: „Wenn es zum Vertrag kommt, ist der einzige Unterschied, daß der ANC unser Territorium nicht mehr benutzen kann, um gewaltsame Aktionen gegen südafrikanisches Territorium durchzuführen" (LM, 27. 2. 84). Die Äußerungen zu dem Gegenstand wurden stets mit Solidaritätserklärungen gegenüber dem ANC begleitet.

Kurz nach Vertragsabschluß wurden dann 15 Häuser von ANC-Mitgliedern in Maputo nach Waffen durchsucht (FAZ, 26. 3. 84). Es gab Befürchtungen, daß alle ANC-Mitglieder auf südafrikanische Forderung hin Mosambik verlassen müßten. Schließ gestattete die mosambikanische Regierung, daß eine „diplomatische Vertretung" des ANC aus zehn Personen, sowie ANC-Mitglieder, die sich im mosambikanischen Staatsdienst befinden, in Maputo bleiben konnten. Weitere 200 haben offiziellen Flüchtlingstatus. Für sie und andere sollten Flüchtlingslager eingerichtet werden, um sie besser kontrollieren zu können, wobei überlegt wurde, diese in den Norden des Lande zu legen (LM, 7. 4. 84). Zunächst mußten 150 ANC-Mitglieder das Land verlassen, vor allem nach Tansania und Sambia, sogar eine Verlegung nach Äthiopien wurde überlegt (LM, 2. 5. 84). Alle diese Exilländer liegen weit von der südafrikanischen Grenze entfernt, womit direkte Aktionen in Südafrika unmöglich gemacht werden sollen. Inzwischen schätzt man die Zahl der ausgewiesenen ANC-Mitglieder auf 800 (IHT, 14. 6. 84). Im April wurden ca. 50 bewaffnete ANC-Mitglieder in Swasiland von einheimischen und südafrikanischen Sicherheitskräften festgenommen, die noch am Tage der Unterzeichnung des Nkomati-Vertrages aus Mosambik gekommen sein sollen (FT, 24. 4. 84) und die offensichtlich „die Flucht nach vorn" angetreten hatten, bevor sie kaltgestellt werden konnten.

Die Maßnahmen der mosambikanischen Regierung lösten in den Reihen des ANC zunächst einmal Verwirrung über die in Zukunft zu verfolgende Strategie aus. Im Mai wurde berichtet, daß ein Sprecher des ANC befürchtete, der Nkomati-Vertrag könne das Ende des bewaffneten Kampfes zur Folge haben, und man werde sich auf Formen des gewerkschaftlichen Kampfes umorientieren müssen (LMD, Mai 84). Auf dem Gipfeltreffen der SADCC-Staaten am 6. Juli erklärte der Präsident des ANC jedoch die Absicht, den bewaffneten Kampf in jedem Falle fortzusetzen. (LM, 9. 7. 84).

Afrikanische Reaktionen

Da die bisher von Südafrika unterhaltene RNM lediglich Obstruktion betreibt und keine positiven politische Perpektive vorweisen kann, wäre sie mit dem Beschluß Südafrikas, sie nicht mehr zu unterstützen, als außenpolitisches Thema erledigt. Bei der seit 1912 bestehenden stärksten südafrikanischen Oppositionsbewegung ANC liegen die Dinge jedoch anders. Der ANC ist nicht nur eine südafrikanische, sondern als Teil des Widerstandes gegen den weißen Rassismus eine gesamtafrikanische Angelegenheit. Laute Kritik am Nkomati-Vertrag aus dem afrikanischen Ausland gab es dennoch kaum, denn Mosambik war schon seit einiger Zeit der einzige Frontstaat, der noch gewaltsame Aktionen von seinem Territorium aus zuließ. so hatte Swasiland bereits 1982 einen (bis zum Nkomati-Vertrag verheimlichten) ähnlichen Nichtangriffs-Pakt mit Südafrika geschlossen, im Dezember 1982 mußten nach einem südafrikanischen Bombardement der Hauptstadt Maseru eine Reihe von ANC-Mitgliedern Lesotho verlassen, auch Simbabwe gibt nur politische und diplomatische Unterstützung, aber keine militärische und logistische (L, 6. 4. 84).

Auch was die den Zielen der SACDD zuwiderlaufenden wirtschaftlichen Folgen des Nkomati-Vertrages angeht, hielten sich die Kritiker zurück, waren doch auch die anderen südafrikanischen Länder von der Unsicherheit der Transportwege in Mosambik, seiner allgemein katstrophalen Lage und den Pressionen von Südafrika und den USA in Mitleidenschaft gezogen. Die portugiesisch-sprachigen Länder Afrikas unterstützen (am 27./28. 4. in Maputo) den Vertrag, ebenso wie die sechs Frontstaaten-Regierungen (am 26. 4. in Arusha. LM 2. 5. 84).

„Tiefe Sympathie" und „Verständnis" äußerten die Mitglieder des Ministerrates der OAU bei einem Treffen in Addis Abeba für die Regierungen von Angola und Mosambik wegen der Vertragsabschlüsse mit Südafrika. Ein Sprecher der OAU bezeichnete sie gar als einen „Sieg für



Junge Mosambikanerin, vor Hunger wahnsinnig geworden

die afrikanische Diplomatie". (LM, 4. 3. 84)

Das Mißtrauen gegenüber dem Nkomati-Vertrag wurde von den afrikanischen Führern lediglich „privat" geäußert. Auch waren bei der Unterzeichnung die Regierungschefs des südlichen Afrika mit Ausnahme des sambischen Präsidenten Kaunda nicht anwesend (FT, 15. 3. 84). Kaunda selbst wies allerdings später darauf hin, daß der Vertrag für die SADCC Probleme bringe; auch warnten Nyerere und Mugabe in Arusha vor einem eventuellen Mißbrauch des Vertrages durch Südafrika, den die mosambikanische Regierung allerdings verhindern zu können glaubt (LM, 2. 5. 84).

Sicherheit für Mosambik?

Bereits als sich ein Vertragsabschluß zwischen Südafrika und Mosambik abzeichnete, gaben RNM-Vertreter in Lissabon bekannt, daß ihre Organisation eine weitere Verstärkung ihrer militärischen Aktivitäten in Mosambik beabsichtige (LM, 10. 3. 84). Tatsächlich häuften sich nach Nkomati die Überfälle der RNM vor allem auf die Transportwege. Gemeldet wurden z. B. Überfälle der RNM auf Lastwagen-Transporte von Simbabwe nach Malawi (FAZ, 22. 3. 84), von Malawi in die Hafenstadt Beira (FT, 23. 3. 84), von Maputo nach Südafrika (FT, 11. 4. 84). Der gesamte Transitverkehr Simbabwe-Malawi mußte zeitweilig eingestellt werden, in der Provinz Inhambane wurde das gesamte DDR-Personal und andere Entwicklungshelfer abgezogen (FAZ, 26. 3. 84), Lebensmitteltransporte für Flüchtlinge der Dürre-Katastrophe fielen der RNM zum Opfer; die zweitgrößte Stadt des Landes, Nampula, war zeitweise abgeschnitten, die Eisenbahnlinie nach Malawi wurde ebenso angegriffen wie Vorortzüge von Maputo (FAZ, 12. 6. 83). Die Stromversorgung der Hauptstadt wurde z. T. unterbrochen (FT, 9. 4. 84). Zwar geht man in Maputo davon aus, daß Südafrika die RNM nicht weiter unterstützt, jedoch haben kurz vor Vertragsabschluß noch 1000 gut ausgerüstete RNM-Mitglieder die Grenze nach Mosambik überquert (FAZ, 12. 6. 83). Ausweisungen oder Internierungen von RNM-Mitgliedern in Südafrika sind nicht bekannt geworden. Die mosambikanische Armee entfaltete eine Offensive gegen die RNM, bei der seit Januar 1984 1.200 RNM-Mitglieder getötet, 340 gefangen, 93 Lager zerstört, 10.000 Personen aus den Händen der RNM befreit worden sein sollen. Andere RNM-Mitglieder sollen ins Ausland geflohen sein. Gleichzeitig versuchte Präsident Machel, ihre Reihen durch ein Amnestie-Angebot zu schwächen (LM, 5. 7. 84).

Trotz dieser Teilerfolge macht sich in Armee und Polizei Disziplinlosigkeit breit, worüber selbst das Zentralkomitee der Freilimo im April klagte. Das Vorgehen gegen die RNM führte zu Unrechtmäßigkeiten gegenüber der Bevölkerung. Innenminister und Sicherheitsminister wurden durch zwei Unterhändler des Nkomati-Vertrages ersetzt (TS, 1. 7. 84), eine Maßnahme, die wohl infolge der Verwirrung, die der Vertrag mit dem „Erzfeind" gestiftet hat, erforderlich wurde.

Da die Cabora-Bassa-Stromleitung, die fast 1.000 km durch mosambikanisches Gebiet führt, nur militärisch nicht zu sichern ist, scheint plausibel, daß heimlich mit der RNM verhandelt wird, was deren Sprecher denn auch behaupten (FAZ, 4. 5. 84; W, 26. 6. 84).

Wirtschaft

Parallel zu den Verhandlungen um den Nkomati-Vertrag wurde zwischen Mosambik, Portugal — das bis zur Abzahlung aller Schulden an das internationale Konsortium, das den Damm erbaute, noch zu 85 % Eigentümer des Betreiber-Unternehmens ist — und Südafrika auch ein neuer Modus für die Nutzung des Cabora-Bassa-Staudammes ausgehandelt. Am 2. 5. 1984 wurde in Kapstadt ein neuer Vertrag geschlossen, nach dem innerhalb von drei Monaten die Inbetriebnahme der unterbrochenen Hochspannungsleitung nach Südafrika erfolgen soll. Die Leitung soll durch südafrikanische Truppen in Mosambik vor RNM-Anschlägen geschützt werden. Südafrika wird auf die bisher vertraglich festgelegten Ausfallzahlungen Portugals verzichten (FAZ, 4. 5. 84). Der bisher äußerst niedrige Strompreis wird um 200 % erhöht, bleibt damit aber immer noch niedriger, als die in Südafrika selbst produzierte Elektrizität kostet (W. 16. 6. 84), für Mosambik bedeutet die neue Abmachung eine Deviseneinnahme von 15 Mio. US-$ pro Jahr (FT, 24. 4. 84). Bald nach Abschluß des Nkomati-Vertrages gab es bereits weitere konkrete Abmachungen mit Südafrika über wirtschaftliche Zusammenarbeit: RNA-Invenstitionen sollen zunächst in die Instandsetzung des Hafens von Maputo und in die Verbesserung der Transportwege zu Südafrika fließen. Der Hafen soll auf eine Kapazität von 8-9 Mio. t Umschlag im Jahr ausgebaut und die Eisenbahn überholt werden. Südafrika stellt dafür ca. 18,5 Mio. DM zur Verfügung (NfA, 15. 8. 84).

Mosambik bemühte sich aber auch um andere ausländische Investitionen, vor allem im Bereich der Kohleförderung und anderer Bodenschätze, der Landwirtschaft und der Fischerei, indem zunächst einmal investitonsfreundliche neue Richtlinien geschaffen wurden (FT, 24. 4. 84).

Um die Exportproduktion anzuregen, können exportierte Unternehmen nun 5-20 % ihres Devisen-Gewinns für eigene Importe wiederverwenden. Die Unternehmen erhalten überhaupt mehr wirtschaftlichen Spielraum, insbesondere sollen die rentablen Betriebe gefördert werden. (NfA, 4. 6. 84). Der zur Kolonialzeit so sehr kritisierte Verleih von Arbeitskräften an Südafrika soll wieder aufblühen; Mosambik hofft auf eine Erhöhung der Zahl seiner Minenarbeiter in Südafrika auf 60-70.000 (Z, 27. 7. 84).

Nkomati — eine Lösung?

Trotz aller verbalen Verbrämungen des Nkomati-Vertrages von schwarzafrikanischer Seite — „Sieg afrikanischer Diplomatie", Erfolg „sozialistischer Friedenspolitik" — muß eine kritischere Bewertung doch zu anderen Ergebnissen kommen. Von einem freien Willensakt der mosambikanischen Regierung, wie ihn die obigen Zitate suggerieren sollen, kann wohl keine Rede sein. Sie wurde „an den Verhandlungstisch gebombt" und wirtschaftlich erpreßt. Die Lage ließ keinen anderen Ausweg offen — auch die Reaktionen der z. T. von südafrikanischen und usamerikanischen Politik mitbetroffenen Staaten zeigt dies. Gegen die Militär- und Wirtschaftsmacht Südafrika — unterstützt von den USA — kommen die Frontstaaten auch zusammen nicht an.

Der Kampf des ANC hat durch den Entzug seiner letzten echten Basis an der südafrikanischen Grenze sicher eine bedeutende Schlappe erlitten, Südafrika damit eines seiner Ziele erreicht. Demgegenüber kann von einer Beruhigung der Sicherheitslage in Mosambik bisher nicht die Rede sein. Das Land hat nicht bekommen, was es durch die Neutralisierung des ANC erkaufen wollte. Es scheint sogar , als ob die RNM weiterhin aus Südafrika Unterstützung erhält, was die mosambikanische Regierung aber nicht einmal laut auszusprechen wagt (Z. 27. 7. 84).

Angesichts seiner katastrophalen Wirtschaftslage und des Drucks von außen sah die mosambikanische Regierung in südafrikanischen Investitionen und mosambikanischen Dienstleistungen für Südafrika die einzige Überlebenschance für ihr Land. Da ähnliche Verhältnisse in früheren Jahren der unumgänglichen Devisenbewirtschaftung eine Basis gaben, scheint diese Hoffnung berechtigt. Dabei wird das Land allerdings auch auf längere Sicht nicht aus seiner strukturellen Abhängigkeit von Südafrika ausbrechen können, ebensowenig wie die Nachbarländer, die durch die erneute wirtschaftliche Anbindung Mosambiks an Südafrika ebenfalls wieder verstärkt in den südafrikanischen Wirtschaftsbereich integriert werden. Die SADCC hat damit ebenfalls einen Rückschlag erlitten, denn die Abmachungen des Nkomati-Vertrages laufen ihrer wesentlichen Intention — die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Südafrika zu erreichen — genau zuwider.

Die südafrikanische Regierung glaubt nicht nur, die innere Sicherheit verbessert zu haben. Der Vertrag verkürzt auch die Transportwege, gibt den Weg frei für außenwirtschaftliche Expansion und damit für politische Machtvergrößerung. Indem es gelungen ist, einen der beständigsten Gegner-Staaten der Apartheid zum Rückzug zu bringen, wurde ein Präzedenzfall von besonderer Bedeutung geschaffen, die internationale Isolation an einer wichtigen Stelle durchbrochen. Die Europa-Reise des südafrikanischen Premiers P. W. Botha im Juni 1984 wird denn auch von südafrikanischen Diplomaten als ein Erfolg des Nkomati-Vertrages betrachtet (Z, 27. 7. 84).

Insgesamt kann der Vertrag wohl als eine Niederlage im Kampf um afrikanische Emanzipation angesehen werden, sei es vom weißen Rassismus oder vom Neokolonialismus. Dennoch ist die Entscheidung der mosambikanischen Regierung verständlich: Sie hatte zwischen der totalen Katastrophe für ihre Bevölkerung und der Hoffnung auf ein knappes Überleben zu wählen. Ob mithilfe der Anlehnung an Südafrika die Probleme des Landes wirklich zu lösen sind, mag aufgrund anderer Erfahrungen mit ähnlichen Abhängigkeitsverhältnissen zu bezweifeln sein. Die unmittelbaren Nutznießer des Vertrages sind die Regierungen Südafrikas und der USA, die den status quo im südlichen Afrika noch ein weiteres Stück zementieren konnten.

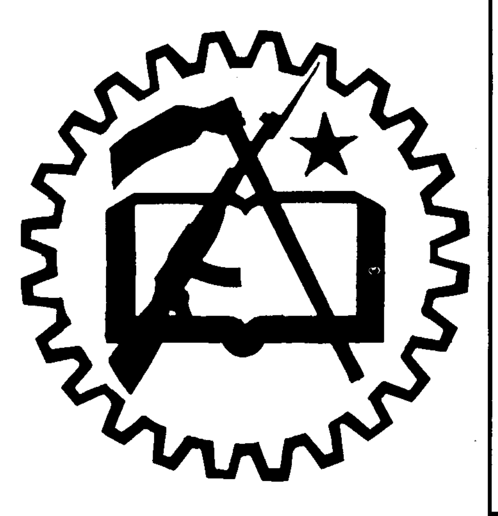
Horst Hüncker

Anmerkungen:

1. Mit Frontstaaten sind die Südafrika umgebenden schwarzafrikanischen Staaten gemeint.
2. Das Lomé-Abkommen ist ein Assoziierungsabkommen zwischen der EG und den heute 58 AKP-Staaten, das den zollfreien Warenaustausch zwischen den Vertragsstaaten, Kapitalhilfe aus der EG sowie Ausfuhrerlös-Stabilisierung vorsieht.

Quellen:

ABECOR	— ABECOR-Country-Report Mozambique, 9. 5. 84
FAZ	— Frankfurter Allgemeine Zeitung
FT	— Financial Times
IHT	— International Harold Tribune
L	— Libération
LM	— Le Monde
LMD	— Le Monde Diplomatique
MDA	— Monitor-Dienst Afrika
MIO	— Mozambique Information Office (London)
N	— Newsweek
NfA	— Nachrichten für Außenhandel
NMQ	— Norman McQueen, in: Europa-Archiv, 3/1984
T	— Tempo (Maputo)
TS	— Tagesspiegel
W	— Die Welt
Z	— Die Zeit



Aus der Verborgenheit ins Abseits

Mit dem Sieg der islamischen Revolution im Iran 1979 und spätestens seit dem irakisch-iranischen Krieg 1980 sind die Schiiten im Irak, die die Bevölkerungsmehrheit stellen, Anlaß zu zahlreichen Spekulationen geworden. Werden die Schiiten im Irak sich gegen das Regime Saddam Hussein erheben und für eine Islamische Republik Irak kämpfen?

Wir veröffentlichen in diesem Heft die ersten beiden Teile einer sehr ausführlichen nalyse über die Geschichte und politische Bedeutung der Schiiten im Irak. Der erste Teil befaßt sich mit der Entstehungsgeschichte, der Organisationsstruktur und der ideologischen und programmatischen Ausrichtung der größten schiitischen Oppositionspartei — al Da'wah.

Der zweite Teil der Analyse versucht vor allem aus den besonderen historischen Begebenheiten der mesepotamischen Schia heraus die bis in die heutige Zeit anhaltende Benachteiligung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im irakischen Nationalstaat zu erklären.

Der dritte Teil, den wir in der nächsten Ausgabe der „blätter des iz3w" veröffentlichen werden, konzentriert sich auf die innerirakischen Konflikte der Jahre 1978-1980, auf die Konsolidierung der Macht des Baath-Regimes und die Ausschaltung jeglicher Opposition im Irak. In diesen Zeitraum fallen auch die ersten größeren Erfolge einer Massenmobilisierung der schiitischen Bevölkerung durch die Da'wah. Welche Koalitionen die verschiedenen irakischen Oppositionsbewegungen gegenwärtig miteinander eingehen und welche Chancen ihnen für einen Sturz des irakischen Regimes eingeräumt werden können, ist ein weiterer Aspekt, der im dritten Teil behandelt wird.

Teil I: Die schiitische Opposition im Irak

Bis zum Sieg der iranischen schiitischen Revolution war die Existenz einer schiitischen Opposition im Irak nicht nur im Ausland, sondern im Lande selbst weithin unbekannt. Noch 1978 behauptete ein Aufsatz, der sich kritisch mit der Frage befaßte, ob es im Irak einen Gegensatz Sunniten versus Schiiten gebe, „seit dem II. Weltkrieg gab es niemals, abgesehen von der vom iranischen SAVAK finanzierten Fatimiden-Partei, eine sich als schiitisch befreifende politische Gruppierung."[1]

Zwei Jahre später indessen stellt ein Autor die Behauptung auf, der Irak stünde „am Vorabend einer chiliastischen Revolution" der irakischen Schiiten gegen das Baath-Regime in Bagdad[2], worin eine Hauptursache für den Einmarsch irakischer Truppen in den Iran am 22. 9. 1980 zu sehen sei: „Die Vorherrschaft am Schatt el-Arab gegen den Iran zurückzugewinnen, den Schah als stärkste Macht am Golf zu beerben und einen Putsch im Iran einzuleiten — das waren für den Irak Ziele des Blitzkrieges die zweitrangig waren neben dem, die propagandistische Tendenz der iranischen schiitischen Revolution in den Irak hinein zu bekämpfen."[3]

Auch andere Beobachter der Vorgänge am arabisch-persischen Golf teilen diese Absicht und billigen dem irakischen Einmarsch defensive Funktion zu: „Angesichts der schweren Gefahr, die die von Teheran ferngesteuerte revolutionäre schiitische Bewegung für ihn verkörperte, entschied sich Präsident Saddam Hussein für eine Flucht nach vorne — wenn schon Krieg, dachte man in Bagdad, sei es nicht vorzuziehen, ihn außerhalb des nationalen Territoriums zu führen, im Herzen des Gegners selbst zuzuschlagen?"[4]

Untersucht man die Entwicklung in der Region in den Jahren 1978-80, so kann wenig Zweifel daran bestehen, daß das Baath-Regime in dieser Zeit tatsächlich sich einer breiten Koalition innerer (Kurden, Kommunisten, Schiiten) und äußerer (Syrien, Iran) Gegner gegenübersah, deren gefährlichstes Element das Bündnis zwischen der inner-irakischen schiitischen Opposition und dem neuen islamischen Regime im Iran darstellte. Jenseits aller üblichen Paranoia eines autoritäten Systems hatte das Baath-Regime damit sehr reale Gründe, sich in seiner Existenz bedroht zu fühlen.

Al-Da'wah, die bedeutendste Oppositionspartei

Es sind vor allem drei Organisationen die in der heutigen schiitischen Oppositionsbewegung im Irak bedeutsam sind: **al-Dawah al-Islamiyah** (der Islamische Ruf), **al Mujahedin al-Iraqawin** (Islamische Krieger des Irak) und **Munazzamat al-Amal al-Islami** (Organisation für Islamische Aktion). Unter ihnen ist die al-Dawah die älteste und mitgliederstärkste. Die Angaben verschiedener Quellen über Entstehungsdatum, Gründungs- und Führerpersönlichkeiten und Entwicklung widersprechen sich zum Teil. Dies mag einerseits der Tatsache zuzuschreiben sein, daß alle diese Organisationen klandestin arbeiten mußten und weiterhin müssen. Zum anderen steht zu vermuten, daß sich die jeweils nach außen vorgetragene aktuelle Fassung der eigenen Geschichte stark an tagespolitischen Notwendigkeiten und Rivalitäten der Organisationen untereinander orientiert.

Hanna Batuta, ein unbeschrittener Kenner der irakischen Verhältnisse[5] gibt als Gründungsjahr der Da'wah 1968 oder 1969 an. Sie wäre ihm zufolge nach der Machtergreifung des Baath im Juli 1968 entstanden. Von vielen irakischen Schiiten wird vermutet, daß die damalige oberste geistliche Autorität der Schiiten, Ayatollah Sayyid Muhsin-al-Hakim al-Tababa'i aus Najaf eine wichtige Rolle bei der Gründung der Organisation gespielt habe, während andere in Sayyid Mahdi al-Hakim, einem der Söhne von Muhsin al-Hakim, einen der Hauptorganisatoren der Partei sehen. In jedem Falle ging insgesamt die Initiative zur Gründung der Partei von Angehörigen des **hawzah al-'ilmiyah,** des Kreises der Ulama in der Stadt Najaf aus[6].

Chris Kutschera, ein politischer Publizist mit langjähriger Kenntnis der Region, verlegt die Gründung der Partei, gestützt auf Angaben, die die Da'wah 1983 selbst machte, in die Zeit von 1957-58, die durch den Sturz der Monarchie, die Revolution von Juli 1958, als Wendepunkt der jüngeren irakischen Geschichte markiert ist. Diesen Angaben zufolge wurde die Da'wah damals von einer Gruppe schiitischer Ulama um Ayatollah Muhammed Bakr al-Sadr aus Najaf gegründet[7].

Obwohl Batuta es abstreitet, ist denkbar, daß al-Bakr tatsächlich an der Da'wah-Gründung beteiligt war, aber aus

wohlerwogenen Gründen in dieser Hinsicht **taqiyah** praktizierte, die im schiitischen Islam legitime, ja sogar gebotene Möglichkeit, seine wahren Überzeugungen gegenüber einer feindlichen Umwelt und Obrigkeit zu verbergen und sogar öffentlich zu verleugnen bis die Gefahr vorüber ist[8].

Andererseits ist es auch denkbar, daß sich die Da'wah nachträglich auf die Person al-Bakr's als Gründer beruft, um an dem Prestige dieses Gelehrten zu partizipieren.

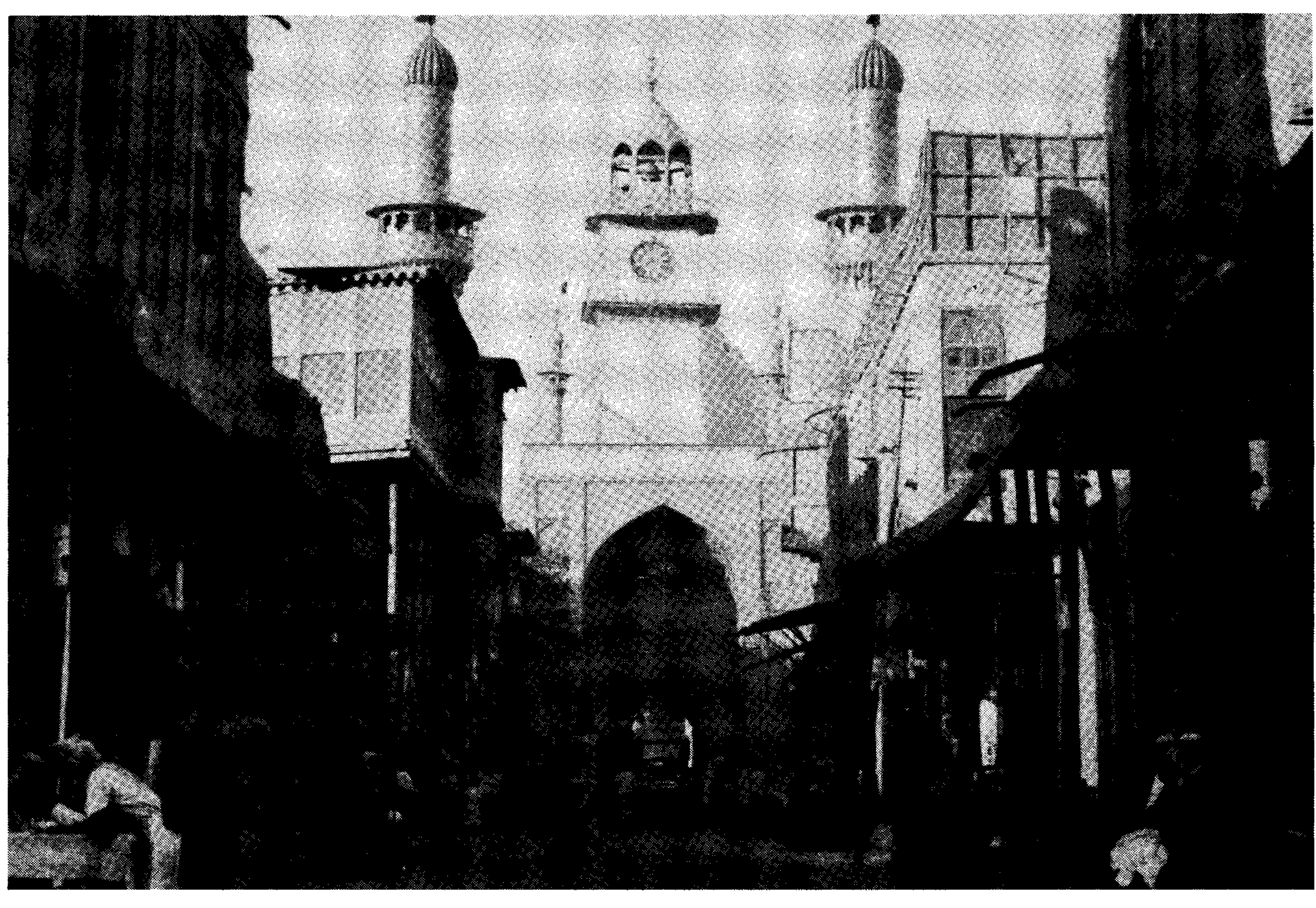
Schließlich gibt es noch einen weiteren wichtigen Grund, ihn an den Anfang einer irakischen schiitischen Bewegung zu stellen: unter den großen Ayatollahs der Schia, den **marji,** war er der einzige arabischer Abstammung, wenngleich seine Familie erst vor einigen Generationen aus dem Libanon zugewandert war[9].

Nicht nur die Da'wah, sondern auch die Mujahedin und die Amal, eine spätere Abspaltung der Da'wah, wurden in vieler Hinsicht in ihren politisch-ökonomisch-sozialen Vorstellungen durch das Werk des 1930 geborenen al-Bakr beeinflußt.[10]

Ausgangspunkt und Schlüssel zum Verständnis seines Werkes, das letztlich weniger durch Originalität als Klarheit der Darstellung bestimmter Gedanken und die Persönlichkeit seines Urhebers bestach, sind die klassischen islamischen Ideen, daß Gott die Quelle aller Macht und der einzige Gesetzgeber sei und der einzige Eigentümer aller irdischen Ressourcen. Davon ausgehend gelang Bakr al-Sadr zu dem Schluß, „das menschliche Wesen ist frei und kein anderes menschliches Wesen oder Klasse oder menschliche Gruppe habe Gewalt über ihn." Gottes Eigentum über alle Güter der Natur beinhaltet ihm zufolge denn auch das Verbot „jeglicher Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen". Die Güter der Erde sind dem Menschen von Gott anvertraut worden und folglich habe er sie gemäß Gottes Befehlen zu nutzen.

Die von ihm geforderte Rückkehr zum Islam stellt die Aufforderung dar, zu Gottes Vorschriften zurückzukehren und erfordert eine soziale Revolution gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung. In ihr kämpfen aber die gerechten Reichen und die gerechten Armen Seite an Seite; sie hat somit einen „universalen" statt einen „klassenkämpferischen" Charakter.

Das konkrete Ziel der sozialen Revolution gemäß dem islamischen Verständnis von Religion, Staat und Gesellschaft ist auch für Bakr al-Sadr die Schaffung einer islamischen politischen Gemeinschaft, als deren Prototyp er in einem seiner letzten Werke die Islamische Republik im Iran ansieht. Höchster Führer im Staat und Oberkommandeur ist danach der größte der schiitischen mujtahid (die großen schiitischen Geistlichen), der **marji al-taqlid.** Er soll durch den Konsensus der mujtahid oder eines zu schaffenden Rates der Hundert der besten Geistlichen, unter ihnen mindestens zehn mujtahid, und islamischen Denkern bestimmt werden. Können diese keine Übereinkunft erzielen, soll die Frage der gesamten Gemeinschaft vorgelegt werden, um in einem Referendum entschieden zu werden. Der marji al-taqlid ist auch zugleich der oberste **faqih** Rechtsgelehrte. Mit Unterstützung des Rates der 100 ist er der Stellvertreter des verborgenen 12. Imam auf der Erde[11]. Er überwacht die gesamte staatliche Tätigkeit, ernennt die Regierung und entscheidet die Konstitutionalität von Gesetzen, die für Bereiche erlassen werden müssen, zu denen in der herkömmlichen islamischen shar'iah (Gesetzgebung) keine Ausführungen vorliegen. Diese Gesetze sollen durch eine vom Volk gewählte Versammlung (**ahl al-hall wa al-'aqd** — diejenigen, die binden und lösen) erlassen werden.



Moschee in Kerbala

Im ökonomischen Bereich fordert al-Bakr al-Sadr eine stärkere Bindung der Einkommen an die Bedürfnisse, das Verbot des Wuchers und Geldhortens, ein islamisches Bankwesen, Umverteilungsmechanismen zur Verringerung der sozialen und ökonomische Gegensätze in der islamischen Gemeinschaft, ein umfangreiches Wohlfahrtprogramm, das mit einem Fünftel der Öleinkünfte bezahlt werden soll (entspricht dem zakat-Anteil, der im Islam als Almosen gegeben wer-

den soll!), und generell ein Wirtschaftssystem, das die kleineren Gewerbetreibenden Händler stärkt.

Viele seiner Gedanken finden sich auch in den Werken der iranischen Theoretiker der islamischen Revolution (Shariati, Taleghani, Bani Sadr, aber auch Khomeini), ohne daß eine direkte Beeinflussung zu unterstellen wäre. Sein Werk ist hinreichend breit angelegt, daß sich gleichzeitig konservative Geistliche auf ihn berufen können, um ihren Anspruch auf politische Führung zu begründen, aber auch liberal-populistische Kräfte, um eine stärker „demokratische" islamische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu propagieren.

Die Ziele der al'Dawah

Nach ihren heutigen Aussagen verfolgte die Da'wah seit ihrer Gründung das Ziel, eine islamische Republik zu errichten. Um dieses — damals als Fernziel — begriffene Vorhaben zu erreichen, soll sie sich ein 4-Phasen-Programm vorgenommen haben[12].

In der ersten Phase läßt die Da'wah gemäß dieser programmatischen Aussage in ihrem Namen selbst „den islamischen Ruf erschallen", um „dem Volk seine wahre islamische Persönlichkeit zurückgeben".[13] Anfangs konnte die Da'wah, wie ihr Sprecher Sheikh Mohammed Mahdi al-Assefi 1983 gegenüber Chris Kutschera einräumte, „auf eigentlich politischen Gebiet nicht handeln, da die **umma** (islamische Gemeinschaft) nicht bereit war. Zuerst war es notwendig, islamische Ideen einzupflanzen, die Menschen in wahrhafte Muslim zu verwandeln, um über eine wirkliche Aktionsbasis verfügen zu können: im Iran war die islamische Bewegung erfolgreich, nachdem sie ihre Fundamente, ihre Basen auf den Straßen aufgebaut hatte."[14]

In der zweiten Phase wird der eigentliche politische Kampf gegen das Regime aufgenommen und mit der Machtergreifung der Übergang zur dritten Phase vollzogen, in der die islamische Republik im Irak aufgebaut werden soll. Diese schafft schließlich die Voraussetzungen für die vierte Phase, in der die Befreiung der gesamten umma ansteht.

Die Da'wah begreift sich einerseits als irakische Bewegung, beansprucht aber auch, eine **gesamtislamische** zu sein, deren Aktionsbereich die gesamte islamische Gemeinschaft umfaßt: „Wir glauben, daß jedes islamische Land auch unser Land ist", führt Da'wah-Sprecher al-Assefi aus, „und alle islamischen Länder sind Teil unserer Nation. Die Partei des Islamischen Rufes ... wurde im Irak gegründet und hat dort zu arbeiten begonnen, aber ihre Ziele machen nicht an den Grenzen des Irak halt. Es gibt in Indien, Pakistan und im Maghreb Iraker, die die Ideen der Da'wah mit sich trugen. Es gibt auch Afghanistan, Iran, den Golf, Libanon, es gibt auch Iraker, die vom Golf und dem Irak nach Syrien, Europa und Amerika aufgebrochen sind."[15]

Der Aufbau der al-Da'wah

Gemäß ihrer klandestinen Vorgehensweise war ihre Organisationsstruktur konspirativ aufgebaut. 1983 beschrieb der Sprecher der Da'wah für Europa, Dr. Zuhair al-Janabi die Zellenstruktur und Arbeitsweise der Partei in einem Interview: „Es gibt nicht nur eigentlich al-Da'wah Mitglieder, sondern auch viele Sympathisanten, die in kleinen Zellen organisiert sind — für ideologische Schulung, zur Durchführung von Aktionen oder teilweise auch für militärische Übungen, selbst mitten in Bagdad. Es gibt auch Zellen, in denen sich Kritiker an Saddam, Muslime, zusammenfinden, ohne daß sie wissen, daß dies von al-Da'wah organisierte Zellen sind. Da politische Aktivitäten im Irak sehr gefährlich sind, kennen sich nur wenige Leute untereinander. Nur eine Person aus einer Zelle kennt Kontaktleute von der Organisation. Einige Zellen stellen Kontakte mit al-Da'wah nur über das Ausland her."[16]

1983 bestand das oberste Führungsgremium der Partei aus einem 3-köpfigen Rat der Rechtsgelehrten, unter denen sich mit Sayid Kassem al-Haeri ein Schüler von Ayatollah Md. Bakr al-Sadr befindet. Der Parteiexekutivrat zählt 70 Mitglieder, die die Provinzen Iraks mit Parteiorganisationen und die Auslandssektionen vertreten.

1982 fand in Teheran ein Parteikongreß statt, wobei nicht klar ist, der wievielte es seit der Gründung nun war. Viele der oberen Angaben beziehen sich auch auf die heutige Zeit, während sie nur bedingt für die ersten Jahre der Partei, in denen sie nur wenige Mitglieder zählte, gegolten haben dürften.

In ihren ersten Jahren beschränkte sich die Da'wah gemäß ihres Phasen-Programmes auf die Verbreitung von Büchern und Pamphleten und die Durchführung von Konferenzen und Seminaren, um ihre Ideen hinsichtlich einer Re-Islamisierung der von der Ent-Islamisierung bedrohten irakischen Gesellschaft zu verbreiten. In dieser Zeit trat sie unter ihrem Namen überhaupt auf.

Sie rekrutierte ihre ersten Anhänger im geistlichen Milieu der heiligen Städte und unter den Studenten der dortigen religiösen Schulen unter großer Geheimhaltung und Beachtung von Sicherheitsvorkehrungen. Erst allmählich weitete sie ihren Aktionsradius und ihr Rekrutierungsfeld auf die schiitischen Basaris, Handwerker und Schüler und Studenten in staatlichen Bildungseinrichtungen aus und bemühte sich, Zugang zu den westlich gebildeten Schichten der schiitischen Stadtbevölkerung zu finden.

Parallel dazu versuchte sie, eine Massenbasis vorzubereiten. Zum einen verstärkte sie allmählich durch den Ausbau der lokalen religiösen Einrichtungen und

'Betreuung ihre Präsenz in den schiitischen Massenquartieren der großen Städte des Zentral- und Südirak. Zum anderen versuchte sie, die großen schiitischen Passionsspiele und Trauerumzüge zur Erinnerung an den Tod des zweiten schiitischen Imam Hussein bei Kerbala im Jahr 680 n. Chr. zu funktionalisieren, um in ihrem Sinne auf die zu diesem Anlaß zusammenströmenden Menschenmassen einzuwirken und den Umzügen behutsam eine politische Orientierung zu geben.

Möglicherweise ist es zutreffend, daß die Unruhen während der Umzüge von 1974 und 1977 Resultat des geheimen Wirkens der Da'wah waren. Zumindest behaupten Da'wah und Baath-Regime dies beide. Die irakische Regierung ließ zu beiden Anlässen vermutete oder wirkliche Da'wah-Mitglieder und -Sympathisanten verhaften und eine Reihe von Todesurteilen verhängen und vollstrecken[17].

Obwohl die Da'wah behauptet, von 1974 bis 1980 wären „500 der besten irakischen Männer" wegen ihrer Verbindungen zur Da'wah vom Regime hingeschlachtet worden, bleibt festzuhalten, daß die Partei bis zum Schlüsseljahr 1979 wegen ihrer insgesamt behutsamen Vorgehensweise von größeren Verfolgungswellen verschont blieben.

Positionskämpfe: Die Amal spaltet sich ab.

Die Zurückhaltung der Da'wah in ihrem Kampf gegen das Regime wurde ihr von militanteren Kräften innerhalb der schiitischen Untergrundbewegung schließlich vorgeworfen. Sie spalteten sich 1975 schließlich als Amal ab. Als geistigen Führer beziehen sie sich nicht auf al-Bakr, sondern auf Ayatollah Mohamed Shirazi, den Onkel mütterlicherseits des heutigen Führers der Organisation, Sayid Mohamed Taki al-Mudarasi. Beide stammen im Gegensatz zur „Gründergeneration" der Da'wah aus Kerbala. Dort ist die Amal auch am stärksten verankert[18]. Angesichts der Tradition von Animosität zwischen den geistlichen Gemeinschaften beider Städte und ihrer Rivalität miteinander, steht zu vermuten, daß die Amal-Abspaltung nicht nur von der Kritik an der Vorgehensweise der Da'wah-Führung motiviert war.

Im einzelnen hielten die militanten Kritiker der Da'wah vor, man dürfe nicht warten, bis man eine Mehrheit für seine Ziele gewonnen habe: „Die Idee der Führer der islamischen Bewegungen, die glauben, die umma erhöbe sich solange nicht, wie die Mehrheit nicht reformiert würde, ist vollkommen irrig ... dieses Konzept läuft dem Koran und den Hadith (gesammelte Traditionen, die auf Mohammed zurückgeführt werden) zuwider: Allah sagt: Die Majorität kennt niemals die Wahrheit! Der Islam beruht auf der Qualität und Exzellenz nicht auf der Quantität", präzisiert ein Kritiker der „reformistischen" und „attentistischen" Politik der Da'wah und anderer islamischer Bewegungen im Vorderen Orient, der ehemalige Vorsteher der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem[19].

Obwohl die Amal die Forderung aufstellte, die vier Phasen der Da'wah in ihrer Reihenfolge umzukehren oder sie zumindest gleichzeitig anlaufen zu lassen, hielt sich die neue Organisation in den ersten Jahren ihrer Existenz vollständig im Hintergrund. „Der erste Schuß wurde erst kurz nach dem Sieg der islamischen Revolution im Iran abgefeuert", räumt die Amal heute ein.[20]

Auch der Übergang der Da'wah zur Phase der direkten Konfrontation mit dem Regime fällt mit dem Sieg der islamischen Revolution im Iran zusammen. Dieser Erfolg des Islam und die innere Entwicklung in Irak selbst schienen der Da'wah-Führung die Zeit für diesen qualitativen Sprung reif sein zu lassen.

Als offiziellen Beginn dieser Phase nennt heute die Da'wah den Streikaufruf von Ayatollah Bakr al-Sadr zum 1. Mai 1979, der vermutlich der unmittelbare Anlaß für dessen Verhaftung im Juni desselben Jahres abgab.

Noch vor seiner Verhaftung soll Bakr al-Sadr nach dem relativen Mißerfolg der April- und Mai-Demonstrationen in Najaf und Bagdad, Sayyid Abdel Aziz al-Hakim, einen weiteren Sohn Ayatollah Muhsin-al-Hakim, beauftragt haben, zur Beschaffung von Waffen aus Syrien eine Untergrundorganisation aufzubauen. Obwohl diese bald von den irakischen Behörden zerschlagen wurde, baute Aziz al-Hakim aus ihren Überresten aus dem Exil in Syrien und später Iran die heutigen Mujahedin des Irak auf[21]. Sollte diese „Gründungsgeschichte" zutreffend und nicht bloß einen Versuch der Organisation sein, das Prestige des Ayatollah über dessen Tod hinaus für sich zu nutzen, könnten diese Aktivitäten Bakr al-Sadr's einen weiteren Grund für seine Verhaftung abgegeben haben.

Religions- oder Klassenkampf?

Die Da'wah begreift ihre Entstehung als Ausdruck des berechtigten, Gottes Willen zum Ausdruck bringenden Protestes der wahren Muslime des Irak gegen die atheistischen Kräfte an der Spitze des Staa-



Najaf in den 30er Jahren

tes, die vor allem seit der Revolution von 1958, eine gegen den Islam gerichtete Politik betrieben hätten. Sie hätten mit ihrer Modernisierungs- und Verwestlichungspolitik das Volk zu korrumpieren, es seinen natürlichen Führer, den Ulama, zu entfremden und Zwietracht durch Aufhetzung der Klassen gegeneinander im Volk zu säen gesucht. Dieser Argumentation liegt keine direkte Behauptung einer gezielten Diskriminierung gegen die Schiiten und die schiitische Religion als solche zugrunde. Da die Schiiten indessen die Mehrheit des Volkes ausmachen, während die atheistischen Führer des Staates primär sunnitische Araber sind, enthält der politische Diskurs der Da'wah doch eine implizite anti-sunnitische Dimension und religionsgruppenbezogene (kommunalistische) Interpretation der Hauptkonfliktpotentiale in der Irakischen Gesellschaft.

Eine explizit kommunalistische Einschätzung der gesellschaftlichen Hauptkonfliktpotentiale findet sich in zahlreichen neueren Arbeiten über den Irak und wird auch von vielen nicht-religiös argumentierenden gebildeten irakischen Schiiten vertreten. Ihnen zufolge gab es im Irak seit jeher ein charakteristisches Muster der Beherrschung und Diskriminierung der schiitischen Mehrheit durch eine sunnitische Minderheit, die deshalb den ihr aufgrund ihrer Zahlenstärke zukommenden Platz in Staat und Gesellschaft niemals einnehmen konnte. Angesichts der bis heute bestehenden Vorherrschaft der Sunniten im Staat, habe die Revolution von 1958 diese Grundstruktur nicht abgebaut[22].

Andere Autoren lehnen die religiöse oder kommunalistische Interpretation der gesellschaftlichen Konflikte im Irak als „sektiererisch" ab und bieten statt dessen eine „klassenkampfbezogene" an: Die irakische „Gesellschaft kann nicht in ausbeutende Sunniten und ausgebeutete Schiiten unterteilt werden. Die Zuordnung zu den Habenichtsen oder den Besitzenden erfolgt im Irak wie in jedem anderen Land auf Klassenbasis ... Es gibt keine religiöse Konfrontation oder Feindschaft."[23]

Die numerischen Gegebenheiten hinsichtlich der Stärke der Schiitisch im Irak und ihrer Unterrepäsentanz vor allem in den mittleren und oberen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat sind relativ weniger umstritten (siehe Kasten). Kontrovers und erbittert aber wird die Auseinandersetzung um die Frage der Ursachen dafür geführt. Etwas zugespitzt formuliert geht es darum, zu entscheiden, ob die Unterrepräsentanz der Schiiten in wesentlichen Bereichen der irakischen Politik und Wirtschaft Resultat einer bis heute andauernden Diskriminierung der schiitischen Bevölkerungsgruppe darstellt durch die arabischen Sunniten aufgefaßt werden soll, oder als noch nicht überwundenes Erbes der durch die Diskriminierung der Regime vor 1958 und sozio-ökonomische Faktoren erzeugten strukturellen Heterogenität zwischen den beiden religiösen Gemeinschaften angesehen werden muß.

Kombiniert man die Zahlen der irakischen Statistik für die Religions- und Volksgruppen des Landes mit den Schätzwerten für die Gesamtstärke der Schiiten und Kurden im Lande und den Angaben zur Verteilung der einzelnen Religionsgemeinschaften auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1
Religionsgemeinschaften (1965)

Moslems	95,8 %
Christen	2,9 %
Juden	0,03 %
Mandäer	0,2 %
Yesiden	0,9 %
sonstige/unbekannt	0.2 %

Tabelle 2
Volksgruppen (1965)

Araber	79,7 %
Kurden	15,2 %
Türken	2.0 %
Assyrer	0,8 %
Armenier	0,2 %
Perser	0.1 %
sonsige	0,3 %
unbekannt	1,7 %

(Quelle: Statistik des Auslandes, Irak 1982, Stat. Bundesamt)

1. Der kurdische Bevölkerungsanteil beläuft sich auf 15-26 %, der arabische auf 68-80 %, der türkische auf 2-3 %, der assyrische auf 1-2 % (30)
2. Die Zahl der Schiiten beläuft sich auf 50-60 %. Sie finden sich überwiegend im arabischen Volksteil mit kleineren Gemeinschaften unter den Kurden und den Türken. Der Anteil kurdischer Schiiten an der Gesamtbevölkerung beträgt um die 2 %.
3. Der Anteil arabischer Christen an der Gesamtbevölkerung beträgt etwa 2 %.
4. Der Bevölkerungsanteil der sunnitischen Araber bewegt sich zwischen 10 % und 30 %.
5. Bezogen auf die arabische Volksgruppe als Gesamtheit stellen Schiiten unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Schätzwerte für Araber und Schiiten 60-82 %, Suniten 15-38 %, Christen 2.5-3% der Araber des Irak.

Bemerkenswerterweise sind die „Unschärfen für die sunnitischen Araber, die vielfach als dominante ethno-religiöse Gruppe des Irak angesehen werden, am ausgeprägtesten.

Bis in die jüngste Gegenwart konzentrieren sich Kurden, Schia-Araber und Sunna Araber in klar voneinander geschiedenen Landesteilen, deren jeweiligen Kernzonen nahezu ausschließlich von der jeweiligen Gruppe besiedelt wurde. Zwischen ihnen bestanden jeweils Zonen gemischter Bevölkerung.

Massive Verstädterungsprozesse und von Regierungsseite betriebene Umsiedlung von Kurden in den Süden und Arabern in den Norden, haben diese Struktur stellenweise etwas verwischt, sie jedoch nicht beseitigt.

Teil II: Die Geschichte des irakischen Schiismus

Ein Blick auf die Kultur- und Sozialgeschichte der Schiiten in Mesopotamien (Irak) über die Jahrhunderte belegt, daß sich die wesentlichen Muster der territorialen Verteilung und sozio-ökonomischen Stellung der Schiiten in diesem Gebiet schon im Mittelalter herausgebildet hatten.[24]

Als politisch-religiöse Bewegung ist die Schia im 7.-9. Jh. unter starkem iranisch-persischen Kultureinfluß im mesopotamisch-iranischen Ostteil der frühen islamischen Großreiche entstanden. Während sich im iranischen Hochland mit der Errichtung des schiitischen Safawidenreiches Anfang des 16. Jh. die Schia als Staatsreligion etablieren konnte, gelangte Mesopotamien 1534 unter die Herrschaft des Osmanischen Reiches, das sich als Verteidiger der sunnitischen Orthodoxie begriff.

Die Schiiten Mesopotamiens standen somit bis zum Sturz der Osmanenherrschaft am Ende des I. Weltkrieges immer unter der politischen Herrschaft von sich mehr oder weniger explizit sunnitisch begreifenden Reichsgewalten. Gegenüber der sunnitischen Staatsgewalt und Geistlichkeit befanden sie sich immer in einer prekären Minderheitensituation.

Ihr religiöses Konzept, gemäß dem legitime Herrschaft auf Erden bis zur Rückkehr des entrückten 12. Imans als **mahdi** (Erlöser) prinzipiell nicht möglich sei und annähernd nur durch die Übertragung der Staatsgewalt in die Hände der Ulama der Schiiten erreicht werden kann, setzte sie in Gegensatz zur sunnitischen Staatsgewalt und Geistlichkeit. Als Personen zweifelhafter politischer Loyalität und religiöser Heterodoxie waren sie — selbst wenn sie sich jeglicher Agitation auf politischer Ebene enthielten — mit wenigen Ausnahmen aus dem sunnitischen Staats- und Militärapperat ausgeschlossen.

Ihre Stellung im Staat und in der Gesellschaft zwang die Schiiten Mesopotamiens wie anderswo auch, sich auf die 'unpolitischen' Handelsgeschäfte und Handwerke zu konzentrieren, während sich ihre Geistlichkeit nur um die inneren Belange der Gemeinschaften kümmerten.

Diese konzentrierte sich seit dem im 11. Jh. erzwungenen Auszug der schiitischen Gelehrten aus der damaligen Hauptstadt des Abbasiden-Reiches in den heiligen Städten der Schia Najaf, Karbala und Kazimiyah sowie in Hilla (Babylon) und Samara.

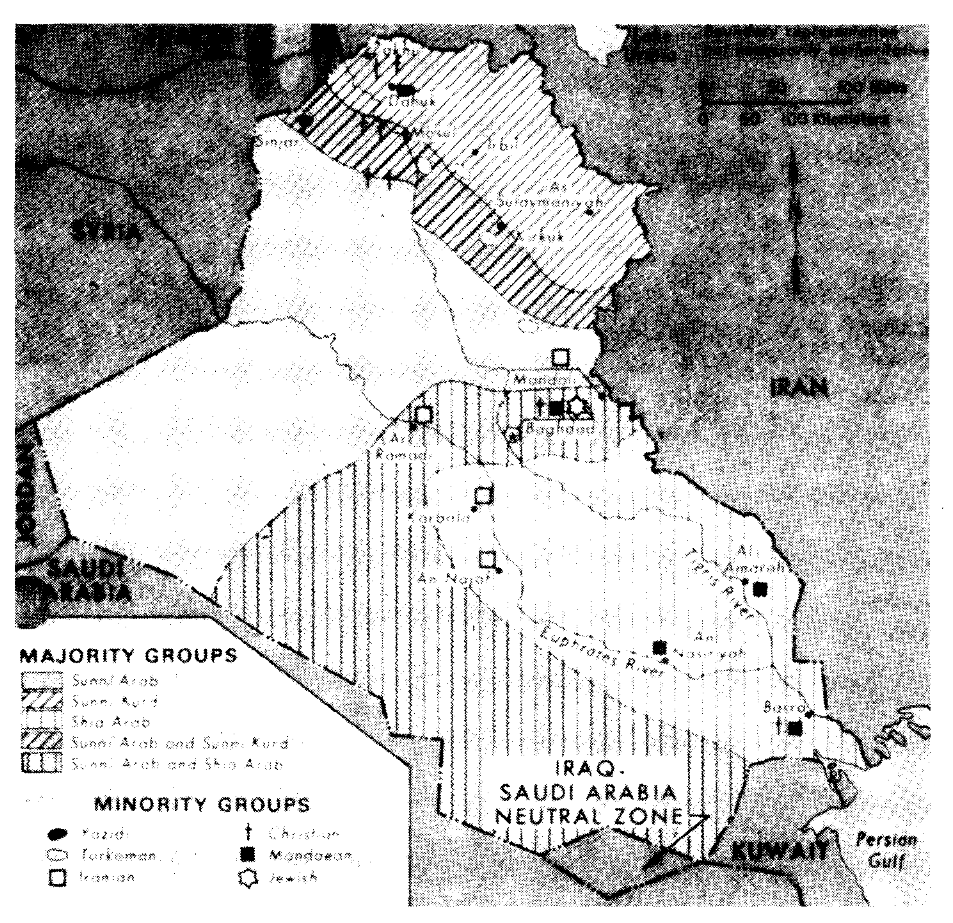
Aufgrund der Attraktion der Schia für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, wie städtische Unterschichten und Stammes- und Bauernvölker an den Peripherien der islamischen Reiche, die sie dank ihrer anti-herrschaftlichen Aspekte, ihrer mystischen Gehalte und Passionsgeschichten um die Märtyrer hat, vermochte die Schia in Mesopotanien vor allem die Bewohner des südlichen Marsch- und Sumpflandes für sich zu gewinnen. Dort waren vor-islamische Religions- und Kulturmomente sehr stark auch in der Zeit nach der islamischen Eroberung präsent gewesen und hatten das Entstehen zahlreicher lokaler heterodoxe Glaubensvorstellungen und Bewegungen begünstigt, die allmählich alle im „Sammelbecken" der Schia zusammenfloßen.

Dennoch blieb bis Ende des 18. Jh. die „religiöse Landkarte" im südlichen und mittleren Mesopotamien gemischt. Binnenwanderungen und die Einwanderung sunnitischer Stämme von außen wie auch Bekenntniswechsel ganzer Stämme aus politischen Opportunitätserwägungen heraus verzögerten den Schiitisierungsprozess. Erst als die Osmanische Staatsgewalt Ende des 18. Jah. schwächer wurde, und die südmesepotanischen Stämme ab Mitte des 19. Jh. im Zuge der Entwicklung einer exportorientierten Landwirtschaft seßhaft wurden, vollendete sich die Schiitisierung dieses Raumes.

Denn indem sie seßhaft wurden, verwandelte sich die Beziehung zwischen Sheikh und einfachen Stammesangehörigen in eine „von Grundbesitzern und Bauern/Hörigen durch die Umwandlung von Gemeinschaftsland in Privatbesitz der wichtigeren Sheikhs, städtischer Kaufleute und Staatsbeamter."[25] Die besonderen Aspekte der Schia sprachen „die Instikte und Leidensgefühle der Stammesleute, die jetzt Bauern wurden"[26] in spezieller Weise an. Dies begünstigte die Missionsarbeit schiitischer Wanderprediger **(mu'min)** und schließlich die Einbindung dieser Menschen in die schiitische Religionsgemeinschaft.

Die städtische Geistlichkeit und der Volksislam

Im sunnitischen osmanischen Reich hatte die Schia nie jene Position erreichen können wie im iranischen Safawidenreich. Dort hatte die schiitische Geistlichkeit religiösen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einfluß erlangt, den ihre mesopotamischen Amtskollegen nie erlangen konnten. Um ihres und ihrer Gemeinschaft Überlebens willen mußen diese sich auf ihre religiösen Aufgaben konzentrieren und sich von der Politik fernhalten.



Sie befanden sich dabei in einer spannungsreichen Doppelfunktion: einerseits waren sie in einem sunnitischen Staat die Hüter einer Reihe der größten schiitischen Heiligtümer und Stätten schiitischer Gelehrsamkeit mit Austrahlung in die gesamte schiitische Ökumene, zum anderen waren sie die geistlichen Führer einer der ärmsten regionalen schiitischen Gemeinschaften.

Das institutionelle und personelle Netzwerk der mesopotamischen Geistlichkeit war ungleich schwächer als das der iranischen und konzentrierte sich auf die heiligen Städte Najaf, Karbala und Kazimiyah sowie Hilla und Samara. Noch 1947 lagen von den insgesamt 769 religiösen Institutionen im Gesamtirak nur 50 in den rein schiitischen Landgebieten im Süden, aber allein in den genannten Städten weit über 1000. In den drei heiligen Zentren wurden im gleichen Jahr mehr als ein Sechstel der insgesamt 7763 Personen gezählt, die aus religiöser Tätigkeit ihren Lebensunterhalt bestritten[27].

Der Volksislam der Landbewohner im Süden war — stärker als sonst im bäuerlichen Bereich der Fall — mit lokalen Besonderheiten durchsetzt und enthielt starke vorislamische Glaubenselemente und Praktiken. Der formale Gehalt der schiitischen Lehre und Gelehrsamkeit war ihnen eher fremd, während die Passionsgeschichten und jährlichen Trauerumzüge zur Erinnerung an die Märtyrer große Anziehungskraft auf sie ausübten. Die hohe Geistlichkeit der Städte kümmerte sich umgekehrt wenig um ihre religiösen Belange, es sei denn, sie kamen zu den Passionspielen und Umzügen in die Städte selbst.

Im Gegensatz zum einfachen Volksislam war die städtische Schia gelehrt und kosmopolitisch, entsprechend der Stellung ihrer Heiligtümer und Schulen in der gesamten schiitischen Ökumene. Pilger, Gelehrte und Studenten kamen dorthin und trugen nicht unwesentlich zu den Einkünften der städtischen Geistlichen bei. Angesichts der generellen Armut der mesopotamischen Schiiten lagen diese im Durchschnitt aber unter denen ihrer iranischen „Amtskollegen".

In den städtischen schiitischen Gemeinden in Mesopotoamien hat es seit den Anfängen der Schia ein starkes persisches Element gegeben und auch im osmanischer Zeit blieb die Verbindung zum Iran stark. Zahlreiche persische Geistliche zogen zu den heiligen Stätten, um dort zu lehren. Für manche war dies auch eine Möglichkeit, um sich Konflikten mit dem Staat im Iran oder anderen Geistlichen zu entziehen. Im Laufe der Jahre erlangte die persisch-stämmige Geistlichkeit innerhalb der gesamten Schia eine Führungsrolle und dominierte auch in der mesopotamischen.

Die meisten der zeitweilig oder dauerhaft sich dort niederlassenden Geistlichen behielten indessen die iranische Staatsangehörigkeit bei, d. h. stellten sich gegenüber den osmanischen Behörden als Untertanen der iranischen Herrscher dar. Auch viele arabisch-stämmige geistliche Familien und sogar ganze Stämme gaben sich als iranische Untertanen aus. Beide wollten sich auf diese Weise eine

gewisse Rückendeckung gegenüber immer wieder auftretenden Übergriffen der sunnitischen Obrigkeit gegen die mesopotamischen Schiiten verschaffen. Diese Tendenz in Verbindung mit der real vorhandenen persischen Bevölkerung unter den städtischen Schiiten bewirkte, daß sich in den Köpfen der sunnitischen Obrigkeit wie auch Stadtbewohner schlechthin ein Bild entwickelte, die Schiiten seien eigentlich mehr Iraner bzw. Perser als Araber[28].

Die Probleme der Schiiten im arabischen Nationalismus

Im 19. Jh. lief die Entwicklung des modernen Erziehungswesens in den Städten und die Erweiterung und Modernisierung des osmanischen Militär- und Staatsapperates weitgehend an der schiitischen Gemeinschaft vorbei und erfaßte primär die sunnitischen Araber. In Zirkeln der sunnitisch-arabischen Angehörigen der **effendiya** Bagdads und Mosuls entwikkelten sich auch in Reaktion auf die osmanische Herrschaft Ansätze eines arabischen Nationalismus. Die faktische Abwesenheit von Schiiten in diesen Kreisen begünstigte die sunnitische Ausrichtung dieses Nationalismus, ebenso wie die persischen Beziehungen der Schiiten dazu beitrugen. Damit setzte sich die im osmanischen Reich bestehende Marginalisierung der schiitischen Gemeinschaft auch im modernen arabischen Nationalismus fort.

Die Herabsetzung der persischen Elemente im mesopotamischen Schiitentum verletzte die religiösen Gefühle vieler Schiiten und verhinderte ein stärkeres Engagement von ihnen in der sich formierenden arabischen Nationalbewegung. Da dies wiederum den arabischen Nationalisten Anlaß gab, an der arabischen Loyalität und dem Arabertum der Schiiten immer wieder Zweifel anzumelden, war ein circulus vitiosus entstanden, der faktisch bis heute nicht aufgebrochen ist.

Die Schaffung eines haschemitischen Königreiches Irak, das allerdings bis 1932 unter britischer Mandatsoberhoheit stand, kam den Wünschen der arabischen Nationalisten Mesopotamiens entgegen. Die von ihnen mit Blick auf das dortige Öl gewünschte Angliederung des primär kurdischen Wilayets Mosul an den neuen Staat[29], belastete diesen mit dem bis heute faktisch nicht gelösten „Kurden-Problem" — das in Wirklichkeit ein Problem des „Arabertums" und des „arabischen Nationalismus" ist.

Viele führende schiitische Geistliche sahen in der zu erwartenden Steuer- und Erziehungspolitik der Briten und später der Haschemiten-Könige einen direkten Angriff auf ihre gesellschaftlichen Funktionen und Einkünfte. Auch lehnten sie die britische Mandatsherrschaft über ein islamisches Volk aus prinzipiellen religiösen Erwägungen ab. Einige wie Ayatollah Mahdi al-Khalisi verbündeten sich sogar mit aufständischen schiitischen Stämmen gegen die neue Staatsgewalt der Briten und Haschemiten, ohne deren Etablierung allerdings verhindern zu können[30].

Auf den Widerstand der schiitischen Geistlichkeit gegen den neuen Staat überhaupt und dessen Modernisierungsbestrebungen reagierten Briten und Haschemiten auf zweierlei Weise: Zum einen deportierten sie zahlreiche Geistliche und Stammesangehörige wegen ihrer angeblichen oder realen iranischen Herkunft und Nationalität, zum anderen versuchten sie die Schiiten unter Umgehung der Geistlichkeit stärker in den Staat einzubinden und ihnen Zugang zu den öffentlichen Ämtern einzuräumen.

Die Ausweisung vieler Schiiten in den Iran bestärkte die Überzeugung vieler sunnitisch-arabischer Nationalisten, daß die Schiiten im nationalen Sinne „unzuverlässig" seien. Vor allem der Versuch des haschemitischen Königshauses Schiiten in den Staatsdienst zu ziehen und ihnen gleiche Bildungschancen einzuräumen alarmierte hingegen sowohl die konservative Schiitische Geistlichkeit wie die sunnitische **effendiya:** Erstere fürchteten um ihren Einfluß auf die schiitische Gemeinschaft und letztlich um ihr Sozialprestige und ihre Einkünfte, letztere um ihre bisherige Quasi-Monopolstellung im Staats- und Militärapparat. Ihre Ängste vor der schiitischen Konkurrenz rationalisierten sie wiederum mit Verweisen auf deren „nationale Unzuverlässigkeit".

Die integrations- und aufstiegswilligen Schiiten sahen sich folglich in der Periode der Monarchie immer wieder in dem Dilemma, daß ihre Geistlichen sie mit der faktischen Exkommunikation aus der Gemeinschaft bedrohten, weil sie sich mit dem abgelehnten Staat und seinen Neuerungen einließen, während die arabischen Nationalisten ihre Zugehörigkeit zur Nation und Loyalität zum Staat immer wieder in Frage stellten. All dies bewirkte **in Verbindung** mit den strukturellen Nachteilen der schiitischen Bevölkerung — geringerer Verstädterungsgrad, sozioökomisch schwächere Stellung —, daß die aus der Osmanenzeit geerbte Unterrepräsentanz der Schiiten in Staat, Verwaltung und Armee nur ganz langsam abgeschwächt wurde.

Viele der von den arabischen Nationalisten und der eigenen Geistlichkeit „im Stich gelassenen" schiitischen Angehörigen der sich entwickelnden modernen städtischen Mittelschichten in Verwaltung und freien Berufen wandten sich ab den 40er Jahren einerseits der Irakischen Kommunistischen Partei und andererseits der Partei der Arabischen Wiedergeburt (ICP und Baath) zu. Beide vertraten bewußt säkulare, ideologische Tendenzen: Die ICP einen irakischen Nationalismus, der auch den Kurden eine Möglichkeit einräumte, sich mit der irakischen Nation zu identifizieren und der Baath einen arabischen Nationalismus, der zwar die Kurden ausschloß, dafür aber den Schii-

ten Identifikationsmuster anbot.

Die ICP vermochte ab den 40er Jahren in den rasch wachsenden Massenquartieren der Städte und damit unter den vielen ländlichen Zuwanderern aus dem schiitischen Süden eine Massenbasis zu gewinnen, während der Baath eher eine elitistische Organisation war, die aus den neuen Mittelschichten rekrutierte. Da in der Armee die Sunniten eindeutig dominierten, gab es im militärischen Flügel des Baath fast überhaupt keine Schiiten, während im zivilen Sektor ihr Anteil nicht unerheblich war. Dort konzentrierten sie sich überproportional stark im späteren linken Flügel der Partei.

Vor allem konnte der Baath überproportional Anhänger in den jüngeren Offiziers- und Verwaltungskreisen rekrutieren, die aus den ländlichen sunnitisch-arabischen Zonen nördlich Bagdads stammten und ihr Fortkommen durch die effendiya aus Bagdad und Mosul blokkiert oder zumindest behindert sah.

Machtkämpfe im Irak in den Jahren 1958-1968

Der Sturz der Monarchie im Jahre 1958 durch eine von der Militärverschwörung der Freien Offiziere unter **Kassem** freigesetzte Volksbewegung leitete einen 10-jährigen Machkampf zwischen Freien Offizieren, Baath, ICP und Kurden um die Macht im Staat und seine innere Gestaltung ein. Unter den Regimes von Kassem (1958-63), Aref I (1963-66) und Aref II 61966-68) vollzogen sich dabei eine Reihe von Entwicklungen, durch die einerseits die strukturellen Möglichkeiten dafür geschaffen wurden, daß die sich in dieser Zeit formierende islamisch-schiitische Opposition immer mehr Ansatzpunkte zur Erlangung einer Massenbasis finden konnte, und andererseits die sunnitische Dominanz im ab 1968 herrschenden Baath-Regime vorprogrammiert wurde.

Die wiederholte Verfolgung der ICP seitens der Regierungen der Freien Offizieren, gelegentlich im Bündnis mit dem Baath, der den kommunistischen Konkurrenten um die Macht fürchtete, dezimierte deren Kader und beraubte sie der Möglichkeit, weiterhin im gleichen Maße wie zuvor, die von dem Lande in die Städte strömenden Menschen ideologisch-organisatorisch aufzufangen. Damit lockerte sich die Bindung der rasch wachsenden städtischen Schiitischen Unterklassen an die ICP insgesamt. In diese Lücke konnte die **Da'wah** immer stärker hineinstoßen. Einen Durchbruch erzielte sie jedoch erst, als sich die Kommunisten 1973 mit dem Baath-Regime auf einen Regierungspakt einließen. Er verschaffte der ICP keine reale Macht, korrumpierte aber ihre Glaubwürigkeit als Vertreterin der Interessen der unteren Volksschichten gegenüber dem Regime, und ließ viele ihrer einfachen Anhänger ideologisch orientierungslos zurück.

Zugleich „dünnte" die unterschiedliche Behandlung sunnitischer und schiitischer politischer Gefangener während des Regimes Aref I die schiitischen Kader in ICP und Baath erheblich aus. Dieses Regime vertrat einen betont sunnitisch eingefärbten arabischen Nationalismus, der ausgesprochen kurdenfeindlich war und den Schiiten wegen ihrer „dubiosen" persischen Bindungen voller Mißtrauen gegenüber stand. Da Polizei und Armee vielfach aus den gleichen sunnitischen Dörfern und Kleinstädten stammten wie viele ihrer sunnitischen Gefangenen konnten diese damit rechnen, weniger brutal als die schiitischen Gefangenen behandelt und auch der Tendenz nach früher als jene wieder freigelassen werden.

Dieser Faktor verstärkte innerhalb von ICP und Baath das Gewicht der sunnitischen Kader und des von Sunniten stärker besetzten rechten Flügels wie auch der militärischen Sektion. Die Abtrennung des linken Flügels 1966, in dem sich viele Schiiten befanden, verstärkte diesen Vorgang der Sunnitisierung des Baath. Auch die Tendenz, sich unter den Bedingungen der Klandestinität verstärkt auf Personen aus dem eigenen Umfeld (Dorf, Stadtviertel, Sippenverband, Collega-Jahrgang usw.) zu verlassen, spielte hierbei eine wichtige Rolle. Insgesamt ist jedoch die Sunnitisierung des Baath in seinen Führungsebenen in den 60er Jahren als ein Produkt parteiexterner Faktoren anzusehen, nicht als Ergebnis einer bewußten anti-schiitischen Politik der sunnitischen Baath-Kader selbst[31].

Während die Jahre 1958-68 von einem blutigen Ringen um die Kontrolle der neuen Republik gekennzeichnet waren, betrieben alle Regime, auch das 1968 sich siegreiche durchsetzende Baath eine umfangreiche Modernisierungspolitik, die weithin der Bevölkerung zugute kam und keine anti-schiitische Orientierung hatte. Eine anit-schiitische Tendenz machte sich dann bemerkbar, wenn es um die Frage des Aufstieges in mittlere und höhere Positionen im Bereich von Staat, Militär und staatlichem Wirtschaftsektor ging. Zum einen galten und gelten die Schitten bis heute vielen arabischen Nationalisten (ob konservativer, nasseristischer oder baathistischer Ausrichtung) letztlich immer noch als unsichere Kantonisten, als nur bedingt der arabischen Nation des Irak zugehörig. Zum anderen verteidigen die sunnitischen Mittelschichten und Kleinbürger, die seit 1958 die meisten mittleren und höheren Positionen besetzt halten, erbittert ihre Positionen gegen kurdische und schiitische Aspiranten.

Weder für die Monarchie noch für die Zeit der Republik ist die Behauptung einer **durchgängigen und gezielten Diskriminierung** der Schiiten und der schiitischen Religion seitens der Träger der Staatsmacht aufrechterhaltbar. Damit stehen die irakischen Schiiten insgesamt gewiß besser da als etwa die Kurden. Dennoch ist festzuhalten, daß es auch in der Republik und im Baath-Regime hinreichend **Tendenzen der Benachteiligung und des Mißtrauens** gegen Schii-

ten gibt, die nicht nur mit dem generell undemokratischen Verhalten der jeweils herrschenden Machtgruppen erklärt werden können. Weder der konservative ältere Nationalismus der Monarchie noch der radikalere der Republik der freien Offiziere und des Baath haben einen Weg entwickeln können, die Schiiten in die arabische Nation zu integrieren. Der beste Weg dazu wäre sicherlich gewesen, im Sinne eines gemeinsamen irakischen Nationalismus, der auch die Kurden integriert hätte, den besonderen sozio-kulturellen Ausprägungen des schiitischen Arabertums einen eigenständigen, aber legitimen Platz innerhalb der irakischen Nation zuzugestehen.

Das Fehlen wirklich demokratischer Strukturen in der Republik begünstigt nicht die offene Austragung gesellschaftlicher Konflikte und verweist Individuen zur Durchsetzung ihrer Interessen auf 'ältere' Zusammenhänge wie Familienverband, religiöse Bruderschaft, landsmannschaftliche und religionsgemeinschaftliche Bindungen zurück. Das trägt angesichts der Wirklichkeit des Irak mit den oben ausgeführten Diskriminierungs- und Mißtrauenselementen gegen Schiiten seitens der sunnitischen Machtmonopol-Inhaber erheblich dazu bei, die gesellschaftliche Wahrnehmung der Individuen zu „ethnisieren" und „kommunalisieren".

Günter Schröder

Anmerkungen

1) Peter Sluglett/Marion Farouk-Sluglett: „Some reflections on the sunni/shi's question in Iraq", British Society for Middle Eastern Studien, 1/1978, S. 84
2) Autonomie — Neue Folge: „Zur vorrevolutionären Situation am Golf: Die Entwicklung im Irak", Heft 6/1980, S. 17
3) ebd. S. 17
4) Ahmad Faroughy: „La guerre entre l'Irak et l'Iran", Le Monde Diplomatique November 1982
5) Sozialwissenschaftler palästinensischer Herkunft und Autor des kolossalen dreibändigen Werkes: The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq, 1979, das heute schon der Klassiker aller Irak-Literatur ist.
6) Hana Batura: „Iraq Underground Shi'a Movements: Characteristics, Causes and Prospects" Middle East Journal, Autum 1981, S. 58
7) Chris Kutschera: „Nouveaux espoirs pour l'opposition chiite irakienne", Le Monde Diplomatique, April 1984
8) vgl. zur schiitischen Religion und Lehre: Schah und Schiah, Zur Geschichte von Staat und Religion im Iran, hrsg. v. G. Schröder, Giessen 1979
9) Batuta, Underground ..., 593-94
10) ebd. 578-80
11) Kerngedanke der Zwölfer-Schia. Die Siebener-Schia rechnet nur mit 7 Imamen, deren letzter entrückt ist.
12) Kutschera, a. a. O.
13) Kutschera, a. a. O.
14) Kutschera, a. a. O.
15) Kutschera, a. a. O.
16) die taz, 2. 9. 82: Interview mit einem Vertreter von al-Da:wah
17) Batuta, a. a. O. 591
18) ebd.
19) Kutschera, a. a. O.
20) ebd.
21) ebd.
22) Eine Darstellung dieser Argumente bei Sluglett/Faroug-Sluglett, a. a. O.
23) Sluglett/Farouk-Sluglett, a. a. O., S. 85 und 86, eine bemerkenswert klare Darstellung dieser Position, die nur den Fehler hat, daß sie die subjektiven Empfindungen von Personen außer Acht läßt und die noch vorhandenen Mißtrauensmuster der Sunniten gegen Schiiten übergeht, ein gutes Beispiel für eingängige objektivistische Analyse, die aber die Realität nicht erfaßt.
24) Zu den folgenden Ausführungen bis Abschnitt 13 ist vielfältige Literatur zitiert, die hier bis auf die oben genannte und Joe Stork: Iraq and the War in the Gulf, Merip-Reports, No. 97 Juni 1981 nicht mehr extra angeführt werden soll.
25) Stork, a. a. O., S. 4-5
26) Batuta, a. a. O., S. 584-85
27) ebd. 582-84
28) vgl. dazu Kbbas Kelidar: „The Shii Imami Community and Politics in the Arab East" Middle Eastern Studien 1/1983, 9-10
29) die natürlich auch von den Briten aus den gleichen Gründen betrieben würde — Kontrolle über das Öl zu erlangen.
30) Kelidar, a. a. O.
31) Interview mit Hanna Batuta, Merip Report 97/ Juni 1981, S. 26 ff.

Verschuldung und IWF:

In der Woche vom 24.-27. September 1984 fand in Washington die 39. Jahrestagung von IWF und Weltbank statt.

Wie in den letzten beiden Jahren hat die Konferenz auch in diesem Jahr für die Dritte Welt keinerlei Erleichterungen gebracht. Die meisten ihrer Forderungen wurden entweder abgelehnt oder vertagt.

Selbst Gespräche am Rande über die Begrenzung des Dollaranstiegs oder Zinssenkungen blieben ohne konkrete Ergebnisse. Die USA setzten sämtliche ihrer Forderungen durch: abgelehnt wurde eine von den Entwicklungsländern geforderte Aufstockung der IWF-Finanzmittel, beschlossen hingegen eine geringe Verschärfung der Kreditvergabe-Richtlinien. Ebensowenig Gehör fand die Forderung der 11 am höchsten verschuldeten lateinamerikanischen Staaten nach einem direkten „Schuldendialog" mit den Industrieländern. Stattdessen wurden die Schuldnerländer mit der Zusage abgespeist, daß im nächsten Frühjahr im Rahmen des IWF ein gesonderter Dialog stattfinden soll. Verhandlungen über eine globale Lösung, auf die die Lateinamerikaner drängen, lehnten die Industriestaaten, allen voran die USA, Japan und die BRD, kategorisch ab.

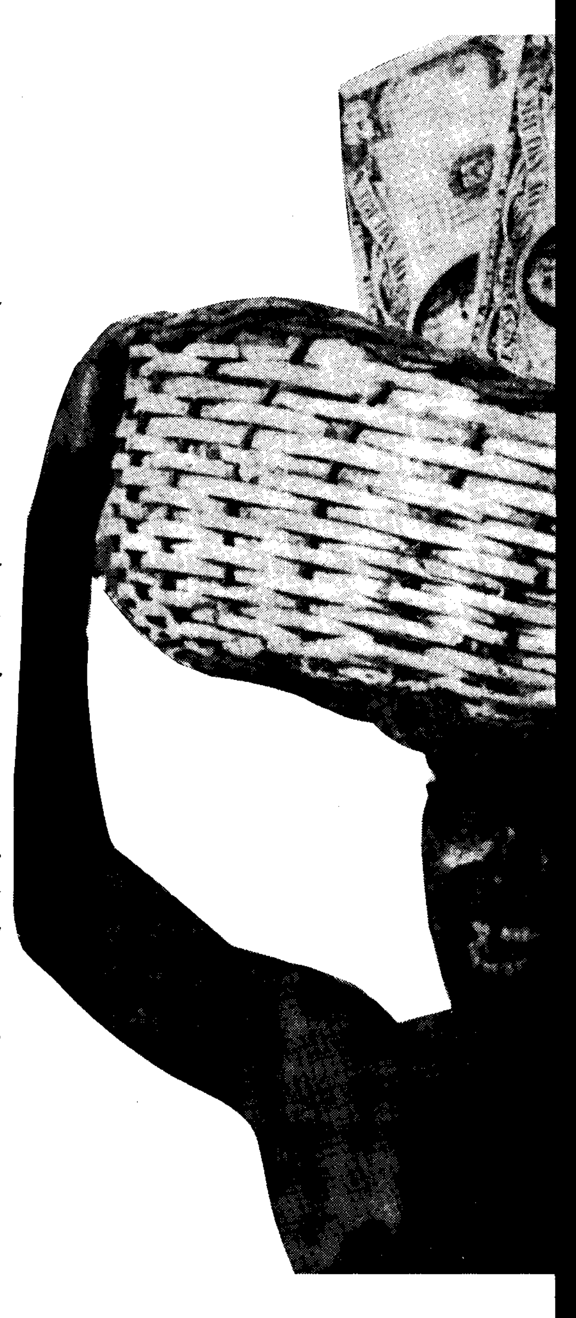
Also: Keine Lösung in Sicht?

Der vorliegende Themenblock setzt sich mit der Geschichte der Verschuldung auseinander und wirft Fragen nach den Perspektiven auf.

Für Leser, die sich zunächst einführend mit Aufbau und Funktionsweise des INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS vertraut machen wollen, hat sich die Redaktion bemüht, einen leicht verständlichen Beitrag **„Zur Struktur des IWF"** *zusammenzustellen. Sie will damit ziegen, daß die Zusammensetzung des IWF und die Stimmverteilung in seinen Gremien die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse widerspiegelt.*

Verschuldung ist, ebenso wie die Machtpolitik der jeweiligen Gläubigerländer, nicht erst — wie wir manchmal glauben mögen — seit dem 2. Weltkrieg ein Problem der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei historische Beispiele bringt dieses Heft: In einem Artikel **„Zur Verschuldung im 19. Jahrhundert"** *ziehen wir Parallelen zwischen der Politik der Gläubiger damals und der Politik des IWF gegenüber in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Schuldnerländern. Der Artikel* **„Die Dritte Welt in der Weltwirtschaftskrise 1929"** *vergleicht die besonderen Auswirkungen der Krisen damals und heute auf die Ökonomien der Entwicklungsländer.*

Wenn die Internationalen Finanzinstitutionen als Machtinstrumente der Industriestaaten fungieren, dann spielt die wirtschaftliche Supermacht Nr. 1., die USA, in ihnen eine besondere Rolle. Diese und die aktu-



Ratlosigkeit oder Reform?

elle Politik der Reagan-Administration untersucht der Artikel **„Der Magier des Marktes."**

Aus zahlreichen Länderstudien und Beispielen aus der Presse kennen wir die traurigen Berichte über das Elend, welches die auf Devisenerwirtschaftung, Exportorientierung und freies Spiel der Marktkräfte gerichteten Auflagenprogramme des IWF in verschuldeten Dritte-Welt-Ländern anrichten.



Wie sich die Industrieländer-Mehrheit im IWF eine mittel- und langfristige Lösung der weltweiten Schuldenkrise vorstellt, wissen wir: auf dem Rücken der Massen in der Dritten Welt, die für die Verschuldung keine Verantwortung tragen.

Welche alternativen Lösungsvorschläge gibt es? Vier Diskussionsbeiträge hierzu liegen in diesem Heft vor: In den beiden Artikeln **„Dritte Welt im Schuldturm (II)"** *und* **„Thesen zur Reform des IWF"** *werden vor allem „systemimmanente" Lösungsvorschläge behandelt. Ist eine Wandlung des IWF vom „monetaristischen Zuchtmeister" zum „grundbedürfnis-orientierten Entwicklungshelfer" möglich? Dieser Frage gehen die Autoren der „Thesen" nach. Sie versuchen eine Alternative zur bestehenden Zielsetzung und Struktur des IWF zu liefern. Die verschiedenartigen Interessen der Gläubiger und Schuldner in der gegenwärtigen Situation beleuchtet der II. Teil von „Dritte Welt im Schuldturm"[1] im Hinblick auf unterschiedliche Lösungsvorschläge: er geht auf vier „Krisenrezepte" ein und macht ihre Grenzen deutlich.*

Die beiden letzten Stellungnahmen dieses Themenblocks kommen von der Bundestagsfraktion der Grünen und vom Bundeskongreß der Jusos. die Analysen und politischen Forderungen dieser beiden **„Dokumentationen zur Verschuldungskrise"** *kämpfen, wie fast alle Beiträge zur gegenwärtigen Diskussion, damit, daß solche Lösungsansätze, die „Realisierungschancen" besitzen, das Problem nicht grundsätzlich an der Wurzel packen. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich in Frage zu stellen, hieße, utopische Konzepte zu entwerfen. Die Redaktion hält Alternativen nur dann für sinnvoll, wenn sie in ihrer Konzeption über den Abbau von sogenannten Altschulden hinausgehen. Auch einer Reform des IWF müßten weitreichende Änderungen des Weltwährungssystems[2] und der Welthandelsstrukturen vorausgehen, die die Profite der Gläubigerländer drastisch beschneiden würden.*

Die vorliegenden Lösungsvorschläge sind auch noch nicht das letzte Wort: Sie mögen den Leser zum Widerspruch herausfordern ...!

Anmerkungen

1) Vgl. Blätter des Iz3W, Nr. 119
2) Vgl. Körner et al., Im Teufelskreis der Verschuldung, Hamburg 1984, S. 209 ff.

Der IWF: Geschichte, Aufbau und Kreditvergabe

Der INTERNATIONALE WÄHRUNGSFOND (IWF) wurde 1944 — also noch während des 2. Weltkrieges — in Bretton Woods gegründet. Verbunden damit war die Hoffnung, ein erneutes Zusammenbrechen des Welthandels — wie in den 30er Jahren geschehen (Schutzzölle, künstliche Wechselkursänderungen) — verhindern zu können.

Die 22 Gründungsmitglieder gaben dem IWF folgende Ziele:

I. die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik durch eine ständige Einrichtung zu fördern, die als Apparat zur Konsultation und Zusammenarbeit bei internationalen Währungsproblemen zur Verfügung steht;
II. die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern und dadurch zur Förderung und Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrads und Realeinkommens sowie zur Entwicklung des Produktionspotentials aller Mitglieder als oberste Ziele der Wirtschaftspolitik beizutragen;
III. die Stabilität der Währungen zu fördern, geordnete Währungsbeziehungen unter den Mitgliedern aufrechtzuerhalten und Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen zu vermeiden;
IV. bei der Errichtung eines multilateralen Zahlungssystems für die laufenden Geschäfte zwischen den Mitgliedern und bei der Beseitigung von Devisenverkehrsbeschränkungen, die das Wachsen des Welthandels hemmen, mitzuwirken;
V. das Vertrauen der Mitglieder dadurch zu stärken, daß ihnen zeitweilig unter angemessenen Sicherungen die allgemeinen Fondsmittel zur Verfügung gestellt werden und ihnen so Gelegenheit gegeben wird, Unausgeglichenheiten in ihrer Zahlungsbilanz zu bereinigen, ohne zu Maßnahmen Zuflucht nehmen zu müssen, die dem nationalen oder internationalen Wohlstand schaden;
VI. in Übereinstimmung mit Vorstehendem die Dauer der Ungleichgewichte der internationalen Zahlungsbilanzen der Mitglieder abzukürzen und den Grad der Ungleichgewichte zu vermindern.

Der Fonds läßt sich in seiner Geschäftspolitik sowie bei allen Beschlüssen von den in diesem Artikel niedergelegten Zielen leiten.

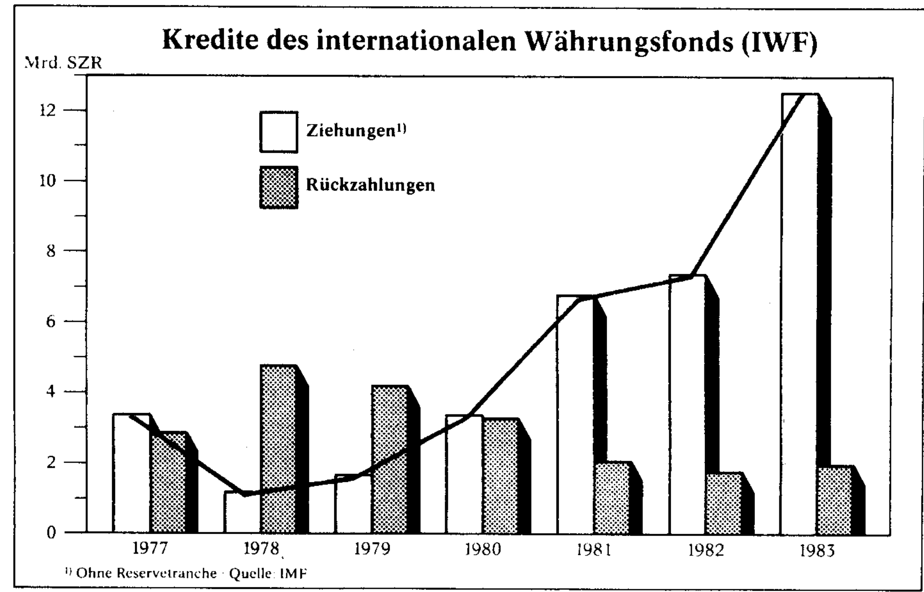
In Bretton Woods wurde eine Art Arbeitsteilung zwischen dem IWF und der Weltbank vereinbart. Während der IWF lediglich bei kurzfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten eintreten sollte, vergibt die Weltbank langfristige projektgebundene Entwicklungskredite. Bei kürzerer Laufzeit und höheren Zinsen haben die Kredite des IWF einen völlig anderen Charakter als die der Weltbank, deren Laufzeit bis zu 35 Jahren betragen kann und die einen niedrigeren Zinssatz besitzen. Um aber in den „Genuß" dieser Kredite zu kommen, ist die Mitgliedschaft im IWF Voraussetzung.

Die Weltbank-Tochter IDA (International Development Agency) verfolgt ähnliche Ziele wie die Weltbank, vergibt aber nur an ärmste Länder Kredite, nämlich an solche, deren Bruttosozialprodukt weniger als 730 US-$ pro Kopf und Jahr beträgt. Diese Kredite können sogar eine Laufzeit von bis zu 50 Jahren erreichen und sind zinslos.

Von Anfang an konnten die USA, die als stärkste Wirtschaftsmacht aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangen waren, dem IWF ihren Stempel aufdrücken. Sie setzten durch, daß der IWF weitgehend nach der Konzeption des Amerikaners Harry Dexter White und gegen die Vorschläge des englichen Wirtschaftswissenschaftlers John M. Keynes strukturiert wurde.[1]

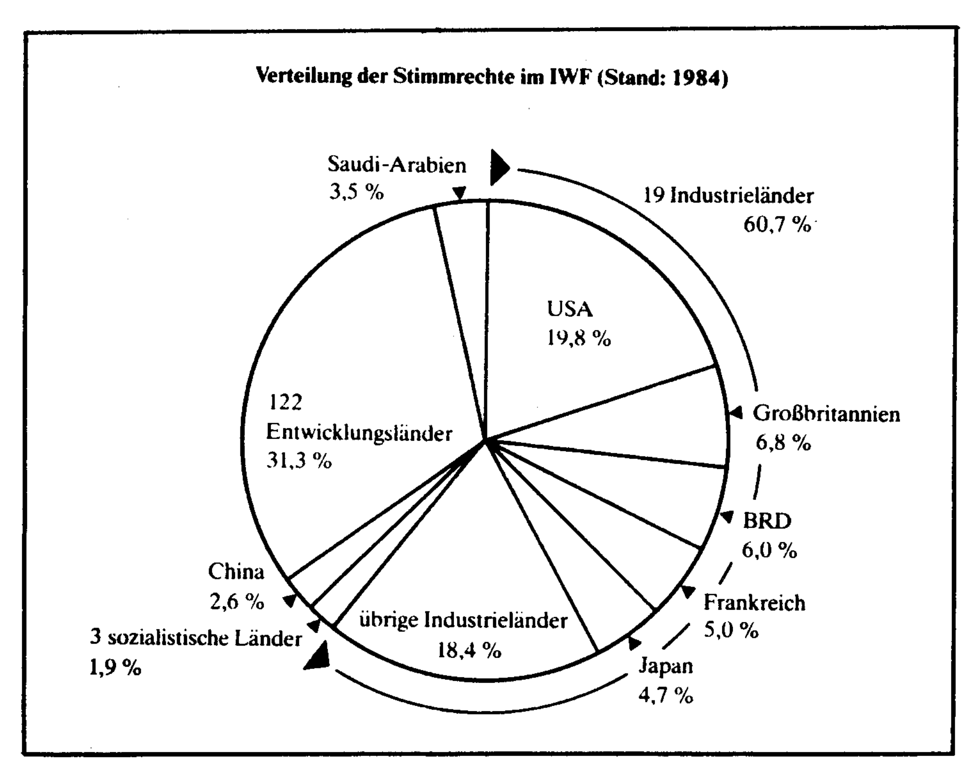
Die USA konnten damit das Prinzip des freien Welthandels, von dem sie am stärksten profitierten, durchsetzen. Schon in Bretton Woods gab es Kritik aus den Reihen der Entwicklungsländer an der Konzeption des IWF, die zu einseitig auf die Industrieländer zugeschnitten ist und die ökonomischen Belange der Entwicklungsländer zu wenig berücksichtigt (Indien). Mit dem Hinweis, der IWF verfolgte nur währungspolitische Funktionen, die Weltbank sei für diese Probleme zuständig, wurde diese Kritik abgeschmettert.

Nach Kessler[2] „beruhte das gesamte System auf der Entwicklung des Dollar als Leitwährung und damit auf der für immer festgelegten wirtschaftlichen Vormachtstellung der USA. Denn wenn alle Länder Dollars als Zahlungsmittel akzeptierten oder verwendeten, benötigten die Vereinigten Staaten für alle Zeiten einen Zahlungsbilanzüberschuß, um diese Dollars bereitzustellen. Zum anderen" argu-



aus: BfG Wirtschaftsblätter 8/84





aus: Körner et al., Im Teufelskreis der Verschuldung, Hamburg 1984

Von den 22 Direktoren werden entsandt:
1 aus den USA
1 aus der BRD
1 aus Frankreich
1 aus Großbritannien
1 aus Japan
Diese 5 repräsentieren die 5 Länder mit den höchsten Quoten
1 aus Saudi-Arabien
1 aus der VR China

15 werden über Wahlgemeinschaften von den Entwicklungs- und den kleineren Industrieländern entsandt und vertreten 140 Mitgliedsländer.

mentiert Kessler, „war den Konferenzteilnehmern das Problem der zukünftigen Entwicklungsländer nicht bewußt, denn die meisten Länder der Dritten Welt waren zur Zeit der Konferenz noch Kolonien. Diese beiden Schwächen entwikkelten sich im Laufe der Zeit zu Sprengsätzen des Systems von Bretton Woods."

1971 zerbrach dieses System und mit ihm auch das Festhalten an festen Wechselkursen.

„Der freie Welthandel, auf den die Konferenz von Bretton Woods gebaut hatte, teilt die Welt in konkurrenzfähige Industrieländer und wirtschaftlich schwache Entwicklungsländer, wobei die Kluft ständig vergrößert wurde. Als die Ölkrise 1983 und die darauf folgenden drastischen Ölpreiserhöhungen diesen Graben weiter vertieften, reagierten viele Entwicklungsländer mit einer Industrialisierung um jeden Preis, auch um den hoher Schulden. Doch ihre Hoffnung, die Schulden mit hohen Exporterlösen abtragen zu können, trog."[2]

Mitgliedschaft, Quoten und Stimmrechte

Der IWF hat derzeit 147 Mitglieder. Nicht Mitglied sind die Sowjetunion, Polen, Albanien, Bulgarien, die CSSR, Cuba, Angola und die Schweiz.

Jedes Land zahlt jährlich eine bestimmte Quote in den Fond. Die Höhe dieser Quoten richtet sich in erster Linie nach der Wirtschafts- und Finanzkraft des jeweiligen Landes. Im Zusammenhang mit der Höhe der Quote stehen die Stimmrechtsanteile und die Höhe der möglichen Kredite („Ziehungsmöglichkeiten").

Ursprünglich war ein Viertel der Beiträge in Gold einzuzahlen, der Rest in Landeswährung. Später übernahmen die SONDERZIEHUNGSRECHTE (SZR; vgl. Kasten) die Rolle des Goldes.

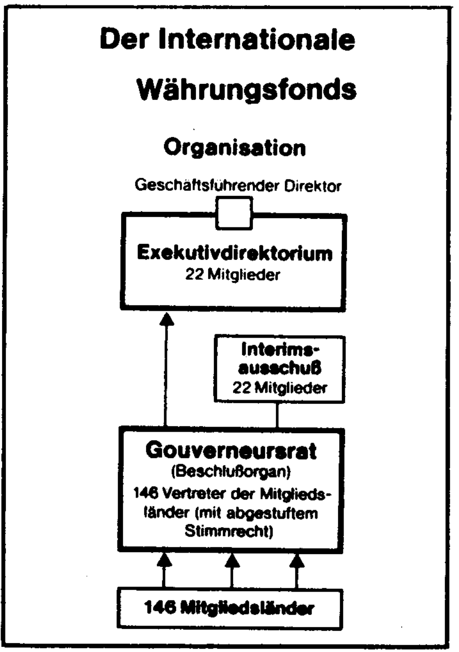
Der IWF hat zwar den Status einer UN-Sonderorganisation (wie auch die Weltbank), aber es hat nicht jedes Land eine Stimme. Die Verteilung der Stimmrechte spiegelt die eingezahlten Quoten wieder. So haben die 14 größten Industrieländer 59 % der Stimmrechtsanteile, darunter die ersten 5 allein fast 50 %. Die USA verfügen mit 19,8 % über eine sogenannte Sperrminorität, weil für Grundsatzentscheidungen, also auch für Beschlüsse über Bedingungen der Kreditvergabe, 85 % der Stimmen notwendig sind.

Der Organisationsaufbau des IWF

Das oberste Entscheidungsgremium des IWF ist der **Gouverneursrat.** Jedes Mitgliedsland entsendet einen Gouverneur, beispielsweise seinen nationalen Finanzminister oder seinen Zentralbankpräsidenten. Der Gouverneursrat, der öffentlich tagt, beschließt über die Grundlinien der IWF-Politik wie Aufstockungen des Fonds, die Höhe der relativen Stimmrechte und Neuaufnahmen.

Zwischen den jährlichen Tagungen des Gouverneursrates trifft sich zweimal der **Interimsausschuß,** dem 22 Mitglieder angehören. Er bereitet alle wichtigen Entscheidungen vor. Entscheidend für die laufenden Geschäfte sind der geschäftsführende Direktor (zur Zeit der Franzose Jacques Larosiere) und das wöchentlich zusammenkommende **Exekutivdirektorium.**

Das Exekutivdirektorium kann (nach Art. V, Abs. 3) wirtschaftspolitische Bedingungen für die Kreditgewährung stellen. Dort werden daher in der Regel den verschuldeten oder zahlungsunfähigen Ländern die wirtschaftliche Rezepte verordnet, die den Export steigern, damit Devisen erwirtschaften und Import sowie Staatsausgaben drosseln.



Die IWF-Kredite und ihre Auflagen

Es gibt eine Reihe unterschiedlicher „Ziehungsmöglichkeiten", die „Tranchen" und „Fazilitäten" genannt werden. Die Vergabe der Gelder wird jedoch an Auflagen geknüpft, „die von unverbindlichen Empfehlungen bis zu strikten Regelungen reichen und deren Nichteinhaltung mit einem Auszahlungsstopp geahndet wird[3]". Die Vereinbarungen der Auflagen sind jedoch Verhandlungssache, ebenso wie die Modalitäten der Auszahlung.

Einzig und allein auflagenfrei ist nur die **Reservetranche.** Nimmt ein Mitgliedsland diese Kreditmöglichkeit in Anspruch, so kann es 25 % seiner eingezahlten Quote erhalten. Zusätzlich stehen ihm vier weitere Tranchen mit weiteren je 25 % zur Verfügung. Davon ist die **Erste Kredittranche** noch mit schwachen Auflagen seitens des IWF verbun-

Tabelle
Die Ziehungsmöglichkeiten im IWF in der Übersicht

Fazilität	Bestandsdauer	Ziehungsplafonds (in % d. Quote)	Rückzahlungsfristen (Jahre)	Zinskosten[1] (in %)	Konditionalität
Reservetranche	seit 1952	25	—	—	keine
Erste Kredittranche	seit 1952	25	3-5	6,6	schwach
Obere Kredittranchen	seit 1952	75	3-5	6,6	strikt
Erweiterte Fonds Fazilität	seit 1974	140	4,5-10	6,6	strikt
Zus. Finanzierungsfazilität („Witteveen"-F.)[2]	1979-1982	140	3,5-7	Selbstkosten[3] + 0,2-0,375 (je nach Laufzeit)	
Politik des Erweiterten Zugangs[2]	seit 1981	102-125	3,5-7	Selbstkosten + 0,2[3]	strikt
Kompensatorische Finanzierungsfazilität	seit 1963	83	3-5	6,6	schwach bis strikt (je nach Höhe der Inanspruchnahme)
Getreideimportfazilität	seit 1981	105			
Rohstoff-Ausgleichslager Fazilität	seit 1969	45	3-5	6,6	schwach
Ölfazilität	1974-1976	75	3,5-7	6,875-7,875	schwach
Treuhandfonds	1976-1981	—	5-10	0,5	schwach

1 Mit Ausnahme der Reservetranche ist zusätzlich eine einmalige Verwaltungsgebühr von 0,5 % der Kreditsumme zu entrichten.
2 Konnte/kann nur in Verbindung mit Bereitschaftskreditabkommen (Obere Kredittranchen) oder Abkommen der Erweiterten Fonds Fazilität in Anspruch genommen werden.
3 Für ärmere Entwicklungsländer besteht ein Zinssubventionskonto.

Quelle: IMF, International Financial Statistics, March 1984

den. Die restlichen drei **Oberen Kredittranchen** können nur in Verbindung mit einem **Stabilisierungsprogramm** und einem **Bereitschaftsabkommen** (Stand — by Arrangement) abgerufen werden.

Die Stabilisierungsprogramme zwingen die betroffenen Länder zu weitreichenden Zugeständnissen. In einer Absichtserklärung (letter of intend) müssen sie sich zu wirtschaftspolitischen Änderungen verpflichten, von denen sich der Fond eine Sanierung der Zahlungsbilanzen verspricht: Abwertung der Landeswährung, Begrenzung des Haushaltsdefizits, Einschränkung des Kreditangebotes und Kürzung der Subventionen öffentlicher Güter (wie z. B. Erhöhung der Brotpreise)[4]. Bis Ende 1983 schlossen die Mitgliedsländer 532 Bereitschaftskreditabkommen mit dem IWF.

Neben den erwähnten Kredittranchen gibt es weitere Ziehungsmöglichkeiten, sogenannte **„Sonderfazilitäten"**. Sie sind auch an harte Auflagen gebunden. Die **Erweiterte Fazilität**, 1974 eingeführt, soll Entwicklungsländern zur Überwindung struktureller Probleme mittelfristige Sonderkrediten gewähren. Deren Laufzeit liegt zwischen vier und zehn Jahren und sie können bis zu 140 % der Quote betragen. Als Reaktion auf den zweiten Ölpreisschock und dadurch zunehmenden Zahlungsbilanzprobleme schuf der IWF eine **Zusätzliche Finanzierungsfazilität** (ebenfalls bis zu 140 % der Quote).

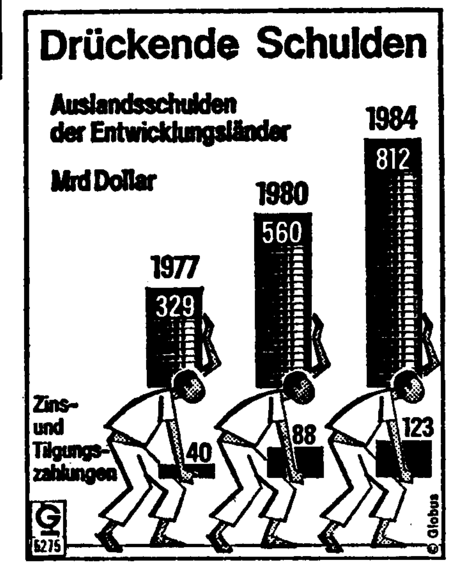
Sie wurde 1982 durch die sogenannte **Politik des Erweiterten Zugangs** ersetzt (mit einer Ziehungmöglichkeit von bis zu 125 %). Auf Drängen der Entwicklungsländer schuf der IWF noch zusätzliche Kreditmöglichkeiten: die **Kompensatorische Finanzierungsfazilitäten** (für rohstoffexportierende Länder, die ohne eigenes Zutun aufgrund eines Rückgangs der Exporterlöse oder den Fall der Weltmarktpreise für Rohstoffe in Zahlungsschwierigkeiten geraten.)

Die weiteren Ziehungsmöglichkeiten spielen allerdings nur eine untergeordnete Rolle[5].

Was hier auf den ersten Blick wie ein System der Erleichterungen durch Beschaffung kurzfristiger Liquidität aussieht, stranguliert heute über die Auflagenpolitik fast alle Länder, die vor der Zinsspirale kapitulieren müssen.

Anmerkungen

1) Nach dem Keynes-Plan hätten alle Zahlungsbilanzungleichgewichte in ein neu zu schaffendes internationales Buchgeld — Bancor genannt — umgerechnet und in einer Zentralstelle (Clearing Union) ausgeglichen werden müssen. Mit dem Bancor-Guthaben der Überschußländer sollten so die Zahlungsbilanzdefizite finanziert werden.
Bei den USA, die sich in Zukunft als Land mit hohen Zahlungsbilanzüberschüssen sahen, stieß dieser Plan auf Ablehnung. Ihr Gegenvorschlag (White-Plan) bürdete allein den Defizitländern die Anpassungslasten auf. Zwar erkannte auch White die Notwendigkeit an, Defizitländern Kredite zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zu gewähren, doch zielte er zugleich darauf ab, der kreditgewährenden neuen internationalen Organisation Instrumente zur Disziplinierung der Schuldnerländer an die Hand zu geben (Vgl. Körner et al., Im Teufelskreis der Verschuldung, Hamburg 1984, S. 61 ff).
2) Vgl. Wolfgang Kessler, Der unerfüllte Traum von Bretton Woods, epd vom 9. 7. 84
3) Vgl. Entwicklungspolitische Korrespondenz (EPK), Heft 2/83, Die IWF-Kredite: Geldvergabe mit Bedingungen
4) Vgl. ausführliche Darstellung der Auswirkungen der IWF-Auflagen auf die betroffene Bevölkerung in: Benedikt Fehr, Dritte Welt im Schuldturm I, in Blätter des Iw3W 119/84.
5) Vgl. BfG-Wirtschaftblätter 8/84



Sonderziehungsrechte

Die Sonderziehungsrechte (SZR) wurden 1969 neben Gold und Dollar als zusätzliches Reservemedium eingeführt. Die SZR waren als notwendig befunden worden, weil der Schaffung der bestehenden Hauptreserven, dem Gold und den Devisenguthaben, willkürliche Elemente zugrunde lagen und man befürchtete, daß sich die internationale Liquidität auf der Basis des Goldes und der Reservewährung verknappen könnten — mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf den Welthandel. Nur im Verkehr zwischen Notenbanken anwendbar, sollte dieses internationale Buchgeld — ähnlich dem Bancor von Keynes — den Erwerb frei konvertibler Währungen verkörpern, die die bestehenden Währungsreserven ergängen und schließlich die Rolle des Goldes übernehmen.

Mit den SZR stand somit erstmals in der Währungsgeschichte ein Instrument zur Verfügung, mit dem bewußt und gezielt Währungsreserven aufgrund internationaler Vereinbarung geschaffen werden konnten. Ursprünglich waren die SZR in Gold bewertet, später auf einen Korb von fünf Währungen (US-Dollar, D-Mark, Pfund Sterling, Französischer Franc, Japanischer Yen) definiert. Allen IWF-Mitgliedern ist die Teilnahme am SZR-System gestattet. Der Zielsetzung folgend hat eine Zuteilung von SZR eine internationale Liquiditätsschöpfung zur Folge. Die Mitglieder können die SZR zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz verwenden. Dabei designiert der Fonds ein Mitgliedsland mit starker Zahlungsbilanzposition, das konvertible Währungen gegen SZR abgeben muß, die wiederum das bedürftige Land zur Stützung seiner Währung beziehungsweise zum Zahlungsbilanzausgleich verwenden kann. Die Ankaufsverpflichtungen unterliegen allerdings Obergrenzen, zudem erhebt der Fonds von jedem Teilnehmer Zinsen auf die ihm zugeteilten SZR und zahlt Zinsen auf den jeweiligen Bestand an SZR. Die Höhe der Zinsen orientiert sich an den kurzfristigen Zinsen in den am Währungskorb der SZR beteiligten Länder.

(aus: BfG, Wirtschaftsblätter, 8, 1984)

Auslandsverschuldung – historisch gesehen

Staatsbankrott im 19. Jahrhundert

Die brisante Frage der Auslandsverschuldung ist trotz ihrer Aktualität kein Problem, das nur unsere Gegenwart beschäftigt. Ein Blick zurück ins 19. Jahrhundert zeigt, daß Rückzahlungsschwierigkeiten und Zahlungsunfähigkeit auch vor 100 Jahren den Schuldnerländern „schwere Kopfschmerzen" bereiteten. Damals finanzierten die sich abhängig entwickelnden Länder ihre Investitionen durch hohe Auslandsschulden, die sie oftmals in eine Verschuldungskrise führten.

Ebenso wie heute mußten die Schuldner von damals mit repressiven Mitteln ihrer Gläubiger rechnen. Der folgende Artikel soll dazu Hintergrundmaterial liefern.

Auch wenn die Gläubigerländer nicht so geschlossen gegenüber ihren Schuldnern auftraten, so haben sie doch eines mit dem heutigen „Schuldeneintreiber" IWF gemeinsam: sich aktiv in die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der in Ungnade gefallenen Länder einzumischen.

Heute geschieht dies über die Politik der Konditionalität des IWF[1], im 19. Jahrhundert dagegen mit weniger subtilen Methoden, angefangen von Drohungen bis zur Anwendung militärischer Gewalt.

Der folgende Artikel soll zeigen, daß diese Problematik in einem weiteren Rahmen gesehen werden muß und sich nicht auf die Zeit nach 1945 oder gar nach der Erdölkrise 1973 beschränken läßt.

Weltwirtschaft und Kapitalmarkt im 19. Jahrhundert

Spricht man über Weltwirtschaft und Welthandel im 19. Jahrhundert, so muß man sich zunächst mit einer Nation beschäftigen, die einen Prozeß einleitete, der das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie[2] in einem noch nie dagewesenen Maße veränderte: ENGLAND

Bis in die 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts entsprach faktisch die Geschichte des britischen Außenhandels der Geschichte der Weltwirtschaft.
Zum besseren Verständnis eine kurze Beschreibung der Entwicklung von Weltwirtschaft und Welthandel.

Englische Dominanz

Die ökonomische Dominanz Englands in der Weltwirtschaft bildete den Hintergrund der britischen Vorrangstellung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

1850/60 übertraf die britische Industrieproduktion diejenige aller 14 nachfolgenden Nationen zusammengerechnet[3].

Infolge seiner Monopolstellung als industrielle und politische Macht stieß England in ein ökonomisches „Vakuum" vor[4].
Es füllte dieses Vakuum nach seinen ökonomischen Bedürfnissen zu einer „Komplementärwirtschaft" auf Weltebene aus:
England exportierte seine industriell gefertigten Güter und importierte billige Rohprodukte. Diese „Komplementärwirtschaft" war wohl nur in beschränktem Maße realisierbar, nicht nur weil England sein Industriemonopol schwerlich halten konnte, sondern auch aus dem wachsenden Interesse der britischen Industrie heraus, Kapital, technisches Personal und Maschinen in andere europäische Länder zu exportieren.[5]

Für die Länder der Peripherie hatte diese zuerst englische, dann europäische Expansion weitreichende Folgen:
Dort, wo in Peripherien volkreiche Agrargesellschaften von Europa abhingen, wurden diese im 19. Jahrhundert dahingehend in Abhängigkeit von den Industrieländern gebracht, Fabrikzeugnisse, Waren und Dienstleistungen von England (und später Europa) zu importieren und, wie schon erwähnt, gegen Rohstoffe einzutauschen.

Wo Jäger- und Sammlervölker Regionen bevölkerten die für eine von Europäern betriebene Landwirtschaft unbrauchbar waren, wurden diese dezimiert (z. V. Indianer in USA, Maori in Neuseeland)[6].

Die Konkurrenz zu England verstärkt sich

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts mußte sich England zusehends an eine ökonomische Weltmarktkonkurrenz gewöhnen, um dann von Ländern wie Frankreich, Deutschland und den USA z. B. überholt zu werden.

Dafür waren mehrere weltwirtschaftliche Veränderungen verantwortlich.

So zum einen die Revolutionierung des Transportwesens durch Eisenbahnen, Dampf- und Kühlschiffe. Sie band außereuropäische Ökonomien wesentlich enger an die europäischen Metropolen. Die kürzeren Transportzeiten und -kosten ermöglichten den Handel mit Produkten aus bisher nur schwer erreichbaren Gebieten, wie z. B. US-amerikanischer und russischer Weizen, argentinisches und australisches Fleisch, südasiatischer Tee und Kaffee aus Lateinamerika.

Zum anderen veränderte die fortschreitende industrielle Entwicklung europäischer Staaten die Weltwirtschaft. Beide Tendenzen verstärkten Umfang und Größe des internationalen Handelsverkehrs, trugen aber gleichzeitig zur Ablösung des englischen Industriemonopols durch eine Oligarchie einer Handvoll Industriemächte, wie Deutschland, Frankreich und die USA bei.
Der Boom im Welthandel kam jedoch abrupt zum Stocken. Die Überflutung der europäischen Märkte mit billigen landwirtschaftlichen Produkten aus Übersee führte in den 70er und 80er Jahren zu den großen Agrarkrisen und den breiten protektionistischen Maßnahmen im Welthandel[7].

Mehrere Länder kamen dabei in Zahlungsschwierigkeiten oder wurden zahlungsunfähig, wie z. B. einige US-Bundesstaaten bei englischen und deutschen Gäubigern.

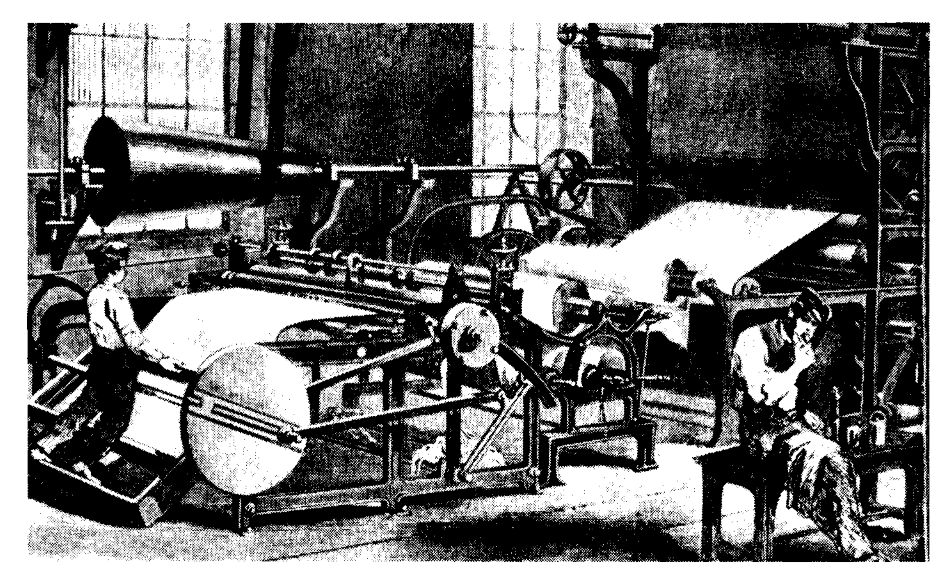
Kapitalexporte und Kapitalexporteure

Wird Kapital ins Ausland investiert, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden konnte, sondern weil es zu höherer Profitrate im Ausland angelegt werden kann[8].

Beim Kapitalexport unterscheidet man zwischen lang- und kurzfristigen Kapitalbewegungen, wobei die ersteren von größerer Bedeutung sind. Langfristige Kapitalbewegungen können als Portfolioinvestitionen oder Direktinvestitionen getätigt werden[9].

Unter Portfolioinvestitionen wird der Erwerb von ausländischer Wertpapiere verstanden. Im 19. Jahrhundert war dies die verbreitetste Anlage in Form von festverzinsten privaten und öffentlichen Schuldverschreibungen.

Der internationale Kapitalmarkt war im gesamten 19. Jahrhundert fest im englischen bzw. europäischen Griff.



Bis zum 1. Weltkrieg nahm England die erste Stelle als Kapitalexportland ein, mit weitem Abstand gefolgt von Frankreich und Deutschland.[10]

Die englischen Kredite flossen größtenteils in Eisenbahnprojekte, Telefonnetze, Gas- und Wasserwerke sowie Kanäle und Banken[11]. Zwischen 1865 und 1914 entfielen von diesen Auslandsinvestitionen 70 % allein in die besonders profitablen Infrastrukturbereiche[12]. Daneben versprachen diese gleichzeitig Aufträge für die inländische Industrie. Bis 1875 wuchsen die englischen Auslandsanlagen auf 6 Mrd. Dollar an. London wurde in den 70er Jahren zum größten Finanzzentrum der Welt[13]. Zwischen 1850 und 1870 begannen auch französische Banken in größerem Maße Kapital zu exportieren, Frankreich entwickelte sich vom Schuldner- zum Gläubigerland. Die Niederlage gegen Preußen und die damit verbundenen Reparationszahlungen warfen das Land bis 1890 wieder zurück.

In den 80er Jahren setzte auch ein größerer Kapitalexport aus Deutschland ein. Bis zum Beginn der 90er Jahre war es bereits Gläubigerland und entwickelte sich danach zum drittgrößten Kapitalexporteur der Welt.

Frankreich und Deutschlands Auslandsanleihen flossen im Gegensatz zu englischen vorwiegend in europäische Nachbarländer.

Einige Kapitalimporteure

Die von europäischen Emigranten gegründeten Siedlerkolonien stellten für das britische Kapital in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die lukrativsten Investitionsobjekte dar. Zwischen 1860 und 1870 nahm der Anteil britischer Anlagen in Europa im Vergleich zu denen in Übersee von 52 % auf 25 % ab.

Die Auslandsinvestitionen Englands in den Siedlerkolonien verliefen jedoch keineswegs risikolos. Die Pro-Kopf-Verschuldung dieser Länder läßt sich durchaus mit heutigen Verhältnissen in Ländern der Dritten Welt vergleichen. So betrug die Pro-Kopf-Verschuldung Kanadas 1914 500 Dollar, Neuseelands und Australiens jeweils 400 Dollar[14].

Alle Siedlerkolonien mußten — hoch verschuldet — mehrmals ihre Zinszahlungen einstellen. So waren z. B. die USA in den1830ern, 1814 und 1842 sowie 1845 zahlungsunfähig[15].

Ein besonders bevorzugtes Ziel für Kredite war der Bau von Eisenbahnen. Er verschlang Unmengen von Geld. Noch 1914 machten z. B. in den USA Eisenbahnobligationen mehr als die Hälfte aller US-Auslandsschulden aus![16]

Oft endete die „Eisenbahnmanie" wie z. B. das Projekt der kanadischen „Grand-Tunk-Railway" im Jahre 1857 im Bankrott[17].

In der Weltwirtschaftskrise 1857-59 wurden in den USA 14 Eisenbahngesellschaften insolvent, ca. 5000 Unternehmungen brachen zusammen, und infolge eines anschließenden Bankenkrachs konnte kein Bargeld mehr den Banken ausgezahlt werden."[18].

Die Geschichte der beiden nordamerikanischen Staaten wurde ständig von europäischem Kapital beeinflußt.

1789 liehen die USA ca. 60 Mio $ von Europa, in den 1830ern ca. 240 Mio $, um die Jahrhundertwende bereits ca. 1,6 Mrd $ und bis zum Ersten Weltkrieg ca. 6 Mrd $[19].

Französisches Geld unterstützte 1803 die Unabhängigkeitskriege der USA gegen England. 10 Jahre später, 1813, erwarben die USA das Louisianagebiet von Napoleon zum Preis von 11 Mio $. Das meiste Geld stammte von den Londoner, Amsterdamer und Pariser Kapitalmarkten[20].

Die hochverschuldeten Länder waren nicht nur den Folgen von Spekulationen sowie internationalen und nationalen Wirtschaftskrisen besonders hart ausgesetzt, sondern hatten — wie im Falle Neuseelands — ähnlich wie heute Probleme mit der Schuldenrückzahlung. Neuseelands wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichte ein massiver Kapitalimport in den Jahren 1840-86. Die Summe von 38 Mio aufgenommener Auslandskredite diente zur Finanzierung eines latenten Importüberschusses[21].

Zwischen 1886 und 1936 mußte Neuseeland trotz eines Exportüberschusses sich weiter verschulden, um die nötigen Mittel für Zinseszins und Schuldenrückzahlungen aufbringen zu können.

Staatsbankrott im 19. Jahrhundert

Im Gegensatz zu heute war der Ausdruck „Staatsbankrott" bis zum Zweiten Weltkrieg eine durchaus gängige Bezeichnung.

Im Handbuch der Sozialwissenschaften von 1926 heißt es dazu:[21]

„Staatsbankrott nennen wir denjenigen Zustand, in dem der Staat unter Mißachtung und mit Verletzung der Rechte seiner Gläubiger mit oder ohne ausdrückliche Erklärung seinen Verbindlichkeiten als Schuldner gar nicht oder unvollständig nachkommt."

Würde man diese Definition heute anwenden, wären die meisten Schuldnerländer als bankrott zu bezeichnen.

Eine solche Auslegung erfolgte damals mehr aus praktischen Gründen, um einen zahlungsunfähigen Staat rechtlich bei der Nichterfüllung seiner „Kapitalrückzahlungs- und Zinspflicht"[23] belangen zu können; verfügte man doch noch nicht über eine Institution wie den IWF.

Kolumbien wurde zwischen 1820 und 1916 13 mal für bankrott erklärt[25]:

1820	erste Anleihe
1821	Einstellung der Zinszahlung
1822	zweite Anleihe,
1824	dritte Anleihe
1826	Zinseinstellung für die zweite und dritte Anleihe
1834 1844	keine Zinszahlungen
1861	Vereinbarung mit den Gläubingern
1863	Neue Anleihe, Rückzahlungspflicht bis 1874, bis 1881 hinausgezogen unter Verpfändung von Salzbergwerkseinkünften und Hypotheken auf Eisenbahnen
1877	Einstellung der Zinszahlungen, welche 1879 nachgeholt wurden
1879	keine Zinszahlungen
1880	keine Zinszahlungen
1888	Vereinbarung mit Gläubigern
1889	Vereinbarung mit Gläubigern
1890	Abänderung der Vereinbarung
1896	Abermalige Abänderung
1900	Einstellung der Zinszahlungen

Eine Übersicht über die wichtigsten Staatsbankrotte in 19. Jahrhundert überrascht angesichts der heute als dramatisch empfundenen Verschuldungslage in der Dritten Welt[24]:

im Gebiet des Deutschen Reichs: in Preußen 1807, 1813; Westfalen 1812; Kurhessen 1814/15; Schleswig-Holstein 1850

in Österreich: 1802, 1805/6, 1811, 1816, 1868.

in Holland: 1814
in Spanien: 1820, 1831, 1834, 1851, 1867, 1872, 1882.
in Griechenland: 1826, 1893.
in Portugal: 1837, 1852, 1892.
in Rußland: 1839
in der Türkei: 1875, 1876, 1881
in Ägypten: 1876
außerhalb Europas:
in Nordamerika in 12 Unionsstaaten
in Südamerika in sämtlichen Staaten — und zwar durchweg mehrfach.

Die Schulden Ägyptens

1863	Regierungsantritt Ismail Paschas
1864	Staatsanleihe von 5,704200 Pfund Sterling, nach Abzug der jährlichen Zins- und Amortisationszahlungen von 12 % verblieben Ägypten (Ä.) nur noch 4864063 Pfund.
1865	Anleihe von 3 Mio Pfund sowie von 3387300 Pfund nach der Verpfändung der Einkünfte der ägyptischen Eisenbahnen. (real: 2140320 Pfund)
1867	Anleihe von 2 Mio Pfund
1868	Anleihe von 11 Mio, real 7 Mio Pfund
1869	Eröffnung des Suezkanals
1871	Höhe der kurzfristigen Schulden Ä.s 26 Mio Pfund, „Mukabalah-Anleihe": Für die Zahlung von sechs Jahresraten der Grundsteuern im Voraus verzichtete die Staatskasse dauernd auf die Hälfte der Grundsteuern, bis 1878 wurden 1567000 Pfund davon eingezahlt.
1873	Große Anleihe von 32 Mio Pfund. Das Bankhaus Oppenheimer kauft Anleihe des Khediven zum Kurs von 63 und verkauft sie zu zwischen 84,5 und 70. Insgesamt macht die Bank bis zu 20 % Profit, Ä. erhält nur 11 Mio Pfund.
1874	Anleihe von 3,3 Mio Pfund
1875	Kauf der Suez-Aktien Ä.s durch England im Wert von 4 Mio Pfund
1876	3. 4. Veröffentlichung des Cave-Reports in der Times 6. 4. Ä. stellt Zinszahlungen ein 2. und 7. 5. Ä.s Schuld wird auf 91 Mio Pfund festgelegt, Laufzeit 65 Jahre zum Zinssatz von 11 %, 2/3 der Staatseinkünfte werden von den Gläubigern verwaltet. 18. 11. Einsetzung der „Dual Control"
1877	Mißernte, Hungersnot
1878	Bildung einer Generaluntersuchungskommision zur erneuten Überprüfung der ägyptischen Finanzen unter dem Druck Frankreichs und Englands, Ernennung zweier Minister für Finanzen und öffentliche Arbeit aus England bzw. Frankreich, Unmut innerhalb der Bevölkerung wird immer spürbarer
1879	6. 4. Einberufung eines Kabinetts der ägyptischen Nationalpartie unter Scherif Pascha, Rücktritt der europäischen Minister 26. 6. Sturz des Khediven Ismail Pascha, Nachfolger wird Taufik Pascha
1880	Internationale Liquidationsgesetz, europäische Aufsicht der ägyptischen Verwaltung
1881	Zwei Erhebungen der Armee, Einsetzung einer erneuten Regierung der Nationalpartei
1882	2.1. Gemeinsame Note Englands und Frankreichs, Androhung einer Intervention 21. 1. Rücktritt der ägyptischen Regierung, Bildung eines „radikalen" Ministeriums unter Mahmed Samir Pascha 25. 5. Ultimatum Englands und Frankreichs an den Khediven, die Regierung zu entlassen 11. 6. Blutbad in Alexandria zwischen Europäern und Ägyptern 18. 6. Bombardement Alexandrias durch die englische Flotte, Invasion englischer Truppen Ägypten wird zur englischen Kolonie

nach: Hasenclever, Adolf, Die Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert 1798-1914, Halle 1917; Mommsen. Wolfgang, Imperialismus im Ägypten 1805-1956, München/Wien 1961

Schutzverbände in den Gläubigerländern

Mit der qualitativen und quantitativen Zunahme an Fällen von Zahlungsunfähigkeit von Staaten wuchs auch das Bedürfnis der kapitalexportierenden Nationen, die Kreditvergabe und die Abwicklung von Staatsbankrotten zu regeln.

Denn es hatte sich gezeigt, daß selbst Anlagen in lukrativen und scheinbar stabilen Ländern in einem plötzlichen Fiasko enden konnten.

Weil zwischen den rivalisierenden Mächten in Europa keine einheitlichen Abkommen über solche Regelungen vorstellbar war, bildeten sich Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts in den Gläubigerländern sogenannte „Schutzverbände"[26].

Als in den 1840er Jahren mehrere US-Bundesstaaten in Zahlungsverzug gerieten und britisches Kapital gefährdet wurde, gründeten Inhaber US-amerikanischer Staatspapiere kleine Comite's, die ihre Interessen in den USA vertreten sollten[27]. Damit war die Idee der „Treuhandgesellschaft" geboren. 1868 wurde in London die „Council of Foreign Bondholders", mit dem Ziel, „den Schutz der Interessen der Inhaber fremder Staatspapiere" zu garantieren[28], gegründet.

Die Aktivitäten des Verbands liefen zumeist indirekt ab. Bei spektakulären „Verschuldungsproblemen" bildete man auf Bitte der geschädigten Gläubiger Ausschüsse, die daraufhin mit den Schuldnern Verhandlungen aufnahmen, um eine Lösung zu finden. Nach zeitgenössischem Urteil muß diese Tätigkeit verhältnismäßig erfolgreich gewesen sein.[29]

Erfolgreich war der Council jedenfalls in einer anderen Hinsicht. So hielt er seine Mitglieder ständig auf dem Laufenden über öffentliche Angelegenheiten all jener Staaten, deren auswärtigen Anleihen für den britischen Kapitalmarkt von Bedeutung waren.

Bei der Verbandspolitik des Councils machte sich der dominierende Einfluß englischer Großindustrieller und Exporteure stark bemerkbar. Neben der eigentlichen „Schutzfunktion" bei Zahlungsproblemen anderer Länder behielt er gleichzeitig das Ziel im Auge, den Markt für ausländische Wertpapiere zu stützen und der englischen Industrie und dem Handel wirksamen Rückhalt zu geben. „Hilfsbedürftige Staaten" wurden dazu gezwungen, kräftige Bestellungen bei britischen Firmen anzunehmen: ein Druckmittel, das die Abhängigkeit vom Gläubigerstaat nur noch verstärkt.

In anderen Gläubigerstaaten folgte man, zeitlich unterschielich, dem englischen Beispiel.

Auch im Deutschen Reich ging die Initiative bei der Gründung der Deutschen Treuhandgesellschaft 1892 von Banken und Industrien aus, und zwar zum größten Teil von der Deutschen Bank: Mitglieder des ersten Aufsichtsrates waren Dr. Georg von Siemens, damaliger Leiter der Dt. Bank, Adolf von Rath, Vorsitzender des Aufsichtsrats derselben, ferner Otto Braunfels, Teilhaber der der Deutschen Bank nahestehenden Privatbank J. S. M. Stern[30].

Ein engeres Zusammengehen dieser Verbände soll im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts im Gespräch gewesen sein, was angesichts der imperialistischen Machtkämpfe eigentlich überrascht. Der 1. Weltkrieg hat dies jedoch verhindert. Bei der Zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907 erkannten die Beteiligten eine obligatorische Schiedssprechung bei Fällen von Staatsbankrott an.

Einem Gläubigerland gestand man jedoch die Gewaltanwendung für den Fall zu, daß der Schuldner ein Schiedsgerichtsverfahren ablehnte oder sich dessen Schiedsspruch nicht fügen wollte.

Bezeichnenderweise stieg etwa ab den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Bereitschaft der Gläubigerländer auch direkten militärischen und politischen Druck auf die zahlungsunfähigen Schuldnerländer auszuüben. Gerade in jener Zeit der Aufstiegsepoche des Imperialismus (1875-1914) befanden sich die führenden Mächte in scharfer Konkurrenz untereinander bei der Aufteilung der Welt.

In fast allen spektakulären Fällen von Staatsbankrotten arbeiteten sie jedoch Hand in Hand, sei es Falle Ägyptens, der Türkei und Griechenlands in den 80er und 90er Jahren oder auch im Falle Venezuelas 1902.

Ihre Politik besaß kein einheitliches Konzept, daß sie im Falle von sog. „Staatsbankrott" anwendeten, war aber meistens dahingehend orientiert, den eigenen politischen und ökonomischen Einfluß mittels Beschneidung der Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten auszuweiten.[31]

Der Fall Ägypten

Zwischen 1860 und 1882 befand sich das Land in einer katastrophalen Finanzsituation. Innerhalb von 13 Jahren stieg Ägyptens schwebende Schuld von 1863 ca. 3,3 Mio $ Sterling auf 1876/68, 1 Mio $[32].

Wie kam Ägypten zu einem solchen Schuldenberg?
Englische und französische Politiker und Bankiers schrieben ihn ausschließlich dem vom Sultan des osmanischen Reichs eingesetzten Khediven Ismail Pascha (1863-79) zu, den sie als „verschwendungssüchtig und despotisch" bezeichneten.

Dieser jedoch unterschied sich kaum von europäischen Herrschern absolutistischer Prägung. Seine Regentschaft orientierte sich an einer Nachahmung westlich-modernistischer Muster. Englische, französische und deutsche Banken wußten dies zu schätzen und nutzten die für ausländische Anleger überaus günstigen Bedingungen in Ägypten bis aufs letzte aus. Sie steckten ihr Kapital ohne Sicherheiten und mit harten Bedingungen in ägyptische Papiere.

Zwischen 1873 und 1875 flossen 46 Mio $ auf diese Weise in zahlreiche Projekte: Suezkanal, 112 Bewässerungskanäle, Eisenbahnen, Telegraphenleitungen, 456 Brücken, Häfen, Docks, Wasserleitungen, 15 Leuchttürme, 63 Zuckerfabriken.

Diese gewaltigen Investitionen wurden von mehreren Reformen begleitet, wie z. B. der Hebung der Volksbildung.

So stieg die Zahl der Elementarschulen in der Amtszeit Ismails von 185 auf 4685 an[34].

Auf wirtschaftlichem Gebiet versuchte der Khedive den Baumwollexport zu forcieren. Es brachte die größten Umwälzungen in den Wirtschaftsverhältnissen mit sich.

Als Folge des englischen Baumwollhungers und des amerikanischen Sezessionskrieges, der den Baumwollpreis auf das Vierfache heraufgetrieben hatte, wurde Ägypten vom Baumwollfieber gepackt.

Als sich das Land mit Krediten teure Maschinen zur Verarbeitung aus Europa zugelegt hatte und riesige Plantagen auf Kosten der Landbevölkerung angelegt worden waren, fielen die Preise nach dem amerikanischen Friedensschluß wieder[35]. Die Baumwollspekulation brach zusammen.

Den immensen Profit erzielten die europäischen Anleger durch Wucherzinsen und vor allem durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der ägyptischen Fellachen. Deren Fronarbeit war die Grundlage für das technische Wunder, welches sich die Europäer rühmten: Suezkanal, Staudämme und Eisenbahnen.

Die Profite aus der Kanalgesellschaft sah Ägypten nie. Als 1876 ein vertrauliches Papier in der Times veröffentlicht wurde, das die Finanzlage Ägyptens für besorgniserregend hielt, fielen die Kurse ägyptischer Papiere beträchtlich.

Ägypten war somit gezwungen eine internationale Finanzkontrolle zu akzeptieren.

Im November 1876, einem vorläufigen Höhepunkt der ägyptischen Schuldenmisere, setzen die Gläubigerstaaten eine „Dual Control“ durch 1 englischen und 1 französischen Finanzkontrolleur ein.

Diese waren selbstverständlich nur an einer pünktlichen Abwicklung der Zinszahlungen interessiert und legten bei ihrer Politik genauso wenig Wert auf die Lebensinteressen der betroffenen Bevölkerung wie dies heute bei der „Austerity-politik“ des IWF der Fall ist.

Für das ägyptische Volk begann unter der Finanzherrschaft der Kontrolleure eine schlimme Zeit, selbst englischen Quellen belegen, daß dieses Regiment so herrschte wie keiner der „entartesten Despoten“ der ägyptischen Geschichte jemals zuvor.[36]

Die auf Druck der Gläubiger 1880 eingesetzte „internationale Linuidationskommission“ überprüfte die Finanzlage Ägyptens nach etwaigen Hilfsquellen. Sie verfügte die Überweisung der ägyptischen Staatsdomänen, die Reinerträge der Staatseisenbahnen, Telegraphen und des Hafens von Alexandrien sowie Zölle und Abgaben auf die Tabakimporte[37].

Als diese Politik der Einmischung und Drohungen keine Früchte abwarf und zudem durch eine nationalistische, antieuropäische Bewegung in Ägypten in Gefahr geriet, intervenierte schließlich England 1882 militärisch. Liest man die Stellungnahmen der internationalen Liquisationskommission, so müßte man glauben, jene wäre ein Akt der Wohltat gewesen:[38]

„Diese Grundsätze entsprechen keineswegs dem System wucherischer Aneignung oder egoistischer Aussaugung, sondern verfolgen vielmehr den Zweck, an den Ufern des Nils nicht ein ausschließliches Übergewicht, sondern nur eine Ordnung der Dinge herzustellen, welche es ermöglichen werde, aus den materiellen Huelfquellen des Landes den Ertrag zu erzielen, welchen sie zulassen (...) In der Wohlfahrt Ägyptens erblicken wir die einzigen Garantien für die Interessen unserer Staatsangehörigen.“

Diese Zeilen wurden 1880 verfaßt. Zwei Jahre später folgte die militärische Intervention. Ägypten wurde zur britischen Kolonie ...

Rückschluß auf heute?

Die Schuldeneintreiberei der Gläubigerstaaten vor 100 Jahren verlief angesichts fehlender Institutionen innerhalb der Weltwirtschaft im Vergleich zu heute unkontrollierter und unreglementierter.

Umfang, Größe und Verflechtung der Weltwirtschaft waren zudem wesentlich geringer. Der „Bankrott“ eines Schuldnerlandes besaß deswegen auch nicht die Brisanz, die die heutige Schuldenkrise auszeichnet.

Was der historische Rückblick jedoch zeigt, ist die politische Dimension der Schuldenfrage.

Die Kreditvergabepraxis der reichen Gläubigerstaaten damals wie heute bringt die Schuldnerländer in eine Abhängigkeit, derer sie in Krisenzeiten sich nur schwerlich erwehren können. Wer in die Schuldenfalle gerät, bleibt dem Würgegriff seiner Geldgeber unwillkürlich überlassen. Trotz aller Unterschiede in den Rahmenbedingungen gilt dies für die kolonialistischen Gläubiger ebenso wie den neokolonialistischen heute.

Anmerkungen

1 „Konditionalität“ bezeichnet eine Politik, welche der IWF von einem Mitglied verlangt, damit es allgemeine Mittel des Fonds beanspruchen kann. Praktisch zwingt der IWF Schuldnerländer dadurch zur Durchführung sog. Sanierungsprogramme auf Kosten der betroffenen Bevölkerung.
2 „Peripherie: einen Überblick über die Zentrum-Peripherie-Modelle in Nohlen/Nuscheler: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg, 1982, S. 14, 18, 40ff, 92 ...
3 Hobsbawn, Eric, Industrie und Empire, (I.), Frankf. 1969, S. 136f
4 ebda S. 138
5 ebda
6 Nolte, Hans-Heinrich, Die eine Welt, Hannover 1982, S. 81
7 ebenda, S. 43; Hobsbawn, Eric, Die Krise des Kapitalismus in historischer Perspektive, in: Kirsen in der kapitalistischen Weltökonomie, Folker Fröbel u. a. (Hrsg.), Hamburg 1981, S. 40
8 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: MEW 25, Berlin 1964, S. 266
9 „Internationale Kapitalbewegungen“, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 4, S. 391
10 die Höhe der Kapitalexporte hing von der industriellen Entwicklung des jeweiligen Landes ab, vgl. Radandt, Hans, Zum Kapitalexport der imperialistischen Hauptländer bis 1945, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1971) Teil IV., Berlin, DDR, S. 50 u. 52
11 Lewis, Arthur Growth and Fluctuations 1870-1930, London 1978 S. 178
12 Nehls, Nadja, Kapitalexport und Kapitalimport, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, 1981, S. 679
13 Hardach, Gerd, Der 1. Weltkrieg, Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2, S. 14
14 Mac Mullen, Neil, Historical Perspectives on Developing Country Debt, in: Lawrence, C., u. a., Developing Country Debt, Pergamon Press 1979, S. 4
15 ebda
16 ebda
17 Marr, William, Pareson, Donald G., Canada. An Economic History 1980, S. 277f
18 „Wirtschaftskrisen“, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, 1982, S. 135
19 Woodruff, William, Impact of Western Man, A Study of Europés Role in the World Economy 1750-1960, New York 1967, S. 118
20 ebda
21 Rosenberg, W. Capital Imports and Growth, The Case of New Zealand, Foreign Investment in New Zealand 1840-1958, in: The Economic Journal, März 1961, S. 93
22 Lotz, W., Staatsschulden, in: Handbuch der Sozialwissenschaft, 4. Aufl. 1926, S. 819
23 Manes, Alfred, Staatsbankrotte, Berlin 1918, S. 4-16 u. Lotz, S. 811-830
24 Manes, S. 52f
25 Manes, S. 27f
26 in Engl.: Council of Foreign Bondholders, in Frankr.: Association nationale des porteurs des valeurs etrangers 1898, in Deutschl.: Deutsche Treuhandgesellschaft
27 Nachod, Walter, Treuhänder und Treuhandsgesellschaften, in: Zeitschrift für Staatswissenschaft, Tübingen 1908, S. 78
28 ebenda S. 79
29 ebenda S. 81
30 ebenda S. 83
31 vgl. Foreman-Peck, James, A History of the World Economy, International Economic Relations since 1850, Harvard 1983, S. 34
32 Hasenclever, Adolf, Die Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert, 1798-1914, Halle 1917, S. 154
33 ebda S. 173
34 ebda S. 182
35 GEB Materialien f. Unterricht und Bildungsarbeit, Nr. 11, Imperialismus, S. 19/20, Rosa Luxemburg, Die int. Anleihe (1913)
36 Hasenclever, S. 186
37 vgl. Collas, Constantin, Der Staatsbankrott und seine Abwicklung, Stuttg. 1904, S. 53; Sartorius, A., Freiherr von, Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Ausland, Berlin 1907, S. 285ff
38 Schultheß Europäischer Geschichtskalender, Schulthess, H. (Hrsg.), 21, (1880), Nördlingen 1881, S. 508f

Wolf-Mathias Gall

Verfall der Rohstoffpreise

Die Situation der Länder der Peripherie in der jetzigen Schuldenkrise hat einige Parallelen zu der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre: Fallende Agrarpreise, erdrückende Schuldenlasten und Schutzzölle der Industriestaaten.

Während im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die internationale Verflechtung des Weltmarktes noch große Lücken aufwies, wurden diese im Laufe des beginnenden 20. Jahrhunderts durch die zunehmend engere Einbindung der Agrarländer der Peripherie aufgefüllt.

Bereits vor dem 1. Weltkrieg waren diese weitgehend in den Weltmarkt einbezogen. Der Krieg schuf zwar eine teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, gleichzeitig aber verbesserten sich für die Rohstoffexporteure die wirtschaftlichen Bedingungen infolge z. T. verdoppelter Agrarpreise (Rothermund; S. 14).

Die verbesserte wirtschaftliche Situation dieser Länder bot nach dem Krieg für Kapitalanleger lukrative Investitionsmöglichkeiten.

Dementsprechend stark stieg auch die US-Investitionen und Auslandskredite in diese Regionen an.

Der wirtschaftliche Boom, der dem weltweiten Aufschwung nach 1925/26 folgte und den kapitalimportierenden Ländern eine Flut von „billigen Dollars" brachte, war bereits nach 1928 für viele Schuldnerländer zu Ende.

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise wird häufig mit dem Bankenkrach an jenem „Schwarzen Freitag" 1929 angesetzt. Für die Länder, die Rohstoffe exportierten, galt dies nicht. Ihre wirtschaftliche Lage war zu jenem Zeitpunkt bereits katastrophal, bedingt durch den Verfall der Exportpreise und einer Schuldeneskalation (Asche/Ramaho, S. 14). Seit Juni 1928 war die Kreditgewährung an Deutschland, andere europäische Länder, an Asien, Ozeanien und, etwas verzögert, an Lateinamerika förmlich zusammengebrochen (Kindleberger, S. 72).

Zusätzlich erschwerend war für die betreffenden Länder, daß die Preise für ihre Exportprodukte fielen und die Vorräte anstiegen

Ähnlich wie heute standen die Schuldnerstaaten vor dem Problem, mit sinkenden Einnahmen und sich ständig verschlechternden Absatzmöglichkeiten infolge verstärkter Schutzzollbestimmungen der Industriestaaten dem wachsenden Berg an Schuldenverpflichtungen beizukommen. Der Bankenkrach 1929 und die darauffolgende Depression beschleunigten nur noch den Weg in die Katastrophe.

Allein zwischen September 1929 und Dezember 1930 fielen die Preise von Kaffee, Baumwolle, Kautschuk und Weizen um mehr als 50 %! (Kindleberger S. 149).

Der Verfall der Rohstoffpreise setzte sich weiter fort, weil die Exporteure ohne die notwendigen Kredite dazu gezwungen waren, all ihre Produkte auf den übersättigten Markt zu werfen und somit den Preisverfall in Gang zu halten.

In kurzer Zeit verloren die betroffenen Länder den größten Teil ihrer ohnehin geringen finanziellen Reserven. Hatten sie 1928 noch insgesamt Gold- und Devisenguthaben von 2,5 Mrd Dollar, so waren es 1931 rund 1 Mrd weniger. Nutznießer dieses Transfers waren die Gläubigerstaaten. Auch heute haben die Kapitalströme ihre Richtung geändert. Laut Weltbank fließen seit 1982 mehr Gelder aus den Ländern der III. Welt in die Industriestaaten als umgekehrt. Allein 1983 gingen 21 Mio Dollar mehr in die Kassen der Gläubiger (FR, 1. 3. 84).

Vergleichbar sind auch die Folgen für die Wirtschaftspolitik der in Bedrängnis geratenen Schuldnerländer. So sind bzw. waren sie beide Male gezwungen, ihre eigene Währung abzuwerten, die Exporte zu erhöhen, wodurch für die Industriestaaten Rohstoffe und Halbfertigprodukte billiger werden.



Auf dem Höhepunkt der Krise: Vom frühen Morgen an stehen die Berliner vor den Banken Schlange

Literatur: Kindleberger, Charles: Die Weltwirtschaftskrise, München, 1973; Rothermund, Dietmar, (Hrsg.), Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise, Paderborn 1982; Asche Helmut/Ramalho Luiz, Die Schwellenländer in der Weltwirtschaftskrise, Peripherie, 15/16, Juli 1984, S. 10-41

Wolf-Mathias Gall

Die Magier des Marktes

Warum die Reaganiten den IMF stützten und die Weltbank schwächten

Am 17./18. November 1983 fanden im US-Senat nach monatelangen Kontroversen in den Medien die Debatte und Abstimmung über die von der Reagan-Administration vorgeschlagene Quotenerhöhung beim IMF[1] statt. Die Gesamtsumme dieses IMF-Pakets erreichte immerhin 8,4 Mrd. US-$. In dieser zweitägigen Senatsdebatte sorgte ein Brief von Milton Friedman, dem Hohenpriester des Monetarismus und intellektuellen Ziehvater der Reaganomics, für beträchtliches Aufsehen. Friedman lehnte die Quotenerhöhung entschieden ab, weil sie nach seiner Auffassung u. a. den kreditpolitischen Operationsspielraum einer nicht-privaten und mit dem Privatkapital konkurrierenden Institution erhöhe und außerdem Ländern mit öffentlichen Mitteln unter die Arme greife, in denen planungssüchtige Regierungen eine unsolide, marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien widersprechende und kapitalismusfeindliche Wirtschaftspolitik betrieben hätte. Friedmans Kritik bekam politisches Gewicht und irritierte manchen Republikaner im Kongreß, weil sie nur Argumente aufgriff und intellektuell verpackte, die jahrelang aus den Leitungsetagen der Administration und des big business zu hören gewesen waren.

Die beiden Häuser des Kongresses gaben dennoch, freilich mit einer hohen Zahl von Gegenstimmen, dem Gesinnungswandel der Reaganiten den legislativen Segen. Dieser Gesinnungswandel hatte sich eingestellt, nachdem 1982/83 drei der größten Schuldnerländer amerikanischer Großbanken (Mexiko, Brasilien, Argentinien) in akute Zahlungsschwierigkeiten geraten waren und das amerikanische Bankensystem, das personell und ideologisch engstens mit der Reagan-Administration verbunden ist, an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hatten. Es ging bei der Quotenerhöhung beim IMF also in erster Linie um eine Rettungsaktion für amerikanische Großbanken und nicht so sehr um eine Hilfeleistung für Schuldnerländer.

Schloß dieser Gesinnungswandel auch die Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken (Inter-amerikanische Entwicklungsbank, Afrikanische Entwicklungsbank etc.) ein, die gerade für die ärmsten Länder einen letzten Rettungsanker in der Verschuldungskrise bildeten? Kurz vor Amtsantritt der Reagan-Administration hatte der Brandt-Bericht die massive Aufstockung dieser multilateralen Kreditfonds gefordert, um die Katastrophe von Ländern abzuwenden, die nicht so leichten Zugang zu privaten und sehr teuren Kreditquellen haben. Der Brandt-Bericht war auch noch ganz und gar in der „multilateralen Mystik" befangen, die sich der Illusion hingab, daß in den multilateralen Kreditorganisationen die Versuche von Kreditgebern zur politischen und ökonomischen Einflußnahme auf die Kreditnehmer abgefiltert werden könnten. Das Prinzip der Multilateralität erwies sich jedoch nicht als Heilmittel gegen eine bilaterale Pressionspolitik im multilateralen Gewande.

Einen Monat nach der Verabschiedung des IMF-Pakets demonstrierte die Reagan-Administration bei den internationalen Verhandlungen über die Mittelausstattung von IDA-7[2] (also des zinsbegünstigten „weichen Fensters" der Weltbank), daß sie noch keineswegs von der „multilateralen Mystik" infiziert war. Sie war nicht bereit, über eine Obergrenze von 9 Mrd. US-$ hinauszugehen, obwohl die Weltbank einen Mindestbedarf von 16 Mrd. US-$ angemeldet hatte und andere westliche Industrieländer deutlich höhere Leistungen angeboten hatten. 9 Mrd. Dollar, verteilt auf fünf Jahre, reichen nicht einmal aus, die schon vereinbarten Kreditzusagen zu finanzieren; und sie lassen natürlich keine neuen Hilfsaktionen für die ärmsten Länder zu, die von der Weltwirtschaftskrise am schwersten gestroffen wurden. War dies ein ungewollter Nebeneffekt oder zielbewußte Politik?



Innerhalb der Administration hatten sich die ordnungspolitischen Hüter der Reaganomics im Finanzministerium gegen die Außenpolitiker im State Department, die nachteilige politische Reaktionen in der Dritten Welt befürchteten, durchgesetzt. Der Präsident entschied sich persönlich für die harte Linie der Finanzpolitiker, die der Unterstaatssekretär im Finanzministerium, Beryl Sprinkel, in missionsarischer Pose nach außen vertrat. Warum war der harte Kern der Reaganiten zwar bereit, das Verdammungsurteil von Milton Friedman hinzunehmen und die IMF-Quote zu erhöhen, aber so wild entschlossen, die Weltbank kurz zu halten, obwohl selbst die Regierung Thatcher, der ideologische Bundesgenosse jenseits des Atlantiks, zusammen mit dem sozialistischen Frankreich (aber ohne die Bundesrepublik nach der „Bonner Wende"!), mit der Einrichtung eines Sonderfonds ohne US-Beteiligung drohte?

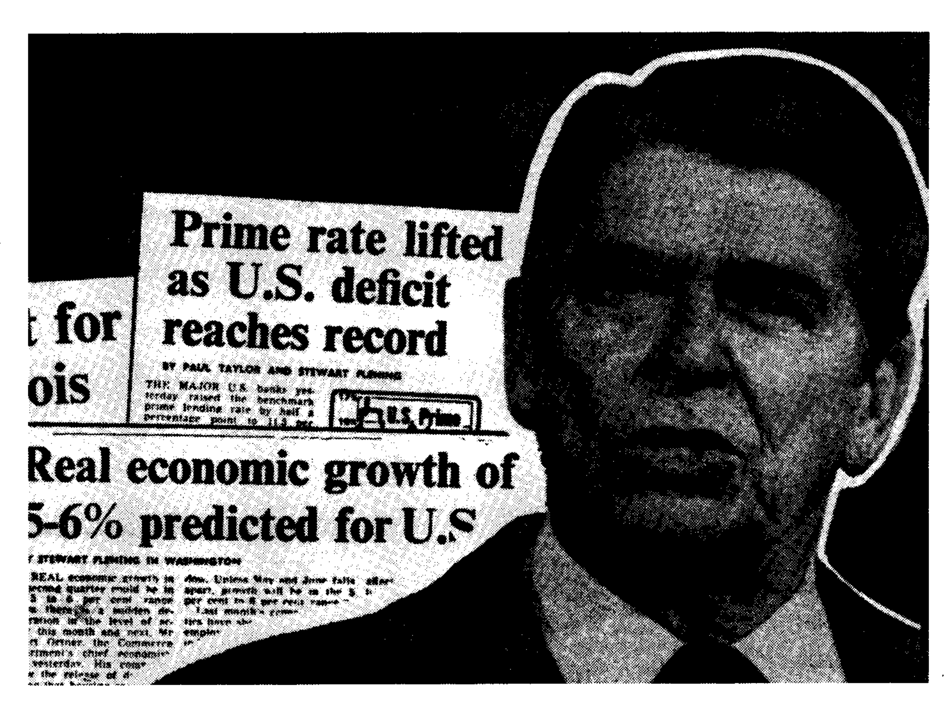
Die Reaganiten hatten eine militante Aversion gegen die multilateralen Entwicklungsbanken mit ins Amt gebracht. Ihr Glaube an die *„Magie des Marktes"* (Reagan) begründete eine manische Abneigung gegen jede Form von marktabweichenden und nicht vom Privatkapital organisierten und kontrollierten Transaktionen; ihre innerstaatliche Allergie gegen jede Form von Wohlfahrtspolitik nahm die internationale Ebene nicht aus: Deshalb waren ihnen die „weichen Fenster" der internationalen Entwicklungsbanken als marktstörende Wohlfahrtseinrichtungen ein ideologischer Dorn im Auge.

Dieser ideologische Vorbehalt verband sich mit ihrem handfesten Vorwurf, daß diese zinsbegünstigten Kreditschalter den Privatbanken das Geschäft verderben würden. Sie setzten ihr Stimmengewicht und ihr Drohpotential ein, wiederum sekundiert von treuen Bundesgenossen in Westeuropa, um die Absichten der Weltbank zu torpedieren, zur Sicherung der Energieversorgung in der Dritten Welt und zur Erschließung von eigenen Energieressourcen in den von den Ölpreissprüngen hart getroffenen Ölimportländern einen speziellen „Energieschalter" einzurichten. Auch in diesem Fall war ihre Opposition von der Sorge geleitet, daß Kredite der Weltbank amerikanische Ölfirmen aus dem Geschäft drängen und den Aufbau staatlicher Energieunternehmen in der Dritten Welt befördern könnten.

Ein weiteres Argument stammt aus dem Arsenal ihres bornierten Antikommunismus, der kaum zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie zu unterscheiden weiß. Sie warfen der Weltbank auch nach dem Führungswechsel von Robert McNamara zu einem regierungsnahen und monetaristisch gesinnten Repräsentanten der US-Großbanken (A. W. Clausen) vor, den Sozialismus in der Dritten Welt zu befördern. Sie begründeten diesen Vorwurf mit der Kreditvergabe an Länder, die sie für sozialistisch halten, oder noch einfacher mit dem Hinweis, daß die Weltbank mit Regierungen verhandle und Kreditbeziehungen unterhalte. In ihrer *„Magie des Marktes"* haben aber Regierungen keinen Platz als Wirtschaftssubjekte. Ihnen paßte also die ganze Richtung der Weltbank und anderer Entwicklungsbanken nicht. Und deshalb kündigten sie bald nach Amtsantritt massive Kürzungen der multilateralen Leistungen an, vor allem der Beiträge an die „weichen Fenster", die sie am wenigsten mit ihrer ordnungspolitischen Prinzipienlehre vereinbaren konnten.

Umso überraschender waren die Schlußfolgerungen eines unter Federführung des Finanzministeriums erarbeiteten Evaluierungsberichtes über die multilateralen Entwicklungsbanken. Dieser Bericht (mit dem Titel: „United States Participation in the Multilateral Development Banks in the 1980s") ging als *„Sprinkel-Report"* in das entwicklungspolitische Vokabular ein. Er widerlegte viele der eigenen Vorwürfe und Vorurteile und bescheinigte den Entwicklungsbanken, in vielfältiger Weise den politischen und ökonomischen Interessen der USA zu dienen:

- *ihren ökonomischen Interessen durch die Integration der Entwicklungsländer in den (von den USA dominierten) Weltmarkt; durch direkte und indirekte Förderung amerikanischer Exporte und Privatinvestitionen; durch einen hohen Auftragsanteil bei der Projektvergabe, der die eigenen Beitragszahlungen erheblich übersteigt (und bei den Kosten-Eigennutzen-Bewertungen im Kongreß eine große Rolle spielt);*
- *ihren außenpolitisch-strategischen Interessen im globalen Ost-West-Konflikt durch die wirtschaftliche Stabilisierung der Dritten Welt und die — von den USA in den multilateralen Entscheidungsgremien betriebene — Bestrafung von „Feinden der freien Welt";*
- *ihrer ordnungspolitischen Mission, die Welt nach dem eigenen Bilde zu formen und Abweichler vom kapitalistischen Weg der Tugend durch den unsanften Druck von ordnungspolitischen Auflagen und Eingriffen, also durch die sogenannte „Konditionalität" bei Kreditzusagen, auf den „richtigen Weg" zurückzubringen (oder auf dem „falschen Weg" verhungern zu lassen). Der „Sprinkel-Report" formulierte unumwunden, was die Reagan-Administration von den Kreditnehmern erwartete: „... Festhalten an freien und offenen Märkten, Vorrangstellung des Privatsektors als Wachstumsvehikel, minimale Staatsintervention, Hilfe für die Bedürftigen, die sich selbst helfen wollen".*



Der Bericht machte also gar keinen Hehl daraus, wie die US-Regierung die internationalen Entwicklungsbanken verstehen und nutzen will: als Instrumente ihrer eigenen Politik. *Rainer Tetzlaff* setzte noch ein Fragezeichen hinter den Titel seiner Weltbank-Studie: *„Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer?"*. Beryl Sprinkel und sein Chef, Finanzminister Regan, hielten auch nicht mit dem zynischen Argument hinterm Berg, daß das multilaterale Gewand bestens dazu geeignet sei, politische Empfindlichkeiten und Abwehrreaktionen von Kreditnehmern gegen ordnungspolitische Einflußnahmen von außen zu umgehen und dennoch die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Daß die Reagan-Administratoren nicht nur mit Worten drohten, sondern ihren Einfluß auf die Entwicklungsbanken als ordnungspolitisches Druckmittel und ideologisches Kampfmittel auch einsetzten, zeigt ihr Abstimmungsverhalten bei

Kreditentscheidungen. Sie opponierten in den Jahren 1981-83 in 25 Fällen: sechsmal wegen „ungeeigneter makro-ökonomischer Politik" (wobei der Bannstrahl viermal Nicaragua traf) und achtmal wegen der „potentiellen Verdrängung von ausländischem Privatkapital" (nach einem Hearing-Statement von Finanzminister Regan vor einem Unterausschuß des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus, dem berühmt-berüchtigten „Long-Ausschuß"). Zur Ehre des amerikanischen Kongresses muß hinzugefügt werden, daß ein anderer Unterausschuß des Repräsentantenhauses diese „ideologische Politik" der Regierung und diese unverhüllte Instrumentalisierung der Entwicklungsbanken für die eigenen ideologischen Ziele heftig kritisierte und sogar unter den Imperialismusverdacht stellte.

Der *„Sprinkel-Report"* hat einige der Vorurteile gegen die Weltbank korrigiert, aber keineswegs die Aversion der Reaganiten gegen die „weichen Fenster" beseitigt, weil sie nach ihrem Verständnis den üblen Geruch internationaler Wohlfahrtspolitik an sich haben. In ihrem neuen „Number One"-Selbstbewußsein kümmerten sie sich auch wenig um die Weltmeinung und noch weniger um kritische Stimmen aus der Dritten Welt. Diese Haltung zeigte auch ihre Obstruktionspolitik gegen die IDA-Aufstockung. Vorher hatten sie schon die Beiträge an die regionalen Entwicklungsfonds um 19,1 % gekürzt, obwohl sie natürlich wußten, daß diese Kürzungen gerade die ärmsten Länder hart treffen, die in ihrer verzweifelten Lage dringend weiche Kredite mit langen Laufzeiten brauchen und teure Privatkredite nicht mehr bezahlen können (wenn sie überhaupt noch kreditfähig sind).



Es ist offensichtlich, daß die Reaganiten in ihrem Glauben an die marktwirtschaftliche Heilslehre der Reaganomics gelegentlich die Konsequenzen ihrer Absichten und ihres Tuns nicht übersehen. Sie wollten durch härtere Reifeprüfungen („maturation") und strengere Maßstäbe der „Graduierung" mehr Länder von den „weichen Fenstern" fernhalten und an die rauhe Luft des Kapitalmarktes gewöhnen. Diese finanzpolitische Roßkur hätte sogar den — wohl kaum ganz unbeabsichtigten — Nebeneffekt, daß die Privatbanken weniger billige Konkurrenz zu fürchten hätten. Der Kreis der *„Magie des Marktes"* schließt sich. Die Opfer dieser Magie sind aber nicht nur die Schuldnerländer, die sich keine teuren Bankkredite mehr leisten können, sondern auch die Exportländer, deren Waren die zahlungsunfähigen Schuldnerländer mangels Devisen nicht mehr importieren werden.

Hinter all den Planungen und Operationen der Reaganiten verbirgt sich das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzept der Reaganomics, das zwar in sich höchst widersprüchlich ist, aber einen harten ideologischen Kern hat. Sie übertrugen ihre Glaubenssätze auch auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und auf die Entwicklungspolitik gegenüber und in der Dritten Welt. Sie hielten nichts mehr von der Grundbedürfnisstrategie, der sie alle Sünden staatlicher Wohlfahrtspolitik anlasteten. Eine solche Abkehr von der Entwicklungsprogrammatik der 70er Jahre wird nur durch einige rhetorische Bekenntnisformeln verschleiert, die ihnen das in den Auslandshilfegesetzen verankerte „Kongreß-Mandat" abverlangt. Dieser gesetzliche Auftrag verlangt eine gezielte Sozialpolitik zugunsten der ärmsten Gruppen in der Dritten Welt.

Die Reaganiten setzten einer solchen „Armenpolitik" zwei Schlagworte entgegen: *„Magie des Marktes"* und *„freies Unternehmertum"* (bzw. „free enterprise development"). „Free enterprise" richtet sich gegen jede Form der staatlichen Wirtschaftslenkung, gegen Markt- und Preiskontrollen, gegen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit des in- und ausländischen Privatkapitals, kurzum: selbst gegen eine sozialdemokratische oder auch staatskapitalistische Interventionspolitik. Sie reden wieder von Druchsicherreffekten des Wachstums („trickle down"), obwohl schon ein flüchtiger Blick über die eigene Südgrenze diesen alten Selbstbetrug der Wachstumstheoretiker bloßstellen müßte. Auf eine Kurzformel gebracht: für sie ist „Gewinn nichts weiter als ein anderes Wort für Entwicklung" (so ein Ideologielieferant aus dem „American Enterprise Institute"). Es geht ihnen nicht nur um einige operative Korrekturen, sondern um eine neue Richtung: roll back-Politik nach dem Motto: zwingt Sozialismus raus, zwingt Kapitalismus rein. Diesem Ziel haben auch die multilateralen Entwicklungsbanken zu dienen, die eigentlich einen anderen Gründungszweck haben.

Bei dieser ordnungspolitischen roll back-Offensive dachten die Reaganiten vor allem dem IMF eine strategische Rolle zu. Als sie dem Kongreß — entgegen früheren Überlegungen, die sich mit der eingangs erwähnten Rollenzuweisung von Milton Friedman deckten — die Quotenerhöhung vorschlugen, führten sie ein mehrfaches Selbstinteresse der USA ins Feld:

— *Präventive gegen einen Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems mit katastrophalen Folgen für die führende Finanz- und Handelsmacht USA;*
— *Absicherung der Großkredite amerikanischer Banken, deren Verlust kaum dem Schrecken des „schwarzen Freitags" zu Beginn der Großen Depression nachgestanden hätte;*
— *Stärkung einer Institution, die bisher am wirkungsvollsten und ohne Rücksicht auf soziale Kosten für die Sanierung kollabierender Dritte Welt-Ökonomien gesorgt und mittels eines rigorosen Auflagenpakets als ordnungspolitischer Zuchtmeister eine gehörige Dosis von „free enterprise" verordnet hat.*

Natürlich hatte die US-Regierung ein unmittelbares Interesse an internationalen Rettungsaktionen zugunsten der amerikanischen Großbanken. Aber es war vor allem der letzte Punkt, den auch die Redner in den Kongreßdebatten als einen besonderen Vorzug des IMF hervorhoben. Als internationaler Bonitätsprüfer allein, wie ihn Milton Friedman und ursprünglich auch Beryl Sprinkel sehen wollten, hätte er nicht in seine heutige Rolle als Krisenfeuerwehr, Organisator von großen Rettungsaktionen unter Beteiligung von Regierungen, Staats- und Privatbanken und als fast weltweit tätiger Wirtschaftsprüfer und wirtschaftspolitischer Sittenwächter hineinwachsen können. In der zu Beginn der 80er Jahre über die ganze Welt, aber besonders über die Dritte Welt hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise wurde der IMF zu einer Art Welt-Zentralbank, die zwar nicht mit staatlichen Gewaltmitteln, aber mit einer wirtschafts- und kreditpolitischen Zuchtrute eine Ordnung aufrecht zu erhalten sucht, hinter der sich die Ordnungsvorstellungen der kapitalkräftigsten Mitgliedsländer verbergen.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß diese ideologiebesessene und von nationalen Eigeninteressen diktierte Politik insofern das Verschuldungsproblem verschärft, als sie den Zugang zu zinsgünstigen und langfristigen Krediten zu verengen und die verfügbare Kreditmasse durch Kürzungen der Beitragszahlungen (die wiederum proportionale Kürzungen der anderen Einzahler zur Folge haben) zu verkleinern versucht. Indem sie auf diese Weise arme und hochverschuldete Ökonomien auf den privaten Kapitalmarkt zurückwirft, läßt sie diesen keine Atempause zur Regenerierung, treibt sie also noch tierfer in die Misere. Für sie kann die *„Magie des Marktes"* keine Heilung, sondern nur Unheil bringen.

Franz Nuscheler

Anmerkungen:

1 IMF = International Monetary Fund dt. Abkürzung: IWF

2 IDA-7: bedeutet die siebente Wiederauffüllung der IDA-Mittel seit ihrer Gründung im Jahre 1960

Lösungsansätze

Die Dritte Welt im Schuldturm II.

Vielfältige Interessen — und viele Verantwortliche

Die in den letzten Jahren drastisch deutlich gewordene Unfähigkeit der Entwicklungsländer, ihren rasch angewachsenen Schuldenberg bei Banken und Finanzinstitutionen termingerecht abzutragen, hat die Interessenkonflikte zwischen Gläubigern und Schuldnern offensichtlich gemacht. Bis dahin schienen die Interessen der Verantwortlichen in Industrie- und Entwicklungsländern deckungsgleich: Die ersteren hofften auf vermehrten Warenexport in die Dritte Welt (und Zinsgewinne), die letzteren versuchten, mit den Krediten die Entwicklung ihrer Länder zu finanzieren und/oder den Reichtum der Oberschicht zu vergrößern.
Der Artikel beleuchtet die verschiedenartigen Interessen der Gläubiger und Schuldner in der gegenwärtigen Situation im Hinblick auf verschiedene „Alternativen" und Lösungsvorschläge. Er geht auf vier „Krisenrezepte" ein und macht ihre Grenzen deutlich, die z. B. in den Machtverhältnissen auf dem Weltmarkt oder den Interessensunterschieden zwischen den Entwicklungsländern bestehen.

Endgültige Schuldentilgung erfordert globalen Strukturwandel

Erschwert wird die Schuldenproblematik auch dadurch, daß die „reguläre Lösung", nämlich eine vertragsgemäße Rückzahlung der aufgenommenen Kredite, geradezu paradoxe Konsequenzen mit sich bringen würde: Voraussetzung einer **endgültigen** Tilgung wäre nämlich ein grundlegender Strukturwandel der Weltwirtschaft: Aus den bisherigen Importüberschuß-Ländern müßten Exportüberschuß-Länder werden. Anders ausgedrückt: Die ohnehin kapitalarmen Staaten der Dritten Welt müßten — Wirtschaft paradox — Kapital an die ohnehin reichen Industrieländer transferieren. Möglich wäre dies nur, wenn die Schuldnerstaaten ihre Importe aus den Industrieländern noch stärker reduzieren würden, als sie es in den vergangenen drei Jahren ohnehin schon getan haben. Für die Industrieländer würde dies bedeuten, daß traditionelle Exportmärkte innerhalb kurzer Zeit verloren gingen und damit die exportabhängigen Arbeitsplätze.

Doch dies wäre nur der erste Schritt: trotz gekürzter Importe — z. B. auch an modernsten Maschinen und Ersatzteilen für die Exportproduktion — müßten die Entwicklungsländer auf Jahre hinaus hohe Exportüberschüße erzielen: große Teile der Produktion stünden nicht zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Millionen von Armen zur Verfügung, sondern würden an die reichen Nationen geliefert. Zwischen den einzelnen Staaten käme es zu einem ruinösen Preiswettlauf, um die Waren absetzen zu können.

Ob die dadurch ausgelöste Flut billiger Rohstoffe und Waren aus der Dritten Welt dem reichen Norden die reine Freude bereiten würde, steht noch auf einem anderen Blatt. Denn unter dem Druck der Konkurrenz der Billiglohn-Länder müßten auch in den Industrienationen die überkommenen Produktionsstrukturen zusammenbrechen: Textil-, Stahl- und Werftenkrise werfen diese Schatten schon voraus, bieten aber nur einen lauen Vorgeschmack auf das, was an sozialen Umwälzungen und Konflikten auf die Industriegesellschaften binnen kurzer Zeit dann zukäme.

Hohe Dauerschulden nur für Gläubiger optimal

An eine derartige endgültige Tilgung ist realistischerweise jedoch nicht zu denken, da weder die Volkswirtschaften der Dritten noch die der Ersten Welt in absehbarer Zeit in der Lage sein werden, den erforderlichen radikalen Strukturwandel zu vollziehen. Zudem ist auch für die Gläubiger, also insbesondere die privaten Banken, eine derartige endgültige Schuldentilgung gar kein vorrangiges Ziel, da sie in diesem Fall nach neuen Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital suchen müßten. Für die Kapitalgeber ist deshalb der optimale Zustand erreicht, wenn die Schuldner in der Lage sind, die vereinbarten **Zinsen** pünktlich und in voller Höhe zu überweisen. Solange die Zinserträge als garantiert erscheinen, findet sich zur Finanzierung der fälligen Tilgungsraten in aller Regel ohne große Umstände ein neuer Kreditgeber. Im Zuge dieser „Kreditrevolvierung" (Anschlußfinanzierung für die Schuldner, Ausstiegsmöglichkeit für die Gläubigerbanken) kann es allmählich zu Umschichtungen zwischen den Gläubigern kommen — für die einzelne Bank bleibt ihr eingesetztes Kapital mobil. Für die Schuldnerstaaten der Dritten Welt ist dieser „konsolidierte Zustand" jedoch weit weniger erstrebenswert, läuft er jedoch auf eine neue Art der Abhängigkeit, eine zwischenstaatliche Schuldknechtschaft hinaus. Denn auch um Jahr für Jahr „nur" die Zinsen zu verdienen, müssen auf dem Weltmarkt Exportüberschüsse erzielt werden, Teile der im eigenen Land



TIME, JULY 2, 1984

erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen an die reichen Gläubigerstaaten abgeliefert werden — zu Lasten der eigenen Entwicklung.

Ökonomisch sinnvoll, politisch und moralisch vertretbar wären über Jahrzehnte andauernde Zinsverpflichtungen allenfalls dann, wenn die Kredite Investitionen finanziert hätten, deren Erträge höher sind als die Zins- und Tilgungsraten. Gerade dies war aber in der Regel nicht der Fall — sei es, weil auf Grund der schlechten Weltwirtschaftslage und des zunehmenden Protektionismus der Industrieländer die Invenstitonsprojekte keine ausreichenden Erträge abwerfen, sei es, weil die Kredite für Fehlinvestitionen oder für Konsumgüter ohne Ertrag verwandt wurden.

„Sanierungsprogramme" des IWF bergen die Gefahr einer „Abschwungspirale"

Der Kern der Schuldenkrise besteht deshalb darin, daß seit 1982 etwa 40 Staaten der Dritten Welt nicht mehr in der Lage waren, auch nur die fälligen Zinsen aufzubringen. Sie mußten deshalb um Umschuldung nachsuchen, die in der Regel in einer Kreditierung der fälligen Zinsen und einer vorübergehenden Stundung der Tilgungsraten besteht.

Voraussetzung für die Bereitschaft der Gläubiger zu einer derartigen Umschuldung war bislang, daß das Schuldnerland die Auflagen des IWF erfüllt, die darauf abzielen, die Zahlungsbilanz des Schuldners wieder ins Lot zu bringen. Ein Element dieser Sanierungsprogramme besteht regelmäßig darin, die Währung des betreffenden Landes rigoros abzuwerten, um dadurch seine Exportchancen zu verbessern, Importe in dieses Land aber zu verteuern und dadurch zu erschweren. Allerdings ist bei diesen „Sanierungsprogrammen" durchaus offen, ob es den Schuldnerstaaten gelingen kann, trotz Einschränkung der Importe — z. B. auch an Ersatzteilen, Kunstdünger, Pflanzenschutzmitteln — die Exporte zu steigern. Vielmehr besteht auch die Gefahr, daß es im Zuge des Versuchs, Devisen zur Bedienung der Bankenforderung zu erwirtschaften, zu einem weltweiten Prozeß des Wirtschaftsrückganges kommt: die Drosselung der Importe der Dritten Welt führt zu Wirtschaftsrückgang und Arbeitslosigkeit in der „Ersten Welt"; die Rezession in den Industriestaaten wiederum senkt den Bedarf an Rohstoffen, sodaß sich die Exportchancen der Dritten Welt verschlechtern, was zu weiteren Importeinschränkungen führt usw. ...

Insgesamt gingen die deutschen Exporte in die Länder der Dritten Welt bereits 1983 um rund 8 % gegenüber dem Vorjahr zurück — zum Schaden des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Sicherheit der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik; die Exporte nach Brasilien etwa schrumpften um 28 %, die nach Mexiko

Eine Roßkur schafft Unruhe im Sudan

1.2.82

Gekoppelt mit scharfen Auflagen vergibt der IWF dringend notwendige Kredite

Von Andreas Bänziger (Khartum

„Wir lassen uns nicht vom internationalen Währungsfonds regieren", stand auf einem der Plakate, die sudanesische Studenten dieser Tage durch die Straßen von Khartum trugen. Unterdessen haben die Unruhen unter Schülern und Studenten weiter um sich gegriffen, und zahlreiche Schulen — nicht nur in Khartum, sondern auch in den Provinzen — mußten geschlossen werden. Unmittelbarer Auslöser der neuen W... von Unzufriedenheit war die ... Regierung verordnete Erhö... Preises von Zucker um 62 Pro... Die massive Heraufsetzung ... kerpreises ist Bestandteil ei... inte... ...aments und des Südens und ...chülerunruhen ...

Bolivien: Militärregierung umgebildet

taz 7.4.82

Von 18 Ministern wurden elf durch den ... Chef der bolivianischen Militärregierung ... wieder bestätigt, nachdem die gesamte Regierung am Dienstag geschlossen zurückgetreten war. Die katastrophale Wirtschaftslage und Regierungsmaßnahmen gemäß den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds hatten Ende März zu massiven Protesten und Streiks mit fünf Todesopfern auf ...ten der Demonstran... ten gef...

Honduras-IWF
30.000 demonstrierten gegen IWF-Diktat

Tegucigalpa (afp) — Über 30.000 Menschen haben am Dienstag dem Aufruf der ...n honduranischen Gewerksch...ten zu einer ... Demonstration gegen d... vorstehenden Preissteigerungen ... Die Proteste richteten sich ge... weitere fünfprozentige Erhöh... ...nfuhrsteuer, die von den Im... ...rekt an die Verbraucher v... ...a werden soll. Mit der Anhe... ...nmehr 25-prozentigen Imp... ...gt die Regierung von Präsid... Suazo Córdova den Empf... ...s Weltwährungsfonds (IW... ...währung weiterer Darlehe... ...schuldete Honduras von ... ...ingungen abhängig machen ... die Demonstration in ...dt Tegucigalpa ... Dienstag- ... Steuerer... ...iese Maß... ...iesem Jahr ...andsschulden ...illiarde Dollar

1.6.84)

Ecuador

Generalstreik und Ausnahmezustand

Quito (afp/dpa/taz). In Ecua... wo seit vergangenem Mittw... Ausnahmezustand herrscht, sich am Wochenende die F... zwischen der Regierung u... Gewerkschaften verhärt...

Die in der Einheitsfront (FUT) zusammengeschlos... schaften haben einen unb... ralstreik angekündigt, we... die kürzlich beschlosser... gen nicht zurücknehm... Lohnerhöhungen aus ... lich-demokratische P... dagegen betont, er w... bisheriger staatlich... festhalten, durch d... und das Brotmehl ... den. Gewerksch... aufhin, daß mit ... kosten künftig ... die vom monatl... rund 100 Dollar lebt, ein ... künfte für Fahrgeld wird ausg... sen.

Überdimensionierte Entwicklungsvorhaben rächen sich nun

Tages-Anzeiger 15.1.82

Die IWF-Kur verschärft die Labilität im Sudan

Khartum, 13. Jan. (AP) Die seit der letzten Woche anhaltenden Proteste gegen das rigide Wirtschaftsprogramm der sudanesischen Regierung unter Präsident Dschafar Numeiri haben sich offenbar auf das ganze Land ausgeweitet. Das wurde am Dienstag aus Kreisen sudanesischer und westlicher Diplomaten in Khartum bekannt. Demonstrationen fanden angeblich in Khartum, Port Sudan, Wad Medani, Wau, Dschuba, Merawi, Atbarra, Kosti, Rufa, al-Angil und al-Huda statt. Die von der Regierung kontrollierte Presse, die die Unruhen mit keiner Zeile erwähnte, meldete die Schliessung der Gesira-Universität in Wad Medani sowie der Volksschulen in Port Sudan, ohne Gründe für diese Massnahme zu nennen.

...n in Marokko

...fp) Bei den Unruhen vom ...er marokkanischen Wirt... ...asablanca sind nach Angaben ... 66 Personen getötet und 110 ... Aus Kreisen der *Opposition* ...n, bei den Demonstrationen ...stischen Preiserhöhungen für ... mittel seien über 200 Personen ...de verletzt und etwa 7000 festgenommen ...den. In einer Mitteilung des In...ms werden auch die Schäden aufgeführt ...seien 12 Apotheken, 23 Banken, 3 ... sowie über 120 Privatautos und ...and gesetzt oder geplündert worden. ...heitsorgane hätten gegen diese «kri... Akte» hart einschreiten müssen.

und nach Nigeria um rund 50 %. Ähnlich mußte auch die stark nach Lateinamerika orientierte US-Wirtschaft erhebliche Exportrückgänge verkraften.[1] Insgesamt schrumpften die Exporte Lateinamerikas 1982 um 30 %, 1983 nochmal um 27 %[2] — dürre Zahlen, hinter denen sich eine ungeheuerliche soziale Tragödien verbirgt.

Wer hat die Krisenlast zu tragen?

Für die „Optimisten" unter den Wirtschaftsexperten sind die „Katastrophenscenarios" Zweckpessimismus, durch die Gläubiger zu Zugeständnissen gebracht werden sollen. Sie setzen darauf, daß durch die Auflagen des IWF die Regierungen der überschuldeteten Staaten zu „sinnvoller", marktwirtschaftlich — effektiver Wirtschaftspolitik gezwungen werden. Die Defizitländer könnten allmählich aus ihrer Verschuldung „herauswachsen", wenn eines Tages die Weltkonjunktur anspringt und sich damit die Exportchancen der Dritten Welt verbessern, gleichzeitig der Zins sinkt und der Protektionismus zurückgedrängt wird. Diese Gedankenspielerei, die die Krisenhaftigkeit der Situation leugnet, daher die Frage nach der Verantwortung ausklammert und die sozialen Auswirkungen der IWF-Auflagen verschweigt, erscheint aufgrund der zahlreichen optimistisch — optimalen Annahmen wenig realistisch.

Für die Mehrheit der Fachleute konzentriert sich deshalb die Diskussion auf die Frage: wie sind die Kosten und Lasten, die bei der notwendigen Bereinigung der Krise entstehen, auf die Betroffenen zu verteilen[3]. Als Träger der Krisenlast kommen — wegen der aufzubringenden immensen Beträge — insbesondere die Steuerzahler in den Industrieländern, die Banken und ihre Anteilseigner sowie die Massen in der Dritten Welt in Frage.

Lösungswege, die in ihrer Kosequenz weltweit zu Inflation, Wirtschaftsrückgang und Eskalation der Konflikte führen, bergen unabsehbare Gefahren für die gesamte Menschheit. So führte der Zusammenbruch der Weltwährungsordnung im Jahre 1931 zu einem weltweiten Handelskrieg, der in den meisten Ländern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch verschärfte. Vor dem Hintergrund von wachsender Inflation und Arbeitslosigkeit, durch die breite Bevölkerungsschichten verarmten, und zunehmender internationaler Konfrontation gewannen in vielen Ländern radikale politische Strömungen an Einfluß. In Deutschland kamen die Nationalsozialisten an die Macht.

Im folgenden werden die „Krisenrezepte" und auf ihre Wünsch- und Realisierbarkeit hin untersucht. Die Auswahl der Rezepte beschränkt sich auf Lösungsvorschläge, die sich im Rahmen der gegenwärtigen Machtverhältnisse in Industrie- und Entwicklungsländern bewegen.

Krisenrezept 1: Auslösung der Schuldner aus dem Schuldturm über Steigerung der Entwicklungshilfe

Angeregt durch das Studium der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, wurde von W. Hankel ein Vorschlag unterbreitet, der darauf hinausläuft, die Dritte-Welt-Schulden durch Einvernehmen von Schuldnern und Gläubigern teilweise oder ganz zu streichen und damit — wie bei einem „normalen" Vergleich — den Weg freizumachen für einen Neuanfang. Konkret sollen die Regierungen der Gläubiger-Staaten den privaten Banken ihre Forderungen an die Dritte Welt mit Hilfe eines kräftig aufgestockten Etats für Entwicklungshilfe abkaufen. Die für das Funktionieren von Marktwirtschaften unverzichtbaren Banken wären damit „aus dem Schneider" — und könnten u. U. erneut privates Kapital für sinnvolle Investitionsprojekte in die Dritte Welt zur Verfügunge stellen. Die Dritte Welt stünde nicht länger — unter dem Druck, Kapital exportieren zu müssen, sondern könnte sich ohne Umwege an den Aufbau der eigenen Wirtschaft machen, zumal nach dem Hankel-Vorschlag **private** Schuldner in der Dritten Welt ihre Schulden durchaus zurückbezahlen müßten; allerdings zu Gunsten eines nationalen Entwicklungsfonds, der aus den so gewonnenen Mitteln seinerseits Aufbau-Kredite gewähren könnte. Für die Industrieländer beinhaltet der Plan die Chance, den Übergang ins „postindustrielle Zeitalter" nicht unter dem Diktat des durch die Schuldenkrise ausgelösten Handelskrieges zu bewältigen, sondern ihn in einigermaßen geregelten Bahnen verlaufen zu lassen. Zur Kasse gebeten würden bei diesem Vorschlag insbesondere die Steuerzahler in den Industrieländern.

Ökonomisch macht dieser Vorschlag, der auf eine Art „Marshallplan für die Dritte Welt" hinausläuft, durchaus Sinn[4]: Politische und technische Schwierigkeiten stehen seiner Realisierung gleichwohl entgegen. So würde eine derartige Auslösung der Schuldner aus dem Schuldturm darauf hinauslaufen, gerade auch diejenigen Staaten mit Entwicklungshilfe auszustaffieren, die in der Vergangenheit über Mißwirtschaft — Prestigebauten, Aufrüstung usf. — in die roten Zahlen gerieten. Für Staaten, die in der Vergangenheit vergleichsweise gut wirtschafteten, dürften auf Jahre hinaus hingegen keine Entwicklungsgelder mehr zur Verfügung stehen — sofern überhaupt damit gerechnet werden kann, daß die Entwicklungsetats im erforderlichen Umfang aufgestockt werden. Derzeit sieht es nicht danach aus, denn in der Krise sparen die Politiker besonders gern an der wenig populären Entwicklungshilfe. So ging die weltweite Entwicklungshilfe seit Beginn der Wirtschaftskrise 1980 von gut 37 Mrd. $ auf rund 34 Mrd. $ 1982 zurück — bei gleichzeitiger Erhöhung der Schuldendienstzahlungen der Dritten Welt von 82 Mrd. $ auf 107 Mrd. $[5].



Protestierende Brasilianer im April 83 in Sao Paulo

Krisenrezept 2: Schuldnerstreik

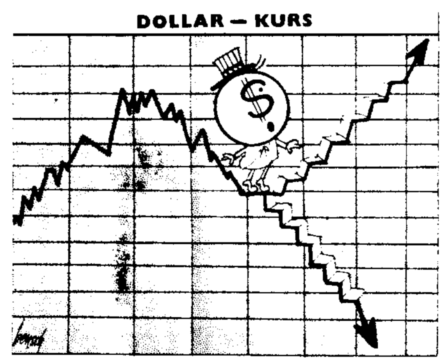
Angesichts einer kaum zu erwartenden Steigerung der Entwicklungshilfe wird bisweilen auch für eine Art „Selbsthilfe" der Schuldner, einen „Schuldnerstreik" plädiert. Durch die Drohungen, die Zahlungen einzustellen und somit das gesamte Weltfinanzsystem zusammenbrechen zu lassen, sollen die Gläubiger zu Zugeständnissen — partiellem Schuldenverzicht, Zinsstundung usf. — gebracht werden, wenn nicht gar dafür plädiert wird, die Zahlungen gleich tatsächlich einzustellen — in der vermutlich trügerischen Hoffnung, daß das durch einen Zusammenburch des Finanzsystems

provozierte Chaos das kleinere Übel sei und der Dritten Welt zum Positiven gereichen könnte.

So unwahrscheinlich aufgrund ihrer gegenwärtigen Weltmarktabhängigkeit derzeit ist, daß die Dritte Welt aus einer derartigen Konfrontation gestärkt hervorgehen könnte, so gering sind auch die Aussichten, daß es zu einem derartigen „Schuldner-Streik" kommt. Wirklich in Verlegenheit bringen könnte die Gläubiger ohnehin nur ein gemeinsames Vorgehen zumindest einiger wichtiger Schuldnerstaaten. Denn aufgrund der bereits vorgenommenen Wertberichtigungen könnten kleinere „Zahlungsstreiks" das Weltfinanzsystem nicht in Gefahr bringen. Die Folge derartiger Streiks wäre vielmehr ein totaler Stopp der Warenlieferungen an das streikende Land — mit verheerenden Konsequenzen: Coca Cola und Kaugummi, Nähnadeln und Rasierklingen, Fahrräder und Glühbirnen wären ebensowenig zu beschaffen wie Ersatzteile und Medikamente, Benzin und Rohstoffe ... Zudem würde eine derartige einseitige Zahlungsverweigerung dem auf Vertrauen beruhenden Kreditgeschäft auf Jahre hinaus die Grundlage entziehen. Die Volkswirtschaften der Streikländer müßten auf unabsehbare Zeit auf den Zustrom von ausländischem Kapital verzichten — für Länder, die an dem Prozeß weltweiter Wirtschaftsintegration teilhaben wollen, eine untragbare Konsequenz.

Daß eine größere Anzahl von Streikstaaten zustande kommt, ist schließlich auch deshalb kaum zu erwarten, weil diejenigen, die den Streik organisieren und verkünden müßten, persönliche Nachteile zu gewärtigen hätten. Denn gerade die Vertreter der Eliten der Dritte-Welt-Staaten verfügen häufig über beträchtliche Besitztümer in der Ersten Welt — die im Falle eines „Zahlungsstreiks" von Beschlagnahme bedroht wären.

Wesentliches Ergebnis der Schuldnerkonferenz im kolumbianischen Cartagena Mitte Juni 1984 war es denn auch, daß die Schuldnerstaaten einen generellen Schuldnerstreik ablehnten, wohl aber für die Zukunft günstigere Kreditkonditionen verlangten.[6] Allerdings wächst in Lateinamerika unter dem Eindruck der Krise — mehr als 100 Millionen Arbeitslose[7], Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens auf den Stand von 1977[8], erneutem Anstieg der US-Zinsen unmittelbar nach Abschluß der Konferenz[9] — die Erbitterung, Verzweifelung und Hoffnungslosigkeit. Die Regierungen, die bisher die rigiden Programme des IWF mit harter Hand umsetzten, könnten angesichts der explosiven sozialen Lage zu drastischen Maßnahmen Zuflucht nehmen — dann aber gegen den IWF und die Gläubiger. Die — bisher offenbar doch eher halbherzig verfolgte[10] — einseitige Zahlungseinstellung durch Bolivien deutet in diese Richtung.



Quo vadis? HANDELSBLATT Bensch

Krisenrezept 3: Auslösung der Schuldner über Konversionsanleihen oder Geldschöpfung

Wäre Voraussetzung des Hankel-Plans eine „Konzertierte Aktion" der Gläubiger-Staaten, des „Schuldnerstreiks" Gemeinsamkeit unter den Schuldner-Staaten, so bringen andere Vorschläge supranationale Institutionen wie IWF, Weltbank oder eine noch zu gründende Organisation ähnlicher Art ins Spiel[11]. Nach diesen Vorschlägen soll der zu gründende „Konversionsfonds" die kurzfristigen Forderungen der Banken an die Dritte Welt gegen sogenannte „Konversionsanleihen" mit garantiertem, aber relativ niedrigem Zins sowie garantierter, wenn auch langfristiger Tilgung eintauschen. Für die Schuldner würde dies eine Zinsentlastung sowie Streckung der Tilgung bedeuten; für die Banken einerseits zwar Verlust an Zinseinkommen, andererseits aber eine Garantie für ihre notleidenden Kredite.[12] Allerdings ist derzeit unwahrscheinlich, daß das für den Fonds erforderliche Garantiekapital von den Industrieländern aufgebracht werden könnte — scheiterte doch schon die Aufstokkung der IDA (International Development Agency) — Mittel am Widerspruch der USA.[13]

Andere Vorschläge zielen deshalb darauf ab, daß der „Konversionsfonds" Anleihen direkt am Kapitalmarkt aufnimmt und mit dem Emissionserlös die Bankenforderungen erwirbt. Doch auch diesen Plänen stehen die enormen zu finanzierenden Summen entgegen: Derzeit dürften derartige Anleihen nur einen Bruchteil der erforderlichen 250-350 Mrd. $ erbringen.

Schließlich wird auch vorgeschlagen, daß die jeweiligen Zentralbanken die Bankenforderungen an die Dritte Welt übernehmen sollten. Demnach sollten die Zentralbanken die Forderungen, wie bei Wechseln üblich, „rediskontieren", d. h. von den Banken abkaufen. Allerdings könnte eine so begründete Betätigung der Notenpresse auf die Schöpfung von Geld ohne materielle Deckung hinauslaufen — und damit national und international zu einem Auslöser von Inflationsprozessen werden.

Ähnliche Vorbehalte bestehen auch gegenüber dem Plan, der Dritten Welt in Form des sogenannten „Link", das Kunstgeld des IWF, nämlich zusätzlich zu schaffende „Sonderziehungsrechte", zuzuteilen. Diese Sonderziehungsrechte, deren Inanspruchnahme **nicht** mit Auflagen verknüpft ist, die aber verzinst werden müssen, könnten die Schuldner-Staaten insbesondere zur Finanzierung dringend benötigter Importe benutzen. Um der Inflations-Bedenken Rechnung zu tragen, wird diskutiert, anders als bisher auch die Sonderziehungsrechte mit Auflagen zu verknüpfen sowie eine maximale Dauer der Inanspruchnahme festzulegen. Doch auch dieser Kompromiß-Vorschlag hat wenig Aussicht auf (raschen) Erfolg — zumal bereits für die Diskussion der anstehenden **planmäßigen** Quotenrevision drei Jahre angesetzt sind ...

Krisenrezept 4: „Einzelfallverfahren„ — oder: „Teile und herrsche"

Die Regierungen der westlichen Industrieländer setzen bislang auf eine Fortführung des bisherigen „Schuldenmanagements". Grundlegendes Prinzip dieses Konzepts ist es, keine pauschale Regelung des Schuldenproblems zuzulassen, sondern mit jedem Schuldner einzeln zu verhandeln und von Fall zu Fall zu entscheiden. So kamen die westlichen Regierungschefs auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London im Juni 1984 auf Druck der USA auch überein, weder generelle Zinsbeschränkungen noch eine allgemeine Aufstockung der internationalen Liquidität durch Schaffung von Sonderziehungsrechten zuzulassen; vielmehr wird weiterhin auf strengen Auflagen des IWF gegenüber den Schuldnern bestanden. Akute Liquiditätsengpässe einzelner Staaten sollen wie bisher im Zusammenspiel von IWF und Banken durch Umschuldung überbrückt werden; nur offenbar völlig uneinbringliche Forderungen sollen gestrichen bzw. von den Banken steuerbegünstigt abgeschrieben werden. Ländern, die die IWF-Auflagen erfüllen und „Stabilisierungserfolge" erzielen, werden Belohnungen in Aussicht gestellt und gewährt. So senkten die Banken für die besonders um „Konsolidierung" bemühten Staaten Brasilien und Mexiko — unmittelbar vor der Schuldnerkonferenz in Cartagena — die Umschuldungszinsen und die Bearbeitsprovisionen.[14]

Als Begründung für dieses Einzelfallverfahren wird von Regierungsvertretern angeführt[15], daß „auf diese Weise am ehesten gewährleistet wird, daß man den individuellen Schwierigkeiten der Länder gerecht wird. Schließlich macht es einen Unterschied, ob ein tendenziell reiches Ölland oder ein rohstoffarmes Entwicklungsland überschuldet ist." Der blauäugige Hinweis auf die „individuellen Schwierigkeiten" sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Einzelfallverfahren mit IFW-Auflagen und individuellen Belohnungen auf das Prinzip „Teile

und herrsche" hinausläuft. Die Ablehnung einer **generellen** Krisenbereinigung läßt sich auch so interpretieren, daß jedes Land für sich bis an die Grenze der innenpolitischen und wirtschafltlichen Belastbarkeit geführt werden soll. Und die vorgenommene Unterscheidung zwischen rohstoffreichen und rohstoffarmen Schuldnerstaaten und der Verweis auf individuelle Lösungsmöglichkeiten wären dann als Hinweis darauf zu deuten, daß die Gläubiger generelle Regelungen auch deshalb ablehnen, weil sie sich — wo immer möglich — durch „Einzelfallregelung" den Zugriff auf Rohstoffe erhalten wollen. Konsequenz der Fall-zu-Fall-Strategie ist es, daß generell die breiten Massen in den Schuldnerstaaten die Lasten der Krise zu tragen haben, denn auf Jahre hinaus müßen die Produktionszuwächse zur Begleichung der Zins- und Tilgungsraten an die Gläubigerstaaten transferiert werden — wohldosiert „bis an die Schmerzgrenze". Die Banken und ihre Anteilseigner haben Verluste nur im Einzelfall zu verschmerzen; wie überhaupt der materielle Schaden für die Menschen in den Industrieländern begrenzt ist — sofern das Konzept aufgeht und alle Betroffenen wie geplant „mitspielen". Das aber wird davon abhängen, wie geschickt die Gläubiger das „Teile und herrsche" praktizieren und wie erfolgreich es ihnen gelingt, die unterschiedlichen Interessen der Schuldner gegeneinander auszuspielen. Und es wird auch davon abhängen, wie stark der Druck der Wähler in den Industriestaaten sein wird, die angesichts der sozialen Not in der Dritten Welt auf „poli-Lösungen" — auch unter Inkaufnahme materieller Nachteile — drängen.

Die Chancen der Krise

Einen Lösungsweg aus der verfahrenen Situation aufzuzeigen, ist schwer. Bestandteil einer jeden Lösung sollte es sein, den Millionen von armen Menschen in der Dritten Welt nicht noch zusätzliche Belastungen aufzubürden, zumal sie häufig auf die Regierungspolitik ihres Landes keinen Einfluß nehmen können und sie deshalb auch keinerlei Verantwortung für die derzeitige Krise trifft. Erster Schritt auf dem Weg zu einer Lösung sollte die Einberufung einer Internationalen Schuldenkonferenz sein, auf der alle Entscheidungsträger in die Verantwortung genommen werden können: in die Verantwortung für die schlechte Vergangenheit und die zu gestaltende Zukunft. Auf einer derartigen Konferenz müßten dann verschiedene Probleme, die allseits beklagt, aber nie in Angriff genommen werden, zu einem Bündel zusammengeschnürt werden. Zu denken ist insbesondere an eine Begrenzung der Rüstungsproduktion und an das Verbot, Waffen an Staaten der Dritten Welt zu liefern. Angesichts weltweiter Rüstungsausgaben in Höhe von rund 1.000 Milliarden US $ im Jahre 1984 könnten schon geringe Schritte in diese Richtung große Ressourcen für eine produktive Verwendung freisetzen. Weiter könnte die Verpflichtung der Dritten Welt, zumindest einen Teil ihrer Schulden aus eigener Anstrengung „zu bedienen", mit der Verpflichtung der Industriestaaten gekoppelt werden, ihre Märkte für Waren aus der Dritten Welt offenzuhalten und die Exporterlöse zu stabilisieren. Auf einem derartigen Forum müßte es auch möglich sein, die amerikanische Regierung, die mit ihrer zinstreibenden Politik nicht nur der Dritten Welt, sondern auch der europäischen Wirtschaft schadet, unter Druck zu setzen. Damit es nicht zu einer erneuten, unkontrollierten Überschuldung kommt, dürften den privaten Banken notleidende Kredite nur unter der Voraussetzung mit Steuergeldern „abgekauft" werden, daß sie die internationale Kreditvergabe und die „exterritorialen" Euro-Märkte einer wirklichen Reglementierung und Kontrolle unterwerfen. Schließlich sollten sich die Gläubiger auch nicht scheuen, Zugeständnisse an Regierungen der Dritten Welt mit politischen Auflagen zugunsten der armen Bevölkerungsschichten in den betreffenden Ländern zu verknüpfen, etwa die Streichung von Schulden davon abhängig zu machen, inwieweit sich die wirtschaftliche und politische Lage der Ärmsten verbessert hat.

Utopische, illusionäre, zweischneidige Forderungen? Das Wort „Krise", dem Wortschatz der Medizin entnommen, bezeichnet eine Situation, in der eine weitere Verschlechterung des Zustands nicht ausgeschlossen werden kann, in dem aber auch noch die Hoffnung besteht, daß durch Mobilisierung aller Kräfte der Verfall augehalten und zum besseren gewendet werden kann.

bef

Anmerkungen

1) vgl. Pöhl, K.: Anmerkungen zur internationalen Verschuldung, in: E+Z, Heft 3/1984, S. 4
2) vgl. BIZ, Geschäftsbericht 1983, Basel 1984, S. 122 f
3) Übersichten über die kaum noch überschaubare Fülle der — finanztechnisch oft hochkomplizierten — Lösungsvorschläge bieten z. B.: Konrad, W.: Wege aus der Schuldenkrise, in: Wirtschaftsdienst III/1984, S. 140 ff Sell, F.: Das Verschuldungsproblem der Dritten Welt als Aufgabenstellung der Wirtschaftspolitik, in: Vierteljahreshefte der Friedrich Ebert-Stiftung (Sept. 1984) ferner Schubert, A.: Verschuldungskrise: Mit einem neuen Grundkonsens den weiteren Zerfall verhindern, in: WSI-Mitteilungen 4/1984, S. 207 ff sowie auch die verschiedenen Beiträge in E+Z, Heft 3/1984. In den erwähnten Artikeln findet sich weiterführende Literatur.
4) vgl. hierzu und im folgenden Hankel, W.: Die Finanzkrise zwischen Nord und Süd. Gründe, Lehren, Schlußfolgerungen, in: Simonis, U. (Hg.): Entwicklungsländer in der Finanzkrise, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Band 136, Berlin 1983, S. 9-62, sowie ders.: Die Schuldenkrise, ein Problem der Dritten oder der Ersten Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1984 (mit einem leicht modifizierten Vorschlag)
5) vgl. OEDC-Survey 1983, S. 27 und 71 sowie insbesondere auch Weltentwicklungsbericht 1983, S. 208 f, nach diesen Angaben sank auch die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik von 3,6 auf 3,2 Mrd. $
6) vgl. z. B. NZZ vom 26. 6. 84
7) vgl. z. B. Altmann, J.: Verschuldungskrise — Wer trägt die Last der Anpassung — in: E+Z, 3/84, S. 9
8) So die Wirtschaftskomission der UN für Lateinamerika; vgl. Frankfurter Rundschau vom 9. 5. 84
9) vgl. FAZ vom 28. 6. 84
10) Nach einer Meldung der FAZ vom 2. 6. 1984 war die — Tage zuvor groß angekündigte — Einstellung der Zahlungen durch die bolivianische Regierung der US-Banken jedenfalls noch nicht offiziell mitgeteilt worden, juristisch aber damit noch nicht wirksam.
11) vgl. hierzu insbesondere Konrad, A., op. cit.
12) Bisweilen wird auch vorgeschlagen, die Bankenforderungen nur mit einem Abschlag zu übernehmen. Diese Abschläge könnten sich an den Preisen auf den sogenannten „Sekundärmärkten" orientierten, auf denen inzwischen die notleidende Kredite gehandelt werden. vgl. dazu auch Sell, a. a. O.
13) Die IDA ist eine Tochterorganisation der Weltbank, die langfristige und zinsgünstige Kredite an ärmere Staaten vergibt.
14) vgl. einen Bericht in der FAZ, vom 9. 6. 84
15) vgl. z. B. den — als persönliche Stellungnahme deklarierten — Artikel des Referenten im Bundesfinanzministerium, Gert Holler, in: E+Z, 3/84, S. 6 ff, insbesondere S. 8, ähnlich aber auch der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Otto Pöhl, a. a. O.

Veränderung der Exportpreise und Terms of Trade, 1965 bis 1983

(Jahresdurchschnittliche Veränderungen in %)

Ländergruppe	*1965–73*	*1973–80*	*1981*	*1982*	*1983[a]*
			Veränderung der Exportpreise		
Entwicklungsländer					
Nahrungsmittel	6,6	7,8	−16,1	−14,1	5,2
Sonstige Agrarprodukte	3,7	10,1	−14,6	−9,4	10,3
Metalle und Mineralien	1,6	5,6	−12,0	−8,0	−2,2
Brennstoffe	6,7	24,7	10,5	−2,6	−14,5
Industrieländer					
Fertigwaren	4,7	10,9	−4,2	−1,8	−3,2
			Veränderung der Terms of Trade		
Asien mit niedrigem Einkommen	−0,5	−1,4	−0,1	−1,6	−0,6
Afrika mit niedrigem Einkommen	−0,1	−1,5	−9,9	−0,9	4,6
Ölimporteure mit mittlerem Einkommen	−0,6	−2,2	−5,5	−1,9	3,0
Ölexporteure mit mittlerem Einkommen	1,1	8,1	9,0	−0,4	−7,0
Entwicklungsländer	0,4	1,6	−0,5	−1,2	−0,6

Anmerkung: Berechnungen beruhen auf einer Auswahl von neunzig Entwicklungsländern.
a. Geschätzt. **Quellen:** Für Industrieländer OECD 1983, für Entwicklungsländer Weltbankangaben

Stabilisierung und Entwicklung

Thesen zur Reform der IWF-Politik

Die nachfolgend thesenartig angeführten Vorschläge zu einer entwicklungspolitischen Konditionalität haben angesichts der jüngsten Bekräftigungen aus den Industrieländern, der IWF solle „mit mehr politischem Fingerspitzengefühl" (CDU-MdB Lamers) weitermachen wie bisher, vielleicht wenig Chancen auf Verwirklichung, doch eine Portion Realismus insofern, als sie am Interesse der Gläubiger anknüpfen, die Schuldnerländer langfristig zu stabilisieren — und damit deren Rückzahlungsfähigkeit mittel- und langfristig zu sichern.

Nicht zuletzt weil eine entwicklungspolitische Konditionalität detailliertere Auflagen machen müßte als die herkömmliche IWF-Konditionalität, liegt aus der Dritten Welt der Vorwurf nahe, die Vorschläge seien paternalistisch, sie verletzten durch ihren interventionistischen Charakter die souveränen Rechte der Schuldnerländer. Ohne den Einwand völlig zu entkräften, ist daraufhinzuweisen, daß der IWF schon heute tief in die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse der Schuldnerländer eingreift. Was hier vorgeschlagen wird, bedeutet also kaum mehr, als daß der IWF sich zur sozialen und politischen Wirkung seiner Auflagenprogramme bekennt und sie mit Hilfe eines reformierten Auflagenkatalogs, der auf Zahlungsbilanzstabilisierung und Entwicklung gleichermassen zielt, neu füllt:

Nicht Schrumpfung sondern Expansion

Entwicklungspolitische Konditionalität erforderte die Abkehr von der IWF-Auflagenprogrammen impliziten Vorstellung, „Gesundschrumpfen" der Wirtschaft, freies Spiel der Marktkräfte, Exportorientierung und Einkommensverteilung von unten nach oben legten die Basis für anhaltendes, krisenfreies Wachstum, von dem frühen oder später auch die Armen profitieren werden.

Die reformierte Konditionalität hätte entwicklungspolitischen Leitlinien zu folgen, die anerkennen, daß sich die Schuldenkrise der Entwicklungsländer nur dann dauerhaft wird lösen lassen, wenn die ihr zugrundeliegende Entwicklungskrise bewältigt wird. Sie hätte sich an einer expansiven Stabilisierungspolitik zu orientieren, die auf die Überwindung der Strukturdefekte in den Defizitländern zielte und es ermöglichte, die Produktion von Waren und Dienstleistungen auszuweiten, Exporte zu steigern und/oder Importe zu ersetzen, um so die Zahlungsbilanz auf höherem Niveau auszugleichen. Nur eine expansive Stabilisierung erlaubte die entwicklungspolitisch notwendige Umstellung der Produktionsapparate auf die Erzeugung für inländische Massennachfrage, die Erschließung binnenwirtschaftlicher Kreisläufe, die Diversifizierung der Exportwirtschaften, die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die umfassende Befriedigung der Grundbedürfnisse. Kurz- bis mittelfristig wird daher in aller Regel der Bedarf an Auslandskrediten eher steigen als abnehmen.

Leistungskriterien als Richtgrößen verstehen

Kern der IWF-Stabilisierungsprogramme sind bislang sogenannte Leistungskriterien, Vorgaben für einige wenige makroökonomische Variablen (wie Obergrenzen für das inländische Kreditvolumen, das Budgetdefizit oder die Auslandsverschuldung), die einzuhalten sich das Schuldnerland verpflichten muß. Diese Leistungskriterien behalten in einem reformierten Stabilisierungskonzept insoweit ihren Platz, als mit ihnen Richtungen angegeben werden, nicht aber wirtschaftliche Zielgrößen, die es auf Punkt und Komma zu erreichen gilt.

Notwendig bleiben die alten Kriterien, da Zahlungsbilanzausgleich und Begrenzung der Defizite im Staatshaushalt, die der Fonds bislang allen anderen Zielen überordnet, auch eine entwicklungspolitische Konditionalität, die die Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung zum Ziel hat, nicht außer acht lassen darf. Nicht von der Hand zu weisen ist das IWF-Argument, daß anhaltende Haushaltsdefizite die Inflation anheizen, die nationalen Währungen überbewerten, die Leistungsbilanzen ins Defizit treiben und damit Verschuldungskrisen provozieren. Da ein mittelfristiger Zahlungsbilanzausgleich nicht zu erreichen ist, wenn eine Währung beträchtlich überbewertet ist, wird auch das Instrument der Abwertung Bestandteil einer reformierten Konditionalität sein — nicht jedoch in der vom IWF vertretenen Form von Schock-Therapien, die die Grundbedürfnisbefriedigung gefährden. Alternativ oder zusätzlich zu Abwertungen sind z. B. Importzölle und Exportsubventionen legitime Instrumente der Außenwirtschaftspolitik — Maßnahmen, die der IWF bisher als Sünden wider die Marktwirtschaft ablehnt.

Grundbedürfnisbefriedigung ins Zentrum rücken

Zentrales Moment einer reformierten IWF-Auflagenpolitik, die Stabilisierung mit Entwicklung verbindet, ist die Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung. Die Zahlungsbilanz darf nicht mehr auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsschichten stabilisiert werden, die für die Schuldenkrise keinerlei Verantwortung tragen. Nur durch die Sicherung ihrer Existenz und ihre Integration in den Entwicklungsprozeß läßt sich ein nachhaltiger gesellschaftlicher Strukturwandel erreichen, der allein wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen sozialer und politischer Stabilität garantiert. Allein die Ausrichtung der Ökonomien auf kaufkräftige Massennachfrage — vor allem durch die Inwertsetzung des Agrarsektors — bietet Gewähr dafür, daß sich langfristig eine krisenfreie, selbsttragende und damit verschuldungsarme Entwicklung einstellt.

Für eine expansive Stabilisierungspolitik mag die Begrenzung der Haushaltsdefizite schwierig sein, unmöglich ist sie nicht: bei den meisten Staatshaushalten der Entwicklungsländer bestehen Möglichkeiten, die Einnahmen durch Steuerreformen oder verbesserte Steuereinziehung zu erhöhen und die Ausgaben für die oft exzessiven Militäretats, für entwicklungspolitisch langfristig unrentabler Staatsbetriebe einzuschränken.

Selbst Subventionen, bei denen der IWF heute bevorzugt den Rotstift ansetzt, sind nicht sakrosankt. Allerdings darf der Abbau von Subventionen für Güter des Grundbedarfs höchstens in dem Maße erfolgen, wie die Einkommen um den Kürzungsbetrag real steigen oder andere, vorzugsweise lokal produzierte Nahrungsmittel ausreichend und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen.

Differenzierte Leitlinien

Zentral für eine entwicklungspolitische Konditionalität wäre die Formulierung (nicht immer quantifizierbarer) entwicklungspolitischer Leitlinien, die angeben, in welche Richtung sich der Entwicklungsprozeß bewegen soll. Bei ihrer Konkretisierung müßte die Uniformität der bisherigen IWF-Programme durchbrochen und die Regierungen auf Ziele verpflichtet werden, die den jeweiligen spezifischen Ursachen der Schulden- und Entwicklungskrisen in den Defizitländern Rechnung tragen. Neue Leistungskriterien könnten z. B. Auflagen sein, die darauf abzielten.

- die Nahrungsmittelversorgung zu verbessern (etwa Produktionspreiserhöhungen und die Verbesserung der Vermarktungsstrukturen zur Stimulierung der Nahrungsmittelproduktion)
- die Massennachfrage anzuregen (etwa durch Reforman des Steuerwesens, die für eine gerechtere Einkommensverteilung sorgen und damit die kaufkräftige Massennachfrage stärken)
- die grundbedürfnisorientierte Investitionstätigkeit zu fördern (etwa durch produktive und arbeitsintensive Investitionen, auch des Staates)
- die selektive Weltmarktintegration zu ermöglichen (etwa durch die Diversifizierung der Exportproduktion) und
- die für den Entwicklungsprozeß notwendigen gesellschaftspolitischen und institutionellen Reformen einzuleiten (etwa die Veränderung produktionshemmender ländlicher Besitzstrukturen mit Hilfe einer Agrarreform).

Demokratisierung des IWF

Um die Akzeptanz einer entwicklungspolitisch orientierten Stabilisierungspolitik und die Legitimität der IWF-Interventionen zu erhöhen, bedarf es einer umfassenden Demokratisierung des Fonds: die Entwicklungsländer sollten durch ein größeres Stimmengewicht stärker als bisher am Entscheidungsprozeß beteiligt und so in die IWF-Politik eingebunden werden; und zum anderen sollten alle relevaten gesellschaftlichen Gruppen an den — nunmehr öffentlich zu führenden — Verhandlungen über ein Stabilisierungsabkommen beteiligt werden, um der Gefahr zu begegnen, daß die Regierenden die Lasten des Anpassungsprogramms auf die ärmsten Bevölkerungsschichten abwälzen.

Damit die IWF-Programme ihrer Aufgabe, die Schuldnerländer langfristig und wirksam zu stabilisieren, gerecht werden können, müssen ihre Laufzeiten (auf fünf bis zehn Jahre) verlängert und die mit ihnen vergebenen finanziellen Mittel spürbar erhöht werden. Es erscheint deshalb nicht nur eine deutliche Quotenerhöhung angezeigt, in Erwägung gezogen werden sollte auch die Kreditaufnahme des IWF auf privaten Kapitalmärkten und die Schaffung zusätzlicher Sonderziehungsrechte.

Kein einseitiger Leistungs-Bilanzausgleich

Unabdingbare Voraussetzung für eine Politik, die Stabilisierung mit Entwicklung verbindet, ist ein finanzieller Spielraum, der die notwendigen Strukturveränderungen vorzunehmen ermöglicht. Auch die Gläubiger — häufig für die Krise mitverantwortlich — müßten dafür einen Beitrag leisten. So dürften a) die Umschuldungsbedingungen das Schuldnerland nur noch in dem Maße dem Zwang zur Devisenerwirtschaftung für die Schuldendienstzahlungen aussetzen, wie das mit einer langfristig angelegten grundbedürfnisorientierten Entwicklungspolitik vereinbar ist. Statt wie bisher allein die Defizitländer zum Ausgleich ihrer Bilanzen zu zwingen, ist b) ein Mechanismus zu etablieren, der auch die Länder mit positiven Leistungsbilanzen, deren Überschüsse die Kehrseite der Defizite der Dritten Welt sind, in die Pflicht nimmt. Die Leistungsbilanzüberschüsse der einen Ländergruppe sollten zur Finanzierung der Defizite der anderen Gruppe dann herangezogen werden, wenn die Defizite (teilweise) auf Ursachen zurückzuführen sind, die außerhalb der Verantwortung des Schuldnerlandes liegen: Verschlechterung der Terms of Trade, Exporteinbrüche durch Naturkatastrophen, Rückgang der Weltmarktnachfrage, Protektionismus der Industrieländer oder Hochzinspolitik der USA.

Peter Körner/Gero Maaß/
Thomas Siebold

mit freundlicher Genehmigung aus:
epd-Entwicklungspolitik 17/84
(September)

Dokumentation: Stellungnahme der Jusos

Verschuldungskrise und IWF

Beschluß des Bundeskongresses der Jungsozialisten vom 13.-15. 4. 1984 in Bonn — Bad Godesberg

1. Die UNCTAD schätzt die Verschuldung der Dritten Welt auf ca. 640 Mrd. Dollar im Jahre 1984. In diesen Zahlen sind die kurzfristigen Kredite mit ca. weiteren 100 Mrd. Dollar noch nicht enthalten.

Der Schuldendienst der sogenannten Dritte-Welt-Länder (EL) wird auf 115 Mrd. Dollar (1983) veranschlagt. Ca. 60 Mrd. Dollar davon sind Zinsverpflichtungen, der Rest entfällt auf Tilgungszahlungen. Der Schuldendienst verschlingt heute 45-60 % (je nach Ländergruppe) der Exporterlöse der EL.

Die EL sind 1983 zum Nettokapitalexporteur geworden, d. h. aus diesen Ländern fließt mehr Kapital ab als hinein. Kapital, das in Form von Krediten, von Entwicklungshilfe und von Direktinvestitionen in die Dritte Welt strömt, dient heute vor allem dazu, die Schuldendienstzahlungen der EL an die international aktiven Banken zu gewährleisten. Während in dieser Situation die Kreditvergabe der Banken an die EL stockt — echte Neukredite wurden z. B. 1983 an lateinamerikanische Länder nicht mehr vergeben —, übernehmen zunehmend öffentliche Institutionen die Rolle des Kreditgebers an die EL.

Globale Zahlen, wie die oben angeführten beschönigen die kritische Situation wichtiger Länder der Dritten Welt. Die Schuldenlast ist auf relativ wenige Länder (Schwellenländer) in Lateinamerika, Asien und Afrika konzentriert, die durch den damit verbundenen Schuldendienst „ausbluten". Die ärmsten Länder der Dritten Welt, die weniger hoch verschuldet sind, leiden jedoch ebenso unter den Auswirkungen der Verschuldungskrise: öffentliche Kredite und Hilfen werden zunehmend eingesetzt, um einen Zusammenbruch der internationalen Kreditbeziehungen zu vermeiden, so daß für die Ärmsten" weniger Mittel zur Verfügung stehen.

2. Dies sind einige Symptome der internationalen Finanzkrise, die auf der einen Seite durch die „Unfähigkeit" der Hauptschuldnerländer gekennzeichnet ist, ihren Schuldendienst real (d. h. aus Exportüberschüssen) zu bestreiten, und auf der anderen Seite in der perspektivitschen Gefährdung vorwiegend US-amerikanischer Großbanken besteht. Die Ursachen dieser Entwicklung sind zum einen in einer Weltwirtschaftsordnung zu suchen, die die EL letztlich in eine immer größere Verschuldung getrieben hat, und zum anderen in den seit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods fehlenden Regulierungsmechanismen der internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen, die zur raschen Expansion unkontrollierter, privater internationaler Finanzmärkte geführt haben.

3. Welche Menschen trieben die EL und insbesondere die Schwellenländer in die Verschuldung bei den international operierenden Großbanken? Vordergründig werden, von interessierten Kreisen, in diesem Zusammenhang die beiden Ölpreisexplosionen in den 70er Jahren angeführt. Dies ist jedoch nur ein Faktor, der die Verschuldung der nicht-ölexportierenden EL beschleunigte. Dies wird bereits daran sichtbar, daß unter den „problematischen Schuldnerländern" bedeutende Ölexporteure sind und daß sich auch angesichts der seit Jahren fallenden Ölpreise die Schuldensituation weiter zuspitzt.

Die These vom Ölschock als Ursache der Verschuldungskrise ist bequem, weil damit die Verantwortung auf OPEC-Staaten verlagert werden kann und bedeutende Mechanismen der Ausbeutung der Dritten Welt so ausgeklammert bleiben. Solche Ausbeutungsmechanismen sind insbesondere:

— **Die Ausbeutung durch den internationalen Handel:**
Die Defiziten der EL im Handel mit den westlichen Industrieländern (IL) sind wesentlich belastender für die Zahlungsbilanz der EL als das Öldefizit. Von kurzen, boomartigen Unterbrechungen abgesehen, in denen die Preise für agrarische und mineralische Rohstoffen anzogen, verschlechtern sich die Austauschverhältnisse (Terms of Trade) für die EL seit dem II. Weltkrieg. Mit der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der 70er Jahre verstärkte sich zudem der Protektionismus der IL (Meist in versteckter Form, z. B. durch „Selbstbeschränkungsabkommen") und minderte die Exportchancen auch der stärker industrialisierten EL. Steigende Importaufwendungen und zurückbleibende Exporterlöse waren die Folge dieser Mechanismen.

— **Die Ausbeutung durch Direktinvestitionen:**
Direktinvestitionen (DI) werden häufig als die beste Form der Entwicklungshilfe bezeichnet, da sie die Industrialisierung der EL vorantreiben und das notwendige „know-how" mitbringen würden. Auf längere Sicht jedoch flossen für jeden direktinvestierten Dollar meht als zwei Dollars als „Profittransfer" in die IL zurück. Die oft nicht in die nationalen Entwicklungsstrategien eingepaßten DI verursachen darüber hinaus hohe Importkosten und belasten so auf zweifache Weise die Zahlungsbilanz der EL, ohne daß dies, i. d. R. durch Mehrexporte ausgeglichen werden kann.

Die Ausbeutung durch die Zinszahlungen:
Zur bedeutendsten Form der Ausbeutung der Dritten Welt sind heute die Zinszahlungen an die international aktiven Banken geworden. Zwischen Mittel 1979 und 1980 verdoppelten sich infolge der monetaristischen Politik in den USA die Zinssätze. Da die EL sich bei den privaten Banken zu Konditionen verschulden mußten, die eine Anpassung der jeweiligen Zinszahlungen (i. d. R. nach jeweils 3 Monaten) an die Londoner Interbankrate (LIBOR) vorschreibt „explodierten" mit den Zinsen zugleich die Zinszahlungen der EL. Hinzu kam, daß dem Zinsanstieg erhebliche Dollaraufwertungen folgten. Da der Schuldendienst in der Regel in Dollar zu bestreiten war, bedeutete dies eine weitere Belastung für die EL. Aktuell sind die Großbanken die Gewinner dieser Zinsexplosion. Gab es zu Beginn der Zinssteigerung noch Probleme mit früheren Kreditverträgen, so nutzten die Banken nach dem Überschreiten des Zinsgipfels eintretende Verbilligungen bei der Geldbeschaffung zur Ausweitung ihrer Zinsspannen. Die Rekordgewinne der Banken in den USA und der BRD, die trotz hoher Risikovorsorge und Eigenmittelaufstockung erzielt wurden, deuten darauf hin, daß sie nicht die Verlieren der gegenwärtigen Krise sein werden.

4. In der gegenwärtigen Verschuldungskrise kumulieren die genannten Mechanismen der Ausbeutung der Dritten Welt durch Export, Direktinvestitionen und den internationalen Kredit. Diese externen Faktoren können die EL kaum beeinflussen. Daneben sind jedoch, wenn auch in jedem Land unterschiedliche, interne Ursache der Verschuldungskrise zu beobachten. Viele Regierungen in den sogenannten Dritte-Welt-Ländern waren aufgrund von Interessenidentität zwischen ihrer Trägerklasse und den herrschenden Klassen in den kapitalistischen Industrieländern nur allzu bereit, solche Positionen mitzutragen. Die gegenwärtige Verschuldungskrise bringt das Scheitern von Entwicklungswegen zum Ausdruck, die auf Wachstum durch Verschuldung und auf eine exportegeführte Industrialisierung gesetzt und sich zu diesem Zweck den internationalen Konzernen und Banken geöffnet haben.

5. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erfüllt in der gegenwärtigen Krise die Funktion eines „Geldeintreibers" bei den Schuldnerländern. Durch den Gang auf die privaten internationalen Kapitalmärkte hofften die Schwellenländer in den 70er Jahren, der Auflagenpolitik des IWF entgehen zu können. Die 10 wichtigsten kapitalistischen Industriestaaten besitzen 2/3 der Stimmrechte im IWF, da die Stimmanteile nach Kapitaleinlagen vergeben werden. Allein die USA kann mit ihrer Sperrminorität (mit ihrem mehr als 15 %-Anteil der Stimmen) alle wichtigen Entscheidungen blockieren.

Heute diktiert der IWF diesen Ländern durch seine Auflagen

- **Reallohnabbau, Haushaltskürzungen v. a. im Sozial- und Bildungsbereich**
- **sowie eine an den Erfordernissen des internationalen Kapitals orientierte Binnenwirtschafts- und Außenhandelspolitik.**

Weitere Auflagen des IWF sind:

- **Währungsabwertung und Zwang zur Senkung der Staatstätigkeit, was zum Abbruch von Entwicklungsprogrammen führt.**

Einziges Ziel dieser Politik ist die Erwirtschaftung von Exportüberschüssen, mit denen die Bankschulden bezahlt werden können. Lebenswichtige Importe (Nahrung etc) werden gedrosselt, Exportoffensiven — vor allen in ebenfalls betroffene EL — werden forciert. Auf diese Weise erzielen Länder, in denen Millionen im Elend leben, Exportüberschüsse und werden, so absurd und menschenverachtend dies ist in die Situation von Nettokapitalexporteuren gezwungen. Den Auflagen des IWF können die betroffenen Schuldnerländer kaum entgehen, da von dessen „Wohlverhaltensbescheinigung" weitere lebensnotwendige Kredite der Banken abhängen.

6. Lösungsmöglichkeiten dieser gefährlichen Krisensituation sind nicht in Sicht, sofern man die gegenwärtigen Machtverhältnisse und Interessen berücksichtigt. Gewinner und Verlierer dieser Krise lassen sich jedoch ausmachen:

- die international operierenden Banken, obwohl bei Heranziehung üblicher Kennziffern in einer teilweise gefährlichen Situation, haben Mechanismen zur Vergesellschaftung der Risiken und Verlust aus der internationalen Verschuldungskrise entwickelt: Kommende etwaige Kreditausfälle werden bereits heute über hohe Zinsspannen etc. erwirtschaftet, und zunehmend werden Kreditrisiken auf öffentliche Institutionen abgewälzt. Kommt es nicht zu spektakulären Zahlungseinstellungen wichtiger Schuldnerländer oder zum „Platzen von Umschuldungsverhandlungen, dürften die Banken die Gewinner der Krise sein.
- Die Lasten der Bankenstrategie verteilen sich auf die EL und auf die abhängig Beschäftigten in den IL. Die Hauptlast der Krise wird, wie gezeigt, den Schuldnerländern aufgebürdet.

Die Krise der Schuldnerländer wird jedoch zunehmend auch zur Krise der „Gläubigerländer". Die Exporte in die verschuldeten Regionen gingen 1982 und 1983 drastisch zurück, wodurch zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet wurden. Die hohen Realzinsen bedeuten eine Umverteilung von Konsumenten, von weniger liquiden Unternehmen und vom Staat zu den Kreditinstituten. Dies schwächt die wirtschaftliche Erholung in der BRD. Zu erwarten ist, daß von der internationalen Finanzkrise stagnative Wirkungen auf den Welthandel und die Weltwirtschaft ausgehen und zusätzliche Beschäftigungsprobleme in den IL erzeugt werden.

Eine Verbesserung der Verschuldungssituation vieler EL könnte durch eine deutliche Zinssenkung und durch langfristige Kreditstundung erreicht werden. Ein großer Teil der Kreditforderungen müßte gänzlich abgeschrieben werden. Selbst wenn solche und weitere Vorschläge (Marshallplan für die Dritte Welt) realistisch und durchsetzbar wären, erforderte eine wirkliche Krisentherapie Mittel gegen die tieferliegenden und längerfristigen Ursachen der Krise: Eine Neuordnung der Weltwirtschaft zugunsten der EL und eine Orientierung der EL auf nationale, demokratisch bestimmte, angepaßte Entwicklungswege.

Hinweis für unsere Leser

Die Fotos, die in den „blättern" Nr. 120 auf den Seiten 11 und 12 verwendet wurden, sind entnommen aus „das neue China" Heft 3/83 und 1/84.

Dokumentation: Stellungnahme der Grünen

Verminderung der Weltmarktabhängigkeit

Forderungen der Bundestagsfraktion der Grünen zur Entschuldung der Entwicklungsländer

Die Grünen setzen sich (...) für gerechtere Handelsbedingungen der III. Welt ein, weil durch die immer ungünstiger werdenden „Terms of Trade" (reale Austauschverhältnisse) die Entwicklungsländer wirtschaftlich gelähmt werden: sie verlieren mangels Devisen, die „Teilnahmebons für den Weltmarkt", die wirtschaftspolitische Manövrier- und vor allem Reformfähigkeit. Gerechtere Bedingungen sollen nach grünen Vorstellungen jedoch kein Vehikel zu noch stärkeren weltwirtschaftlichen Verflechtungen nach dem heutigen Strickmuster der Arbeitsteilung sein. Die Naturschätze der III. Welt dürfen nicht länger Objekt gigantischer Ausbeutung durch den Norden sein, auch nicht für etwas bessere Austauschbedingungen. Die Zwangsintegration der ehemaligen Kolonien in den Weltmarkt muß abgebaut werden, was auf eine stärkere Binnenmarktorientierung dieser Länder hinauslaufen muß. Genau dies aber konterkariert der Währungsfonds dadurch, daß er den zahlungsunfähigen Ländern nur noch unter der Bedingung Umschuldungskredite anbietet, daß sie ihre letzten Reserven mobilisieren, um nach „bewährter" Arbeitsteilung die Bodenschätze oder die landwirtschaftliche Nutzfläche der III. Welt für den Export nutzbar machen.

Die Politik der Nötigung der III. Welt zur Fortsetzung des Weltmarktaustausches kann nur dann gestoppt werden, wenn die drückende Schuldenlast beseitigt wird. Die Grünen fordern deshalb als Sofortmaßnahme ein Moratorium für die Schuldendienstzahlungen. Darauf muß ein langfristige Entschuldung der Entwicklungsländer (keine Umschuldung) in internationaler Abstimmung ausgearbeitet werden. Wichtig ist dabei, daß hier nicht vereinzelte Länder mit dem übermächtigen IWF verhandeln müssen, sondern ein **Gesamtplan** erstellt wird, den alle Länder tragen können. Die wachsende Zusammenarbeit der Schuldnerländer untereinander, wie sie sich in den letzten Monaten in diversen lateinamerikanischen Schuldner-Konferenzen dokumentierte, wurde in diesem Zusammenhang von den Grünen als ein gelungener Ansatz ausdrücklich begrüßt[1]

Wer zahlt die Schulden?

Die Streichung der Auslandsschulden eines Landes braucht dabei nicht auf eine völlige Freistellung der konkreten Schuldner von Rückzahlungsverpflichtungen hinauszulaufen. Denkbar wäre die Rückzahlung in einheimischer Währung anstelle von Devisen in einen staatlichen Entwicklungsfonds, der mit diesen Finanzmitteln Entwicklungsvorhaben im jeweiligen Land durchführen kann. Eine andere Möglichkeit wäre, einen großen Teil der ursprünglichen Rückzahlungsverpflichtungen an eine internationale Institution zu zahlen, die die Schulden vorher aus öffentlichen Mitteln von den Geschäftsbanken unter einem gehörigen Abschlag abgekauft haben muß („internationale Diskontbehörde"). Diese Organisation könnte dann ihrerseits entsprechende Entwicklungsprojekte fördern.

In jedem Fall muß die noch zu begleichende Devisen-Auslandsverschuldung der Staaten auf ein Maß und eine Verzinsung zurückgeführt werden, die in einem vertretbaren Verhältnis zur Exportleistung im Rahmen einer binnenorientierten Wirtschaftsstruktur steht.

Da eine Entschuldung der Entwicklungsländer nach den Vorstellungen der Grünen einen erheblichen Vermögensverlust für die Gläubiger bedeutet, stellt sich direkt die Frage: Wer soll das bezahlen? Soweit es öffentliche oder öffentlich garantierte Kredite der westlichen Industrieländer betrifft, wird kein Weg darum herumführen, daß die Verluste auf die jeweiligen Staatshaushalte zurückfallen. Hier wäre das Risiko sozialisiert.

Was die Verluste der privaten Geschäftsbanken angeht, so sollten diese allerdings nicht von vornherein auf staatliche Töpfe abgewälzt werden. Die Geschäftsbanken haben ohnedies bereits erhebliche Wertberichtigungen vorgenommen, d. h. die unsichersten Kredite abgeschrieben. Da die Banken grundsätzlich bis an die Grenze ihrer ökonomischen Möglichkeiten in die Risiko-Pflicht genommen werden müssen, werden sie zum Verlustauffang sicherlich noch erhebliche Reserven in Anspruch nehmen müssen, die sie allerdings in den vergangenen „unproblematischen" Auslandsverschuldungsjahren im Durchschnitt zur Genüge angehäuft haben.

Sollte die eine oder andere Bank tatsächlich in Gefahr geraten, so wird auch hier kein Weg am Einsatz öffentlicher Mittel vorbeiführen, will man nicht das sensible finanzwirtschaftliche Geflecht abrupt zerreißen lassen. Ein solcher Einsatz muß allerdings einhergehen mit einer entsprechenden Übertragung von Eigentumsrechten.

Für die Bundesrepublik, deren problematische Kredite vor allem an Osteuropa vergeben sind (von wo die Rückzahlung zumindest derzeit nicht so gefährdet scheint), ist die Lage nicht so dramatisch wie für die Banken der USA. Die US-Banken sind besonders stark in den Problemländern Lateinamerikas engagiert, von daher werden auf den ohnedies durch die Wahnsinnsrüstung stark strapazierten US-Haushalt im Zweifelsfall vehemente Zusatzbelastungen fallen. Allerdings erfreuen sich in den USA Einzelbranchen einer ungeheuren Liquidität (wie die große Fusionswelle derzeit belegt), so daß hier Umwälzungen denkbar wären. Unbedeutend wären die Entwicklungen in den USA für die Bundesrepublik jedenfalls nicht, weil über die engen Finanzverbindungen auf dem Eurogeldmarkt Krisenerscheidungen in den USA sich sofort über den Atlantik fortsetzen könnten.

Die Grünen und der IWF

Es kann für die Grünen keine Lösung sein, den IWF in seiner jetzigen Form zu stärken, etwa durch eine erneute Quotenerhöhung. Eine Quotenerhöhung, die den Sinn hätte, die zahlungsunfähigen Entwicklungsländer noch weiter durch die gewohnten Umschuldungsverhandlungen des IWF mit den ihm eigenen Bedingungen vor dem Bankrott zu retten, würde diese Länder an der Umstrukturierung ihrer Wirtschaft hindern, somit ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt noch vertiefen. Auf den ersten Blick stimmen die Grünen zwar mit der Ablehnung der Quotenerhöhung durch die Konservativen überein, aber eben nur auf den ersten Blick. Die

Bundesregierung, aber noch stärker die Reagan-Administration lehnt die Quotenerhöhung immer nur so lange ab (entgegen den Forderungen aus den Reihen der Entwicklungsländer), wie sie den Entwicklungsländern noch kurzfristig ein wenig Luft verschaffen könnte. Im letzten Moment, wenn die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit einer Reihe von Staaten ansteht, wird eine Kapitalaufstockung auch von konservativer Seite weitgehend befürwortet, eben um bei einem Verzicht auf grundsätzliche Lösungen — wie sie die Grünen fordern — die alten Abhängigkeiten fortzuschreiben, und die eigene Finanzwelt nicht zu gefährden. Daher ist der Übereinstimmung in der Ablehnung der Quotenerhöhung zwischen den Grünen und der Bundesregierung nicht zuviel Gewicht beizumessen. Im übrigen wäre eine Quotenerhöhung bei der oben skizzierten Lösungsstrategie obsolet.

Es ist eine Illusion, den Internationalen Währungsfonds mit seinem derzeitigen Stimmrechtsverhältnis in einer Weise reformieren zu wollen, die eine Stärkung, also eine Quotenaufstockung in einem anderen Licht erscheinen ließe. Viel wichtiger ist daher das Streben nach größerer Transparenz der IWF-Politik. Seit 1978 ist die Politik des Fonds beispielsweise nicht mehr Gegenstand bundesdeutscher Parlamentsgremien. Seinerzeit hat die sozialliberale Koalitionsmehrheit ein Gesetz in Bundestag durchgesetzt, das diesen ganzen Komplex als nicht mehr zustimmungsbedürftig festlegt. Eine Novelle dieses Gesetzes, die dem Parlament wieder ein Mitspracherecht einräumen würde, könnte zwar nicht die bundesdeutsche Fonds-Politik revidieren. Die dann erzwingbaren Parlamentsdebatten würden jedoch Gelegenheit zur Darstellung kritischerer Positionen bieten.

Und danach?

Die Lösung der derzeitigen akuten Währungskrise allein würde noch keine Wege aufzeigen, die ähnliche Entwicklungen in Zukunft vermeiden. In dieser Frage sind sicher nicht nur die Geschäftsbanken, die Gesetzgeber und Regierungen der Industrieländer gefordert, sondern ebenso die verantwortlichen Politiker der Entwicklungsländer. Einige einzelne Vorschläge zur Reform des internationalen Finanzsystems sind bereits seit einiger Zeit im Gespräch. Insbesondere die Einbeziehung der ausländischen Tochtergesellschaften nationaler Banken (und die „offshore-Banken") in die staatliche Kontrolle des Kreditwesens (z. B. Novelle des Kreditwesengesetzes) und die stärkere Beobachtung der Kreditposten der einzelnen Länder, eine Art übernationaler Überwachungsstelle, die beizeiten Alarm schlägt, werden als Lösungsansätze gepriesen.

Auch die Grünen werden sich nicht mit der „Freiheit" der Banken, die zur jetzigen Situation geführt hat, abfinden. Eine Ursache der jetzige Krise liegt jedoch in der Gigantonomie des internationalen Finanzsystems und vor allem seiner Vernetzung. In immer größerer Geschwindigkeit nutze die Geschäftsbanken jeden Pfennig zur reinen Finanzanlage — wenn nötig am anderen Ende der Welt — um die Zinseinnahmen zu optimieren. Die anteilsmäßig immer geringeren Realinvestitionen ließen das Karussel der gegenseitigen Finanzanlagen quasi im Leerlauf immer schneller laufen, bis es heiß wurde, und zwar im globalen Maßstab und mit multiplizierenden Größenordnungen.

Eine Verringerung der Weltmarkabhängigkeit und die stärkere **Binnenmarktorientierung** der einzelnen Länder wird von einer Einschränkung der internationalen Finanzbeziehungen begleitet sein müssen, und zwar in gleicher Weise überproportional, wie sie sich bei der Expansion der Weltmarktes überproportional ausgedehnt haben. Die Finanzierung des Devisenbedarfes der Entwicklungsländer sollte zunehmend von Finanzinstitutionen der entsprechenden Regionen vorgenommen werden, um die Vorherrschaft der von den westlichen Industrielländern dominierten Organisationen — wie Weltbank und IWF — einzudämmen. Wichtig bei der **Installierung regionaler Finanzierungsinstitutionen** ist, daß diese nicht auch von Kapitalgebern aus dem Norden beherrscht werden, die vor allem wieder weltmarktorientierte Projekte fördern würden.

Die **Rolle des Dollars** auf dem Weltmarkt ist auf die Dauer ebenfalls nicht tragbar. Die Außenwirtschaftsinstanzen der Bundesrepublik, anderer westeuropäischer Länder und auch Japans sollten dazu gedrängt werden, die Bedeutung des Dollars als Weltgeld zurückzuschrauben. Durch die Rolle des Dollars als Weltgeld bestimmten die binnenwirtschaftlichen Verhältnisse der USA, vor allem die Hochrüstung, derzeit die Verschärfung der Krise mit. Durch die Rüstung wird die Haushaltsverschuldung in astronomische Höhen getrieben, und die Zinsen steigen entsprechend. Da die meisten Kredite an die verschuldeten Länder mit variablen Zinssätzen ausgestattet sind, erhöht sich deren Zinsschuld entsprechend um Milliardenbeträge. Darüberhinaus werden die USA durch die hohen Dollarzinsen als Finanzanlageland attraktiv, wodurch der Dollar an den internationalen Devisenbörsen im Wert erheblich steigt. Auch dies macht die Rückzahlung der auf Dollars ausgestellten Kredite erheblich teurer. Daß die USA durch die ausländischen Finanzanlagen im eigenen Land zum größten Schuldner heranwachsen können, stört die Finanzmanager wenig, solange die Dollars zur Zurückzahlung im Lande gedruckt werden können. Eine Rückstufung des Dollars aus seiner heutigen erhabenen Rolle wäre allerdings eine politische Entscheidung, die auch aus anderen, als aus ökonomischen Blickwinkeln zu beurteilen wäre.

Ulli Kulke

Anmerkungen

1)Klar ist, daß die Entschuldungsprozedur aus Budget- und Bilanzrechtlichen sowie ökonomischen Sachzwängen herausgehoben und politisiert werden muß. Vor allem die Entwicklungspolitik muß hier im Vordergrund stehen.

Literaturliste zum Thema Internationale Verschuldung/IWF/Weltbank

Abdalla, I.-S.: The Inadequacy and Loss of Ligitimacy of the IMF, In: Development Dialoque 2/80, pp. 25-53

Bird, G.: Developing Country Interests in Proposals for international Monetary Reform; In: Adjustment and Financing in the Developing World ed. by T. Killik, Washington, D. C. 1982 pp. 198-232.

Boeck, K. : Die währungspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer zur Schaffung einer NWWO, Hamburg 1978.

Bennholdt-Tomsch, V.: Investition in die Armen; zur Entwicklungspolitik der Weltbank in: Lateinamerika 4; Olle & Wolter 1980 S. 74

Betz, J.: Verschuldungskrise der Dritten Welt?, in: Jahrbuch Dritte Welt Nr. 1, München 1983, S. 30-44

Crockett, A. D.: Stabilization Policies in Developing Countries: Some Policy Considerations, (in): IMF Staff Papers, Vol. 28 (1981), No. 1 (March).

Eberhart; H. : Zur Politik des IWF in Jamaica, (In): Prokla, 11. Jg. (1981), Nr. 1 (Heft 42), S. 79-91

Fields, G. S.: Poverty, Inequality and Development, New York 1980

Gerster, R.: Fallstricke der Verschuldung. Der IWF und die EL, Basel 1982, 328 S

Gisselquist, D.: IMF, Center for International policy, Washington D. C. 1981

Girvan, N. et. al: The IMF and the Third World: The Case of Jamaica 1974-1980, ebda, pp. 113-115. Swallowing the IMF Medicine in the Seventies, (in. Development Dialoque 2/1980, pp. 55-74

Guitan, M.: Economic Management and IMF Conditionality, in: Adjustment and Financing in the Developing World, ed. by T. Killik. Washington, D. C. 1982, pp 73-104.

Gold, J. „To Contribute ... To Developing Members, in: The Columbia Jour of Transnational Law, Vol. 10 (1971), No. 2 22. 267-302.

Hoffman, D.: IWF-Politik braucht soziale Komponente; in: Gefährdete Weltfinanzen, hrsg. von H. B. Schäfer, Bonn 2 1980, S. 227-240.

Horsefield, K.: The IMF 1945-65. (3Bde.) Washington, D. C. 1969.

Hankel, W.: Die Schuldenkrise, ein Problem der Dritten oder der Ersten Welt? Umschuldung oder Schuldenerlaß? in: Blätter f. deutsche u. internationale Politik Nr. 1, 1984, S. 64-79

Hürni, B.: Die Weltbank, Funktion und Kreditvergabepolitik nach 1970; Diessenhofen 1980.

IDA (Hrsg.): IDA in Retrospect: The First Twenty Years of the IDA Washington, D. C. 1982.

Kessler, W.: Der IWF und die Sozialdemokratie. Verlag Wolfgang Herting-Gorre Konstanz 1982

Killig, T.: The Quest for Economic Stabilization. The IMF and the Third World, sowie The IMF and Stabilization. Developing Country Experiences. London 1984

Körner, P. u. a.: Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfond und die Dritte Welt. Hamburg 1984

Knieper, R.: Zurichtung nationaler Politik durch internationales Recht? In: Kritische Justiz (Jg. 12, Heft 3 Ffm 1979)

Leithäuser, G.: Der IWF und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seinem Einflußbereich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1973), Nr. 3, S. 290-306

Laar, A. v. d.: The World Bank and the Poor. Boston — The Hague — London 1980

Lichtensztejn, S.: Zur Stabilisierungspolitik in Lateinamerika, in: Lateinamerika 6, Berlin 1982, S. 80-113.

Mason, E. S./Asher, R. E.: The World Bank Since Bretton Woods; Washington, D. C. 1973.

Meschkat, K.: Weltbank, Nationalstaat und Kleinbauern. Zu den ökonomischen, sozialen und politischen Zielen des Programms integrierter ländlicher Entwicklung in Kolumbien. In: Staat und Entwicklung, hrsg. von R. Hanisch und R. Tetzlaff. Frankfurt/New York 1981, S. 514-534.

Meschkat, K.: Kredite statt Land, das Kleinbauernprogramm der Weltbank in Kolumbien. Lateinamerika 4/1980, S. 97

Niessen, B.: Der Aufbau der Weltbank, in: Das Trojanische Pferd — Die „Auslandshilfe" der USA, hrsg. von St. Weismann, Berlin 1975, S. 25-47.

Nord-Süd-Kommission („Brandt-Kommision"): Das Überleben Sichern; Köln 1980; (Kap. 13, S. 253 ff.).

Payer, Ch.: IWF und Dritte Welt; in: Das Trojanische Pferd — Die Auslandshilfe der USA, hrsg. von St. Weismann, Berlin 1975 S. 48-58.

Ders.: The Dept Trap. The IMF and the Third World; Harmondsworth 1976

Ders.: The World Bank. A Critical analysis, New York 1982

Powers, T. A. (Hrsg.): Estimating Account Prices for Project Appraisal. Washington, D. C. 1981.

Rweyemamu, J. F.: Restructuring the IMF, in: Development Dialoque 2/80, pp. 75-91.

Schäfer, H. B.: Gefährdete Weltfinanzen, Bonn 1980

Schubert, A.: Internationale Kreditumschuldungen, Flickschusterei im Weltmaßstab, in: links, Nr. 156, 1983.

Ders.: Von der Verschuldungskrise zum internationalen Finanzchaos?, in: Weltpolitik Nr. 2, S. 66-88

Strange, S.: International Monetary Relations, London 1976.

Streeten, P.: First Things First: Meeting Basic Human Needs in the Developing Countries; Oxford University Press 1981.

Stiehler, Ulrich: Zur Reform des IWF, in EPD-Entwicklungspoltitik, Nr. 8/76

Taake, Hans-Helmut: Verwaltete Währungskrise und Reform des internationalen Währungssystems unter bes. Berücksichtigung der Entwicklungsländer, Bern/Stuttgart 1977.

Tetzlaff, R.: Die Weltbank, München/London 1980
Die Weltbank, Anwalt der Armen? Der Überblick, Sept. 1981 S. 129-133

World Bank: Debt and the Developing World. Current Trends and Prospects (An Abriged Version of World Debt Tables 1983-84 Edition), Washigton D. C., 1984

Zeitschriften:

- Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z)
- Finanzierung und Entwicklung (F+E), Vierteljahreshefte des IWF
- Solidarität (SKAAL), Nr. 67, Mai 1982, Zürich, „Im Würgegriff des Währungsfonds"
- EPK, Heft 2/1983, Bezug: epk, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19, Preis: 4,- DM
- EPK, Heft 17/84, Bezug: epd, Postfach 170361, 6000 Frankfurt 17, Preis: 3,- DM
- Peripherie, Nr. 15/16 — Weltwirtschaftskrise, Bezug: FDCL Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Preis: 16,- DM

Rezension

Afrika den Europäern!

Wir Europäer plündern nicht nur die Welt aus, wir leisten uns zuweilen auch Gewissensbisse. Nur schön weit zurückliegen müssen die Anlässe. Zum Beispiel in diesem Jahr: Am 15. November vor 100 Jahren setzten sich in Berlin Vertreter von 13 europäischen Mächten und den USA zusammen, um ihre Interessen in Westafrika und dem Kongobecken einvernehmlich zu regeln. Die Kongo-Konferenz gilt heute allgemein als Markstein imperialer Selbstherrlichkeit. Heute reden Nord und Süd miteinander über die europäisch/amerikanischen Interessen.

Solch demokratisierter Imperialismus gestattet es den Ideologen, über den Hunger in Afrika zu reden, ohne sich zu schämen. Im Gegenteil: je mehr dort sterben, desto entschiedener können wir unsere menschliche Güte in Szene setzen. Da kann der Neger mal wieder sehen, wie wir Weißen sind.

Als ob er es nicht längst wüßte. Für die Afrikaner ist die Kongofonferenz nämlich keine Vergangenheit, sondern aktuell wie eh und je. Warum sollten sie in ihrem Elend auch noch unterscheiden zwischen denen, die ihren Kontinent zerstückelten und denen, die ihnen heute milde Gaben schikken.

In der Tat ist der Unterschied kaum der Rede Wert. Das stellen Ruht Weiss und Hans Mayer in ihrem Buch zur Kongokonferenz heraus. „Afrika den Europäern!" — vor 100 Jahren hat man dafür gesorgt, daß das noch heute selbstverständlich ist. Ganz ohne Nebenkosten klappte die Ausbeutung dabei nie, früher war es der Aufwand für die Kolonialarmee, heute für Entwicklungshilfe und Hungerspenden.

„Geht fort! Geht fort! Fremde sind alle schlecht. Wir haben nichts — nichts" beschwor ein Kongolese den im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. reisenden Stanley (95). Die Afrikaner am unteren Kongo wußten genug über die Europäer, schon bevor die Ära der Kolonialreiche anbrach. Seit dem 15. Jahrhundert litten sie unter dem Kontakt mit ihnen. Die gleiche Erfahrung hatten die Indianer Amerikas machen müssen. „Columbus war kein Freund von mir", heißt es in einem Reggae, der in den Reservaten Nordamerikas sehr beliebt ist. Amerikaner wie Afrikaner verloren in wenigen Jahren an die Europäer die Herrschaft über ihre eigene Geschichte. Man begann, über sie zu verfügen, so entscheidend, daß sie bis heute nicht aus den Bahnen, in die sie gedrängt wurden, ausbrechen konnten.

Weiss/Mayer verfolgen die Geschichte dieser Beherrschung Afrikas, Ihr Buch läßt sich in vier Teile gliedern:

- den europäischen Aufgalopp im Afrika der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts;
- die Berliner Konferenz selber und ihre Konsequenz, die nunmehr wechselseitig sanktionierte Aufteilung des Kontinents;
- die Entwicklung des Kongo von einer europäischen Kolonie zum im europäischen Auftrag tyrannisierten Zaire; schließlich
- die Kontinuität imperialistischer Beherrschung, dargestellt am südlichen Afrika und an den hilflosen Bemühungen zur Vereinigung der Nationalstaaten.

Es geht dabei nicht um theoretische Erwägungen zum europäischen Imperialismus, noch um die systematische Erhebung des Ausmaßes der Ausbeutung Schwarzafrikas. Andererseits wird auch nicht einfach die Geschichte nacherzählt, vielmehr versuchen die Autoren, zwei zentrale Aussagen zu belegen, die Doppelbödigkeit der europäischen politischen Moral und die Erfolglosigkeit Afrikas, mit seinem kolonialen Erbe fertig zu werden (S. 8).

Nur schlaglichtartig wird die europäisch bzw. später die atlantische Entwicklung selbst eingeholt, vielleicht die einzige systematische Schwäche des Buches. Dieses eigentlich bestimmende Szenarium fiel einer Erklärung der Autoren zufolge dem Wunsch des Verlages zum Opfer, der dem Trend der letzten Jahre gemäß, ein nicht zu umfängliches "Bilderlesebuch" veröffentlichen wollte. In der Aufmachung schließt es dementsprechend an den vom gleichen Verlag 1979 zu den Berliner Horizonte-Festspielen herausgegebenen Afrika-Band („Texte, Dokumente, Bilder, ein Arbeitsbuch") an. Die Präsentation ist sehr gut gelungen, die Stiche, Karten und Fotos zu den einzelnen Kapiteln sind mehr als Illustrationsmaterial, sie erzählen zumeist schon für sich die Ereignisse. Es lohnt sich also, in dem Buch auch nur zu blättern.

Allerdings geht das auf Kosten des Teils der Geschichte, der uns am meisten beunruhigen sollte: Imperialistische Macht kommt nämlich sicher nicht nur aus den Gewehrläufen der Interventionsarmeen, kaum minder bedeutsam ist die durch Anteile an der Beute erkaufte soziale Akzeptanz imperialistischer Politik in den Metropolen selbst (vgl. das Ende des portugiesischen Kolonialreiches). Dieser Aspekt des „Nord-Süd-Gefälles" muß freilich sehr schnell über Sonntagsgefühle und Sonntagsbücher hinausführen.

Ohne den gesellschaftlichen Rahmen des europäischen Imperialsimus entsprechend berücksichtigen zu können, konzentrieren sich die Autoren auf Leben und Taten der europäischen Pioniere und ihrer afrikanischen Helfer. Einmal ganz abgesehen davon, daß sich das sehr fein liest, hat diese Darstellungsebene auch ihren Erkenntniswert, widerlegt sie doch implizit allzu plumpe Agententheorien.

Weiss/Mayer beginnen ihre Darstellung mit Belgiens König Leopold II. Offenbar als erster unter den europäischen Potentaten sah er die ökonomischen Perspektiven, die sich mit der Erforschung auch des Inneren Afrikas erschlosen. Die Männer der damaligen Forschergeneration, Livingstone etwa, Stanley, De Brazza oder Goldie, waren auf die eine oder andere Weise gebrochene Charaktere, meist gescheiterte Existenzen, die auf ihren Afrika-Reisen mehr als alles andere Anerkennung der feinen Gesellschaft zuhause suchten. Nur so konnten sie Pionierarbeit für die europäischen Nationen leisten, zu einem Zeitpunkt, als deren Interesse an kolonialer Landnahme noch keineswegs geweckt war. Die Geschäfte mit Afrika konzentrierten sich nach dem offiziellen Ende der Sklaverei, in der die Moralisten der freien Lohnarbeit umlautere Konkurrenz begriffen, auf punktuellen Handel, vor allem mit den westafrikanischen Stadtstaaten. Zumindest die Briten und das Deutsche Reich scheuten alle Verwaltungskosten und ließen ihre Händler, die in der Praxis sehr schnell vom Freihandel abgerückt waren und nach nationalem Schutz vor Konkurrenten verlangten, abblitzen. „Ich will gar keine Kolonien", erklärte Bismark 1871. „Man braucht sie zu nichts weiter, als einträgliche Ruheposten zu schaffen" (44).

Das änderte sich schlagartig infolge der ersten kapitalistischen Rezession Ende der 70er Jahre. Neue Investitions- und Absatzmärkte, für einzelne Staaten (Belgien) zeitweilig auch neue Siedlungsräume für die Arbeitslosen, galten jetzt als Allheilmittel. Die Kongokonferenz kam zustande, weil man die labile europäische Ordnung nicht aufgrund von Rivalitäten, die im Wettlauf um schöne Brocken des fernen Afrika neu aufgebrochen waren, aufs Spiel setzen wollte. Die beteiligten Nationen regelten faktisch nur die Machtverhältnisse im Kongobecken und im Nigergebiet, sanktionierten dabei jedoch gleichzeitig die Gesamtaufteilung und die Prinzipien effektiver Besetzung des Kontinents, auf dem sie nichts verloren hatten, aber viel zu finden hofften.

Fast binnen Jahresfrist wurde nun ganz Afrika aufgeteilt. Die Gewinnerwartungen waren grenzenlos, Stanley zum Beispiel träumte davon, europäische Klamotten an 90 Millionen nackte Afrikaner zu verkaufen (96). Indes erfüllten sich die glanzvollen Perspektiven der neuen Kolonialmächte

Die „Plätze an der Sonne" blieben Zuschußgeschäfte. Der deutsche Kolonialbesitz rentierte sich für das Reich bis zuletzt nicht. Einzig Togo erreichte im letzten Jahrzehnt unter deutscher Flagge eine ausgeglichene Bilanz und wurde deshalb, nicht etwa weil es dort so viel freundlicher zugegangen wäre, als „Musterkolonie" bezeichnet.

Immensen Gewinn machten dagegen die privaten Konzessionsgesellschaften — die Autoren illustrieren deren Aktivitäten am wohl drastischsten Beispiel, Leopolds „Freistaat Kongo", der bis 1908 ausschließlich ihm bzw. seinen Gesellschaften zur Kautschuck-Ausbeute überlassen war und erst als total runtergekommenes Stück Land in die Verwaltung Belgiens überging. Die Gesellschaften waren kaum an neuen Absatzmärkten, dafür um so mehr am Reichtum Afrikas, den Kolonialwaren interessiert. Von ihnen selbst oder für sie organisiert, wurden die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Afrikaner, deren Land und deren Arbeitskraft man brauchte, systematisch zerstört, ganze Regionen entvölkert und die Infrastruktur gemäß den europäischen Exportbedingungen verstümmelt.

Diese einseitige Integration in den europäischen Wirtschaftszusammenhang — welche die Autoren am Beispiel Kongo/Zaires weiterverfolgen — glaubte Anfang der 60er Jahre die erste Generation afrikanischer Nationalisten noch quasi im Handstreich, durch das Hißen eigener Fahnen, aufheben zu können. Sie wurden ganz schnell und überwiegend unsanft belehrt. Daß ein Mobutu schon vor der Unabhängigkeit auf Gehaltslisten der belgischen Sûreté und des CIA stand (111), mag dem Westen in dieser Phase zusätzliche Sicherheit gegeben haben, Macht und Ohnmacht waren auch ohne Figuren wie ihn so verteilt, daß eine Emanzipation von den metropolitanen Interessen nicht befürchtet werden mußte. Dies beleuchtet, so leid uns Europäern das tun mag, die letzlich doch marginale Rolle selbst der Mobutus, Amins oder Bokassas im Prozeß der fortschreitenden Verelendung der afrikanischen Staaten.

Kongo/Zaire ist ein besonders drastischer Fall der Entwicklung der Unterentwicklung, hier ist die Kluft zwischen potentiellem Reichtum und realem Elend besonders groß, hier operierten Interventionstruppen des Westens (zuletzt 1978) besonders schamlos. Weiss/Mayer geben einen Überblick, der in der zugänglicheren deutschsprachigen Literatur m. W. bislang fehlt. Schon das macht ihr Buch lesenswert und bereitet Lust auf detailliertere Informationen, etwa über die Person Lumumbas (er erscheint hier etwas naiv) oder über die Substanz diverser lokaler Aufstände, die vielleicht vorschnell als Befreiungskämpfe hochgelobt wurden/werden.

Der vierte Komplex des Buches befaßt sich mit dem südlichen Afrika. Dessen Geschichte ist zumindest in großen Zügen mittlerweile allgemein bekannt. Inwieweit über den „imperialistischen Stellvertreter", die Südafrikanische Republik dort auch Versuche, nichtkapitalistische Entwicklungswege zu gehen, verbaut werden, kann man schließlich aktuell in der Presse verfolgen (Nkomati-Abkommen). Unter solchen Bedingungen konnte auch aus Kwame Nkrumahs Vison einer afrikanischen Einheit nichts werden. Die von ihm initiierte OAU dürfte heute im Gegenteil weiter von ihren ursprünglichen Zielen entfernt sein als zum Zeitpunkt ihrer Gründung vor 20 Jahren. Sie blieb „das getreue Spiegelbild des Afrika, das Europa geschaffen hat" (180).

Was hat sich demnach in den 100 Jahren seit Bismarks Konferenz geändert? — Im Grunde nur eins: Wir können heute wissen und genau verfolgen, war wir anrichten.

Michael Stötzel

Ruth Weiss/Hans Mayer, Afrika den Europäern! Von der Berliner Kongokonferenz 1884 ins Afrika der neuen Kolonisation 224 S., zahlreiche Abbildungen, Großformat, Wuppertal (Peter Hammer Verlag) 1984 (28,- DM)

Leserbriefe

Liebe Redaktion der „blätter",

es hat wohl ganz den Anschein, daß der Bericht „Dritte Welt im Schuldturm" in Heft 119 zu einigen Kontroversen Anlaß gibt. Auch ich möchte zu einigen Punkten etwas anmerken.

1. Zur Schuldenursache 1:

Während der 70er Jahre verhielt es sich lange Zeit so, daß die realen Zinsen negativ waren, d. h. die Inflationsrate lag über der Zinsrate. Elmar Altvater vermerkt in den auch von euch zitierten Artikel (WSI-Mitt. 4/84, S. 200), daß dies zwischen 1973 und 1977 so gewesen sei; andere Autoren sprechen von noch längeren Zeiträumen, speziell hinsichtlich der Lage in den USA, wo diese Lage bis zur Zinsexplosion von 1979 Bestand hatte. Dieser Punkt ist übrigens wichtig für die politische Legitimation der US-amerikanischen Hochzinspolitik (hinzu kommt noch, daß dort — wie Verfechter der Hochzinzpolitik gerne betonen — selbst inländische Konsumenten ihren Schuldzinsen von den Steuern abziehen können, was den Realzins zusätzlich drückt!). Dies spricht dafür, daß Phasen niedrigster Zinsen (wie vor 1979) in absehbarer Zeit nicht erwarten sind.

2. Zur Schuldenursache 3:

Der Kausalzusammenhang zwischen Ölpreisexplosion und Schuldenkrise wird häufig genannt, ist aber durchaus nicht unumstritten; gegen diesen Zusammenhang spricht, daß der seit einigen Jahren zu beobachtende Verfall der Ölpreise mitnichten zu einer Entspannung bei der Schuldensituation der Schuldnerländer in der Dritten Welt geführt hat und daß die „Erfolge" Brasiliens bei der Ersetzung

von Erdölprodukten durch Agrar-Alkohol die Verschuldungskrise dieses Landes offensichtlich nicht wesentlich haben mindern können. Seitens der Ölimporteure ist wohl eher die allgemeine Verschlechterung der „terms of trade" von Bedeutung, die sowohl durch die Ölpreisexplosion als auch durch den Preisverfall anderer, selbst gewonnener Rohstoffe bedingt wurde. Hinsichtlich der Ölexporteure ist demgegenüber der Hinweis wichtig, daß einige dieser Länder durch den **Ölpreisverfall** so richtig in die Krise geschildert sind (Mexico, Nigeria, Venezuela).

3. Zum Eurodollarmarkt:

Es ist nicht ganz korrekt, sich allein auf den Eurodollarmarkt zu beziehen, sind doch für die Xenofinanzmärkte außereuropäische sog. Offshore-Bankplätze (Bahamas, Cayman, Bahrain, Singapur, Hongkong) von essentieller Bedeutung. Daneben ist es ein allerdings weitverbreiteter Irrtum, in der Existenz der Petrodollars einen zentralen Grund für die Expansion der Xenofinanzmärkte zu sehen. Th. Meinz (Vorstandsmitglied der hess. Landesbank) schrieb dazu vor einer Weile in einem Artikel in der ZEIT (Nr. 46 v. 12. 11. 1982): „... hielten die Ölländer kaum jemals mehr als ein Fünftel der Gesamteinlagen (bei der Eurobanken, J. M.-S.). Zum weit überwiegenden Teil kamen also die finanziellen Mittel aus den westlichen Industrieländern". Altvater weist an anderer Stelle („Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus", Opladen 1983, S. 62 ff.)darauf hin, daß bereits **vor** der ersten Ölpreiskrise der Eurodollarmarkt kräftig expandierte.

4. Zur Schuldenursache 5:

LIBOR (London Inter Bank Offer Rate) ist — als Zinssatz für Kredite der Eurobanken untereinander — nicht zu verwechseln mit der prime-rate, dem Zinssatz für Kredite von US-Banken an Kunden erster Bonität. Weil die prime-rate in den letzten Jahren um mehr als 2 % über dem LIBOR lag und Kredite an Länder der Dritten Welt zunehmend auf der Grundlage der prime-rate verzinst wurden, ergab sich so noch eine zusätzliche Belastung für die Schuldner (vgl. Altvater in WSI-Mitt. 4/84, 202).

5. Dauerhaft hohe Zinsen:

1.; daneben ist davon auszugehen, daß die allgemein — gerade auch in den westlichen Industriestaaten — ausgeweitete Staatsverschuldung zu einem Anstieg der Zinsen geführt hat. Hinzu kommt der Zinssteigerungseffekt von Umschuldungen („Risikoprämie"). Übrigens ist es für US-Banken (vorläufig noch) sehr einfach, ihren Mindestreserverpflichtungen zu entgehen — indem sie nämlich ihre Mitgliedschaft im Federal Reserve System, dem US-Bundesbanksytem, aufkündigen, alldieweil diese freiwillig ist.

6. Schmerzhafte Sanierungsauflagen:

Hauptkritikpunkt an den IWF-Auflagen sollte doch wohl sein, daß sie das Problem der Einkommensverteilung völlig vernachlässigen. Eine Erhöhung der agrarischen Erzeugerpreise z. B. ist völlig witzlos, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen zur Steigerung der Massenkaufkraft ergriffen werden; eine solche Nachfrageorientierung der Wirtschaftspolitik wird jedoch vom IWF aufgrund seiner ideologischen Orientierung abgelehnt.

Jörg Meyer Stamer

Welternährung

Welternährung: eine neue Koalition mit dem Ziel, effektive Auswege aufzuzeigen

Eine umfassende und neue Koalition von nicht-staatlichen Organisationen aus über 50 Ländern wird zwischen dem 12. und 15. November in Rom zusammenkommen, um ihr eigenes, alternatives Aktionsprogramm auszuarbeiten — in der Überzeugung, daß die offiziellen Strategien die Versorgung der Welt mit Nahrungsmitteln gefährden und an den tatsächlichen Herausforderungen durch Armut und Hunger vorbeigehen.

An der viertätigen World Food Assembly (WFA) werden rund 100 Vertreter von nicht-staatlichen Organisationen teilnehmen, davon wird etwa je die Hälfte aus dem Norden und aus dem Süden kommen. Dies wird die einzige größere Veranstaltung anläßlich des 10. Jahrestages der Welternährungskonferenz (World Food Conference) der Vereinten Nationen sein, die 1974 in Rom stattfand und während der verkündet wurde, daß binnen 10 Jahren „kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen und keine Familie mehr um das Brot für den nächsten Tag fürchten" müsse.

Obgleich die Nahrungsmittelproduktion zur Versorgung der zunehmenden Weltbevölkerung gestiegen ist, ist das WFA-Sekretariat der Meinung, daß in Wirklichkeit in den letzten 10 Jahren mehr Menschen an Hunger gestorben sind und heute mehr Menschen ohne das Recht auf Nahrung leben als jemals zuvor in der menschlichen Geschichte.

Offizielle Stellungnahmen 10 Jahre nach der Welternährungskonferenz enthalten wenig Hoffnung auf eine Umkehr der Trends und unterstreichen so den dringenden Bedarf nach alternativen Ansatzpunkten und Wegen.

Die WFA-Analysen basieren auf den Forschungen und der praktischen Arbeit von vielen unabhängigen Gruppen während der letzten 10 Jahre. Die WFA wird die erste Gelegenheit bieten, bei der Vertreter des gesamten nicht-staatlichen Sektors — Bauernorganisationen, Dritte Welt Gruppen, Ernährungswissenschaftler, Umweltschützer, Gewerkschaften und private Hilfsorganisationen — zusammenkommen können, um eine gemeinsame Bewegung zur Veränderung der Verhältnisse zu starten. Vorbereitende Treffen wurden bereits in verschiedenen Ländern abgehalten, um Vorstellungen und Aktionen abzustimmen.

Die Debatten während der WFA werden überwiegend in den acht Arbeitsgruppen geführt werden, die sich mit Schlüsselfragen der Nahrungsmittelversorgung und der ländlichen Entwicklung befassen[1]. Die Ziele des Treffens sind:

— die Solidarität zwischen gleichgesinnten Organisationen und Gruppen zu fördern und den Bereich für gemeinsame Aktivitäten zu erweitern
— die vereinte Kraft der Koalition zu benützen, um Druck auf die offiziellen Entwicklungs-Institutionen auszuüben und Veränderungen herbeizuführen
— die öffentliche Meinung für an den Grundbedürfnissen orientierte Entwicklungs-Alternativen zu mobilisieren.

Die Schlußfolgerungen des Treffens sollen in einem WFA-Manifest zusammengefaßt werden, das die Verpflichtung seiner Unterzeichner zum Ausdruck bringen wird, für die beschlossenen Ziele zu arbeiten. Neben der Tagung an sich soll das Treffen als Katalysator für eine beständigere Zusammenarbeit zwischen den Basis-Gruppen dienen. Ein spezielles Komitee wird sich mit der Ausarbeitung von Arbeitsprogrammen für die Zeit nach der WFA befassen.

Kontaktstelle für weitere Informationen:
Robin Sharp
WFA Secretariat
120, Buckingham Palace Road
London SW 1, England
Tel.: 01-730.2169 oder 723.0147

Übersetzung: Bernd Riegraf
Julius-Brecht-Straße 7
7800 Freiburg i. Br.

Anmerkungen:

1. Gegenwärtige Trends in der Globalisierung der Landwirtschaft
2. Potentielle Betätigungsfelder für Veränderungen im Süden
3. Nahrungsmittel-Systeme im Norden: die dunkle Seite des Überflusses
4. Neue Formen von Nord/Süd- und Süd/Süd-Kooperation und -Handel
5. Institutionen und die Hungernden: Ernährung und die offiziellen Hilfseinrichtungen
6. Die Rolle und Aktivitäten der nicht-staatlichen Organisationen
7. Forschung und Technologie für die Menschen
8. In Richtung auf eine neue Definition des Rechts auf Entwicklung

Zeitschriftenübersicht

EPK 3/84: Gift und Geld, Pestizide und Dritte Welt

Inhalt: Das Gift kehrt in die Metropolen zurück. Farben — Giftgas — Pestizide. Die Menschen in der Dritten Welt wehren sich. Werbung für Gift. Ein lohnendes Geschäft für die Multis. Ein liebenswürdiger Mäzen. Gesetze allein genügen nicht: das Beispiel Simbabwe. Zweierlei Maß — Das neue Pflanzenschutzgesetzt.
32 S., Preis 4 DM, Bezug: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 6, Septe./Okt. 1984

Schwerpunkt: 100 Jahre Kolonialismus in Namibia
- Die Vergangenheit bewältigen — die deutsche Verantwortung für Namibia
- Ein Bremer Kaufmann und die Folgen
- Im Dschungel der Bibliotheken
- Nation durch Sprache: Eine Herausforderung für Namibia
- Wilde, Kaffern und Exoten
- Der politische Widerstand der Frauen in Namibia
- Zwischen den Stühlen? ... ist in Sa kein Platz: Kontroverse um Indaba
- ZANU-Kongreß
- Interview mit Minister Makoni
- Wölfe im Schafspelz: SI-Konferenz in Arusha
- Daimler-Benz: Störung im Gottesdienst des Kapitals

Mittelamerika Magazin 41 (September 84)

El Salvador: Die Rolle der USA in El Salvadors offiziellem Terror-Guatemala: Coke macht mehr daraus; Die Juli-Wahlen-Mexiko: Neue Flüchtlingspolitik-Honduras: Wasserkraftwerk-Alternative für Honduras?; Neuverhandlungen über militärische Zusammenarbeit mit den USA-Nicaragua: Wahlvorbereitungen, trotz Boykott-Aufruf: 1,4 Mio schrieben sich ein; Ein willkommenes Verbot; Gründung der Einheitspartei hat nicht geklappt — Solidaritätsarbeit: Bericht vom Nicaragua-Bundestreffen; Aufruf des El Salvador-Komitees Westberlin; TU Berlin: Kooperation mit Uni in Nicaragua; Arbeitsbrigaden: Nicaragua, Pantasma, jetzt erst recht! — Rezension: Freiheit und Demokratie; Halbzeit für „Dialog Dritte Welt"

Nicaragua-Informationen für die Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften September 1984

Schwerpunkt: Wahlen unter Kriegsbedingungen Coordinadora boykottiert die Wahl — Welche Parteien stellen sich zur Wahl? DGB Offenbach unterstützt Nicaragua — CUS vor der Spaltung — Endlich was mit Hand und Fuß — Gewerkschaft Holz und Kunststoff schenkt Nicaragua ein komplettes Sägewerk
Bezug kostenlos: DGB Hessen Abt. Jugend, Wilhelm-Leuscher-Str. 69-77, 6000 Frankfurt/M.

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Auswertungsheft des diesjährigen Bundeskongresses:

Buko Auswertungs-Resolutionen, Auswertung, Aufruf zur Demo am 3. 11., Buko 9: Ökologie und III. Welt.
zu beziehen bei FEA-Verlag, IG „III. Welt", Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21.

BRD und „Dritte Welt", Band 20 Nicaragua-Solidarität:

Entstehung der ersten Nicaragua-Solidaritätsgruppen und ihr Selbstverständnis — Die Solidarität der Sandinisten im Juli 1979 — Die Diskussion in der Soli-bewegung über das Verhältnis zur „Befreiungsbewegung an der Macht — Die Anti-Interventionsbewegung — Die Verbindung der Solibewegung zur Friedensbewegung — Auseinandersetzungen in der FSLN beim Wiederaufbau — Der Konflikt bei den Miskito-Indianern — Wie nun reagiert die Sili-Bewegung auf diese Ereignisse?
48 S., 4,-, zu beziehen bei Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel.

ila-info Nr. 80, Oktober 1984, Preis: DM 3,-

Schwerpunktthema: Solidarität und Frieden für Mittelamerika
„Ich glaube, sie wollen die Dinge unter Kontrolle halten", Interview mit Noam Chomsky. **No pasaran,** zwei Kaffeefarmen wurden in Nicaragua von der Contra zerstört. **Die Parteien in Nicaragua. Flächenbombardements in El Salvador,** Helft den Opfern! Honduras Streitkräfte: **Nationaler Aufbruch im Schatten des US-Imperialismus. Besser geht's mit Coca Cola,** Menschenrechtsverletzungen im guatemaltekischen Abfüllbetrieb EGSA. **Die formale Demokratie mit Inhalt füllen,** Argentiniens schwieriger Weg. **... Maluf, das größere Übel,** Präsidentschaftskandidaten in Brasilien. **Peru wird langsam eine Folterkammer.** Eindrücke einer Reise: **„Wer wäscht die Wäsche in Kuba?"**

Ländernachrichten:
Grenada — ein Jahr US-Besatzung. **Guatemala** — Die „zivilen Selbstverteidigungsgruppen" und die Verschuldung der Bauern.

Solidaritätsbewegung:
Plädoyer für einen Kongress gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik in der „3. Welt". BRD — Entwicklungshilfe an El Salvador. Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt. Vor falschen Propheten wird gewarnt, Kommentar zur Rede von Octavio Paz anläßlich der Verleihung des „Friedenspreises des deutschen Buchhandels". **Terre des Hommes verlangt Kennzeichnungspflicht für Produkte aus Kinderhand.** Notizen aus der Bewegung, Termine, Zeitschriftenschau und Materialliste (Ergänzung)

Der **Envio** ist die Zeitschrift der Institut Historico Centroamericano in Managua — Nicaragua. Sie erscheint monatlich und enhält jeweils eine detailierte Analyse der aktuellen Ereignisse und zumeist zwei Hintergrundberichte zu den Bedingungen nicaraguanischer Politik und des nicaraguanischen Alltags.
Die Themen der letzten Ausgabe (Nr. 39) sind:
- Die Offensive gegen Nicaragua und seine Wahlen: Ein neuer Schritt hin zur Invasion?
- Politische Parteien und Bewegungen in Nicaragua (Teil II)
- Die Contadora-Verhandlungen: Erwartungen und Wirklichkeit

Der Envio ist zu beziehen bei: Edition Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal
Preise: Probeheft DM 4,00; Halbjahresabo DM 20.00, Förder/Organisationsabo DM 30.00 jeweils zuzüglich Porto.

epd-Entwicklungspolitik 19/20 84 (Okt.)

Inhalt: Wirtschaftliche Probleme beim Wiederaufbau Nicaraguas. — Das Andere Amerika: Die Kirchen — Ökumenische und andere Organisationen — kirchliche Würdenträger — Friedensaktivitäten gegenüber Mittelamerika. — Europäische Friedensvorschläge für Mittelamerika. — Kommunique des Treffens der Minister und Delegationsleiter der blockfreien Länder an die 38. UNO-Vollversammlung am 4.-7. Oktober 83.

Brasilien Nachrichten Nr. 82/1984

Frauen in Brasilien: Untersuchung zur Arbeitssituation der Frau in Brasilien — Skizzen zur Stellung der Frau in der Politik — Die feministische Bewegung in Brasilien und ihre Tendenzen — Rechtssprechung — Zur Situation der Prostituierten in Juazeiro/Bahia — Häufig wie eine Sklavin gehalten — Erfahrungen einer Sozialhelferin im Nordosten — Karneval — Direitas já — Die Weißen denken nur ans Geld — Interview mit VW-Fazenda-Chef Friedrich Bruegger — Gedicht: Meine Schwester — Nachrichten — Rezensionen ...
Bezug: Brasilien Nachrichten Lichtenbergstr. 1 4500 Osnabrück

AIB 10/1984

Aktueller Kommentar: Auf ein Neues mit Reagan-USA: Mondale, Alternative zu Reagan? — Nicaragua: Wahlen gegen den Krieg; Wahlprogramm der FSLN; Gespräch mit Giaconda Belli-El Salvador: Interview mit FMLN-Comandante Joaquin Villalobos — Chile: Gespräch mit FPMR-Comandante Miguel — Südatlantik: Im Fadenkreuz imperialistischer Interessen (2. Teil) — Südafrika: Eine neue Republik; Aufruf des ANC — Saudi Arabien: Gespräch mit Führern des saudischen Widerstands-Ernährung: Hunger, Geisel des Neokolonialismus — Sport: Olympia in Los Angeles, „Operation Gold"

Neuerscheinungen

Medikamente gegen Armut, hrsg. von der BuKo Geschäftsstelle Dritte-Welt-Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

Dritte Welt Liederbuch, hrsg. von der Aktion Selbstbesteuerung, c/o Andreas Schüßler, Katzbachstr. 2, 4800 Bielefeld 17, 1984, 185 S., 12 DM

Ilse Lenz: 1984, Kapitalistische Entwicklung, Subsistenzproduktion und Frauenarbeit — der Fall Japan. Campus Forschung Bd. 395, Frankfurt/New York, 332 S., 56 DM

Peter Rottach (Hrsg.): 1984, Ökologischer Landbau in den Tropen-Ecofarming in Theorie und Praxis. Erschienen in der Reihe „Alternative Konzepte", Nr. 47, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe

Andreas Geiger/Franz Hamburger (Hrsg.): 1984, Krankheit in der Fremde. Express Edition — Materialien zur Gesundheitsarbeit, Berlin

---

Harry Böseke/Martin Burkert: 1984, Ab in den Orient-Express. Autoren Express, Express Edition, Berlin

---

Angel Tamayo:1984, Elementos para iniciar uma discusion sobré un plan de desarollo nacional. Hamburg, 108 S.

Georg Leifels/Uwe Mölter: 1984, Konflikt spielend begreifen. Burckhardt — Laetere Verlag, 14,80 DM

Manfred Ernst: 1984, Costa Rica — die Schweiz Mittelamerikas: Mythos und Realität. Ila — wissenschaftliche Reihe, 2 Hamburg, 10,80 DM

Florian Maderspacher/Peter E. Stübern (Hrsg.), Bodenschätze contra Menschenrechte — Vernichtung der letzten Stammesvölker und die Zerstörung der Erde im Zeichen des Fortschritts, Junius Verlag in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg 1984

Frances Moore Lappé, Joseph Collins, Die Freiheit hat viele Stimmen, Eine Reise durch das neue Nicaragua, AJZ Verlag, Bielefeld, Heeperstr. 132 1984, 129 S., 20 DM

Hans Paasche, Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland, Schriftenreihe das Andere Deutschland Nr. 2, Bremen 1984, 87 S., 12 DM, Donat & Temmen Verlag, Slevogtstr. 20, 2800 Bremen 1

Markus Vinzent: 1984, Die Fremde wagen — mein Weg zum Priestertum. Grünewald, 19,80 DM

Asit Datta: 1984, Welthandel und Welthunger. dtv Sachbuch Nr. 10317, 8,80 DM

Manfred Meckhorn: 1983, die Enkel des Jaguar — El Salvador — Einblick in ein kleines Land. Rotbuch Verlag, Nr. 255, 14 DM

Jutta Berminghausen/Brigit Kerstan: 1980, Die Töchter Kartinis. Berichte und Reportagen aus dem Leben indonesischer Frauen. Express Edition, Berlin

---

Peter Schultze-Kraft/Erich Hackl/Karsten Garscha/Dieter Riemenschneider/Michael Hase: 1984, Lesebuch Dritte Welt, Band 2. Neue Texte aus Afrika, Asien und Lateinamerika, ca. 288 S., Peter Hammer Verlag, 16,80 DM

Task Force Detainees of the Philippines (Gefangenenhilfsgruppe der Philippinen): 1984, Risse im Paradies — Philippinen heute: Menschenrechte und Widerstand. Peter Hammer Verlag, ca. 128 S., ca. 12,80 DM

Wolfgang C. Coede: 1984, Lateinamerika im Griff der deutschen Wirtschaft — eine entwicklungspolitische Bilanz der 70er Jahre. Verlag Holler, 329 S., 2 Abb., 39,40 DM

Weltentwicklungsbericht 1984 — Erholung oder Rückschlag in der Weltwirtschaft? Bevölkerungsveränderung und Entwicklung. Bevölkerungsstatistischer Anhang. Kennzahlen der Weltentwicklung. Weltbank Washington, D. C., USA. Für die Weltbank vertrieben von: UNO-Verlag, Simrockstr. 23, 5300 Bonn und Fritz Knapp Verlag, Neue Mainzer Str. 60, 6000 Frankfurt

---

Weltbank Jahresbericht 1984. Weltbank Washington, D. C., USA Vertrieb s. Weltentwicklungsbericht **(gratis)**

Die Rolle der BRD beim US-Aufmarsch gegen den Nahen Osten, hg. v. Bundestreffen der Palestina-, Libanon-, Nahost-Komitees, 28 S., 1 DM (zzgl. Versandkosten).

ASK-Hintergrund Namibia, hg. v. Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), 32 S., 2 DM (zzgl. Versandkosten)

Burghard Flieger: Produktionsgenossenschaften — oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung, München, 1984, Verlga: AG Spak, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, 24,- DM

William Appleman Williams, Der Welt Gesetz und Freiheit geben — Amerikas Sendungsglauben und imperiale Politik, Junius Verlag, Hamburg, Von-Hutten-Straße 18, 209 S

Christine Farwer/Marianne Weiss, Bildungswesen in Afrika — Auswahlbibliographie I.: Schule und Bildungsreform; Auswahlbibliographie II.: Berufsausbildung und Erwachsenenbildung, Hamburg 1985, Institut für Afrika-Kunde, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36.

Heike Zanzig/Marianne Weiss, Die Rolle der Frau in Afrika, Auswahlbibliographie, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1984

Brot für die Welt: Arbeitshilfen 1984/85, 26. Aktion, Materialien zur Arbeit in Gemeinde, Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung, zu beziehen bei: Brot für die Welt, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1

Tagungshinweise

„Ökologie und Dritte Welt" (Vorbereitungsseminar zum nächsten BUKO), 9.-11. 11. 84, Lüdenscheid
Seminar zur BUKO-Standortbestimmung, 14.-16. 12. 84, Siegen
Informationen und Anmeldung für die beiden Tagungen: BUKO, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

„Stoppt den Rüstungsexport", Seminar der BUKO-Kampagne, 16.-18. 11. 84, Bremen Information und Anmeldung: BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 28 Bremen

---

Seminare der BUKO-Agro-Koordination:
„Vom (Un-)Sinn der Futtermittelimporte", 23.-25. 11. 84, Ravensburg,
Information und Anmeldung: Klaus Seitz, Altheimerstr. 2, 7410 Reutlingen

„Futtermittelimporte aus der Dritten Welt", 7.-9. 12. 84, Lienen bei Münster,
Information und Anmeldung:
AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

„Verelendung durch Veredelung?", 11.-13. 1. 85, Hamburg, Information und Anmeldung: AGL3W, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

„Eiweißtransit Rio-Berlin ...", 11.-13. oder 18.-20. 1. 85, Berlin Information und Anmeldung: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Potsdamerstr. 96, 1 Berlin 30

„Veredelungs- oder Verelendungswirtschaft?", 1.-3. 2. 85, Neuss, Information und Anmeldung: IG3W Neuss, Postfach 210231, 4040 Neuss 21

„Unsere Landwirtschaft: Sackgasse für die Dritte Welt?", 10.-14. 12. 84, Norden, Information bei Franz Wirtz, Aktionszentrum 3. Welt, Domhof 6b, 45 Osnabrück

---

„Pestizidexporte in Länder der Dritten Welt und ihre Folgen", 14.-16. 12. 84, bei Hamburg Information und Anmeldung: Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2071 Ammersbeck/Hoisb.

„Reisen nach Exoticland — Tourismus in der Dritten Welt", 9.-11. 11. 84, Bielefeld

„Prostitutionstourismus in der Dritten Welt", 16.-18. 1. 84, Bielefeld

„Workshop 'Dritte Welt-Liederbuch'", 16.-18. 11. 84, Biefefeld-Brackwede

„Traditionelle Heilkunde und Volksmedizin", 30. 11.-2. 12. 84, Bielefeld

„Die Dritte Welt und der Frieden in Europa", 30. 11.-2. 12. 84, Bielefeld Information und Anmeldung für alle Seminare:AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

---

Koordinierungstreffen der Babymilchkampagne:
9.-11. 11. 84, KSG Göttingen (Norddeutschl.)
16.-18. 11. 84, Stadtbergen bei Augsburg (Süddeutschl.)
Information und Anmeldung: AGB, c/o Gesundheitsladen, Düsterer Eichenweg 2, 34 Göttingen

---

„Palästina/Libanon und die PLO", 2.-4. 11. 84, Villigst bei Schwerte

„Iran/Irak", 15./16. 12. 84, Verden
Information und Anmeldung für beide Seminare: Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 43 Essen 1

Seminare der BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebelstr. 62, 48 Bielefeld 1:
„Aktionsseminar zur Pharmaproblematik", 16.-18. 11. 84, Siegen
„Aktionsseminar zum Bluthandel", 7.-9. 12. 84, Siegen

„Alphabetisierung und Erziehungswesen in Mosambik", 2.-4. 11. 84, Kierspe, Information und Anmeldung: Koordinierungskreis Mosambik, Ferdinand Escher, An dem Heerwege 20, 58 Hagen-Emst

---

„Verschuldung und Entwicklung — Zur Finanzkrise zwischen Nord und Süd", 9.-11. 11. 84, Gummersbach, Information und Anmeldung: Th. Heuss-Akademie, Th. Heusstr. 26, 5270 Gummersbach 21

„Agrartechnik in Entwicklungsländern", 20./21. 2. 85 (verlegt!), Giessen, Information und Anmeldung: Institut für Landtechnik, Braugasse 7, 63 Giessen

---

Arnoldshainer Filmgespräche „Widerstand in Film-Film als Widerstand", 7.-9. 12. 84, Information und Anmeldung: Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1-Arnoldshain

„Auf der Suche nach einem neuen Lebensstil", 9.-11. 11. 84, Lernwerkstatt, 5531 Niederstadtfeld, Brunnenstr. 1 (dort auch Information und Anmeldung)

Nicaragua-Seminar, 16.-18. 11. 84, Berlin
„Militarisierung des Pazifik mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Korea und auf den Philippinen", 23.-25. 11. 84, Rothenfels
Information und Anmeldung für beide Tagungen: ESG, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1

„Einführung in die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft", 16.-18. 11. 84, Grevenbroich, Information und Anmeldung: Junge Europ. Förderalisten, Berliner Platz 1, 53 Bonn 1

„Dritte Welt in der Mangel — zum Kampf um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung", 10./11. 11. 84, Emmerich

„Nicaragua aktuell", 30. 11.-2. 12. 84, Emmerich Information und Anmeldung: Landhaus Eine Welt, Alte Reeser Landstr. 51/53, 424 Emmerich

---

„Kolonialismus aus afrikanischer Sicht: 100 Jahre Kongo", 9.-11. 11. 84, Bayreuth

„Sport als Exportartikel (Sport-Entwicklungshilfe)", 23.-25. 11. 84, Tutzing

„Europa und die Dritte Welt", 7.-9. 12. 84, Tutzing

„Mit Ausländern leben: Wirtschaft, Kirche und ausländische Arbeitnehmer", 10./11. 12. 84, Tutzing Information und Anmeldung: Ev. Akademie Tutzing, Postfach 227, 8132 Tutzing

---

„Mahatma Gandhi-Kongreß", 1./2. 12. 84, Heidelberg, Information und Anmeldung: Gandhifriedensgesellschaft Heidelberg, Irmel Marla, Westenstr. 2, 7513 Stutensee 1

Internationaler Theater-, Tanz- und Zirkusworkshop, Bergisch-Gladbach, Information und Anmeldung: Europ. Akademie Lerbach, 5060 Bergisch-Gladbach 2

Seminare der AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8 München 90:
Einführungsseminar in die Pädagogik Paulo Freires, 1.-4. 11. 84
Jahrestagung des Obdachlosen-Projektbereichs, 14.-16. 12. 84
„Psychiatriereform: Möglichkeiten und Perspektiven von Selbstorganisation", 2.-4. 11. 84, Berlin
Tagung des Bereichs Alternative Ökonomie, 9.-11. 11. 84, Berlin

Abo + Bestellzettel

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

- ☐ **Ich abonniere die „blätter des iz3w" (8 Hefte pro Jahr zum Preis von 40 DM)**
- ☐ **Ich abonniere die „blätter" zum Preis für kleine Brieftaschen (Schüler, Studenten, ZDL'er und andere einkommensschwache Personen für 30 DM p. a.)**
- ☐ **Ich unterstütze das Informationszentrum 3. Welt ein Förderabo von ____________ DM (monatl. mind. 5 DM)**
- ☐ **Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar**
- ☐ **Ich bestelle aus eurem Vertrieb (siehe Rückseite)**

Bücher, Broschüren, Materialien

____ iz3w, **Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, vollst. überarbeitete Neuauflage Aug. 83, ca. 360 Seiten 14,80

____ iz3w, **»Klar, schön war's, aber ...«**, Tourismus i. d. 3. Welt, Juni 83, 184 Seiten 9,80

____ iz3w, **Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben**, Einführung in die versch. Aspekte des Palästinaproblems, Juni 83, 264 Seiten 10,80

____ Francis Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt »Food First« Comic**, 1977, 84 Seiten 3,50

____ iz3w, **Probleme der 3. Welt**, Einführung für Schüler der Sekundarstufe 1, 1978, 42 Seiten 1,50

____ iz3w / Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal **Nicaragua — Ein Volk braucht Frieden**, Juni 1983, 24 Seiten 1,—

____ iz3w, FDCL, ILA, **Chile — 10 Jahre Militärdiktatur**, Sept. 1983, 24 Seiten 1,—

____ Plakat **»Rohstoffe in der Dritten Welt«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Welthandel«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Ordnung muß sein«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ AK Dritte Welt Frankfurt, Broschüre: **Kenia — Politische Gefangene im Ferienparadies.** Ein Musterland auf Abwegen. 2,— DM

GEB-Loseblattsammlung

Mappen ca. 32 Seiten, kopierfähig, Preis je Ex. 5 DM, ab Nr. 12 6 DM, Doppelnr. 10 DM

____ **Nr. 1:** C. Neven-du Mont: **Nicaragua** (aktualisierte Neuauflage)

____ **Nr. 2:** S. Schulte: **Unterrichtsprojekt.** Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara (vergriffen)

____ **Nr. 3:** W. Reiche / C. Gebhardt: **Peru.**

____ **Nr. 4:** G. Rakelmann: **Zigeuner.**

____ **Nr. 5:** I. Körber / A. H. Behrawan: **Iran.**

____ **Nr. 6:** W. Kobe / D. Seifried: **Welthandel I**

____ **Nr. 7:** W. Schmidt-Wulffen: **Kolonialismus**

____ **Nr. 8/9:** D. Seifried: **Welthandel II** (Neue Weltwirtschaftsordnung, Internationale Arbeitsteilung, Multis)

____ **Nr. 10:** J. Lieser: **Bolivien**

____ **Nr. 11:** H.-J. Müller: **Imperialismus**

____ **Nr. 12:** W. Beyer: **Großtechnologie.** Entwicklungsprojekte in Brasilien

____ **Nr. 13** M. Geisler: **Tourismus**

____ **Nr. 14:** Autorenkollektiv: **Modernisierung des Elends**

Sonderdrucke

Von Themenblöcken der **»blätter des iz3w«** **je Heft 2 DM + Porto**

____ Unterdrückung der Indios, 20 S. — Juni 77

____ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (1), 40 S. — Dez. 77

____ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (2), 40 S. — Feb. 78

____ Sri Lanka, 20 S. — Feb. 79

____ Ausländer i. d. BRD, 20 S. — Juni 79

____ Frauen i. d. 3. Welt, 32 S. — Aug. 80

____ Angepaßte Technologie, 32 S. — Sept. 80

____ alle Sonderdrucke zusammen zum Preis von 10 DM (7 Hefte) incl. Porto und Verpackung

Bücher im Vertrieb des iz3w

____ Rudolf H. Strahm, **»Überentwicklung — Unterentwicklung«** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, 6 Aufl. 1982, 142 Seiten 8,—

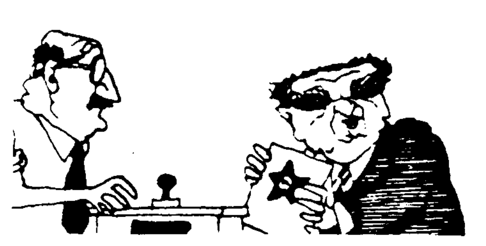
____ B.I.V.S., **Das Elend der Modernisierung — Die Modernisierung des Elends**, Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika, 1. Aufl. 1982, 160 Seiten 5,—

Ausgaben der »blätter des iz3w«

____ **blätter des iz3w**, Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 2,50

____ **blätter des iz3w**, Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 4,—

____ **blätter des iz3w**, Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 5,—



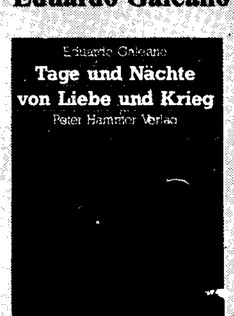
Postscheckkonten:

Aktion Dritte Welt e. V.
Karlsruhe Nr. 148239-755
Basel Nr. 40-35899
Österreichische Postsparkasse 2377.047



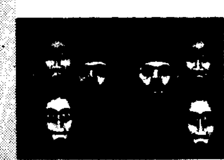
LITERATUR AUS DER DRITTEN WELT

Sind wir nicht alle,
in dieser Welt der Zärtlichkeit,
der Wunder und der Gewalt,
welcher Hautfarbe und Sprache
auch immer,
aus der gleichen Erde gemacht?
Eduardo Galeano



Dialog Dritte Welt (Band 24)
Eduardo Galeano
Tage und Nächte von Liebe und Krieg
Autobiografischer Bericht
Aus dem Spanischen von
Gunhild Niggestich
200 Seiten, Taschenbuch, DM 14,80

Es'kia Mphahlele
Chirundu
Peter Hammer Verlag



DIALOG DRITTE WELT

Dialog Dritte Welt (Band 21)
Es'kia Mphahlele
Chirundu
Roman aus Südafrika
Aus dem Englischen von Ulrich
Wittmann. Mit einem Nachwort von
Wolfram Frommlet. 224 Seiten,
Taschenbuch, DM 16,80

Lesebuch Dritte Welt Band 1
Hrsg. von L. Lutze u. a.
Eine Auswahl von Texten aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern.
4. Tb.-Auflage, 352 Seiten,
pht 2, DM 12,80

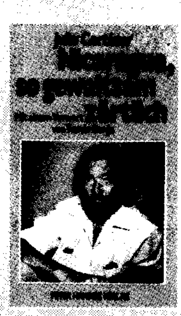
Lesebuch Dritte Welt Band 2
Hrsg. von P. Schultze-Kraft u. a.
Neue Texte aus Afrika, Asien, Lateinamerika.
Originalausgabe, 368 Seiten,
pht 18, DM 16,80

Antonio Skármeta
Der Aufstand
Die Geschichte der letzten Wochen vor dem Sieg der Revolution in Nicaragua
224 Seiten, Broschur,
DM 22,80

Eduardo Galeano
Geburten
Erinnerungen an das Feuer
Eduardo Galeano legt eine neu erzählte Geschichte Lateinamerikas in Mythen, Episoden und Zeugnissen vor.
368 Seiten, Broschur, DM 22,80

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. 10. Auflage,
insges. 336 Seiten, DM 12,80

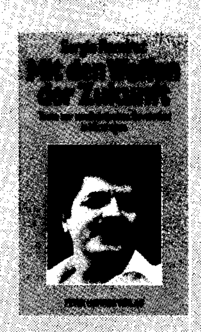
Eduardo Galeano/
Koen Wessing
Von Chile bis Guatemala
Zehn Jahre Lateinamerika
Mit mehr als 100 zum Teil großformatigen Bildern
96 Seiten, Format 21 x 29,7 cm,
DM 18,80



Julio Cortázar
Nicaragua – so gewaltsam zärtlich
Mit einem Vorwort von
Tomás Borge
Die persönlichen Reportagen eines der größten lateinamerikanischen Schriftsteller über das neue Nicaragua.
128 Seiten, Taschenbuch,
pht 23, DM 12,80



Tomás Borge
Tagesanbruch gegen den Tod
Zu Krieg und Frieden in Nicaragua. Aus dem Spanischen.
Die Texte des nicaraguanischen Kommandanten, Mitbegründers der FSLN, zeigen die große Humanität der Revolution.
112 Seiten, Taschenbuch,
pht 24, DM 12,80



Sergio Ramirez
Mit den Waffen der Zukunft
Texte zur Sandinistischen Revolution Nicaraguas.
Sergio Ramirez ist einer der wichtigsten Denker der Revolution Nicaraguas. Seine Texte zeigen die große Moral, das hohe Ethos, die sie tragen.
112 Seiten, Taschenbuch,
pht 25, DM 12,80

Reihe: Dialog Dritte Welt

Die Reihe Dialog Dritte Welt wird gemeinsam mit dem Lamuv-Verlag und dem Unionsverlag herausgegeben.
Im Peter Hammer Verlag sind bisher erschienen:

Meja Mwangi
Nairobi, River Road
Roman aus Kenia
Aus dem Englischen von Carola Böhnk
Nachwort von Al Imfeld
(DDW Band 2)
320 Seiten, Taschenbuch, DM 14,80

Simone Schwarz-Bart
Ti Jean oder die Heimkehr nach Afrika
Roman aus Guadeloupe
Aus dem Französischen von Ulrich Wittmann. Mit einem Nachwort von Ulrich Wittmann.
(DDW Band 4)
320 Seiten, Taschenbuch, DM 14,80

Frank Martinus Arion
Doppeltes Spiel
Roman aus Curaçao
Aus dem Niederländischen von Tos Meuer
(DDW Band 6)
360 Seiten, Taschenbuch, DM 16,80

Albert Wendt
Der Clan von Samoa
Roman aus Samoa
Aus dem Englischen von Doris Pfaff
(DDW Band 8)
380 Seiten, Taschenbuch, DM 19,80

Manlio Argueta
Tage des Alptraums
Roman aus El Salvador
Aus dem Spanischen von Antonio Reiser
Nachwort von Klaas Wellinga
(DDW Band 12) 2. Auflage,
192 Seiten, Taschenbuch, DM 14,80

Omar Cabezas
Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera
Autobiografischer Bericht aus Nicaragua
Aus dem Spanischen von Tom Koenigs
Vorwort von Eduardo Galeano
(DDW Band 15) 3. Auflage,
240 Seiten, Taschenbuch, DM 16,80

Mario Benedetti
Die Sterne und du
Erzählungen aus Uruguay
Aus dem Spanischen von
Anneliese Schwarzer de Ruiz
(DDW Band 17)
256 Seiten, Taschenbuch, DM 16,80

Peter Hammer Verlag

Postfach 200415 · 5600 Wuppertal 2